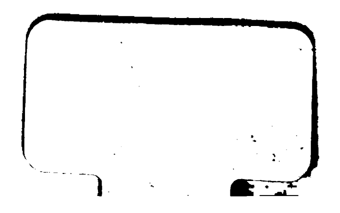



STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969



Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Karl Hampe, Erich Marcks und Dietrich Schäfer
17. Heft

Politische Bewegungen in Nürnberg 1848/49

Von

Ludwig Brunner



Heidelberg 1907
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Verlags-Archiv Nr. 162.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung und Quellen.

Allgemeine Zustände.

I. Kapitel.

Von den Februarereignissen bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung.

*

II. Kapitel.

Vom Beginn der Parlamentsverhandlungen bis zur Waffenstillstandsfrage.

III. Kapitel.

Vom Septemberaufstand bis zur Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.

IV. Kapitel.

Von den Mai-Erhebungen bis zum vollen Sieg der Reaktion.

Schlußbemerkungen.

Einleitung und Quellen.

Die Geschichte des Jahres Achtundvierzig ist noch nicht geschrieben. Schwierigkeiten mannigfaltiger Art stehen einer historischen Betrachtung, wie wir sie zu verlangen berechtigt sind, entgegen, nicht am wenigsten die Neigung, die Geschehnisse nach ihrem unmittelbaren Erfolg zu bewerten, wie auch die politische Voreingenommenheit, mit der man noch heute an jene Zeit herantritt, die lebendig in unsere Gegenwart hineinragt. Noch fehlt es auch an örtlichen Vorarbeiten, die unerläßlich sind, da bei der zersplitterten Art des deutschen Lebens auch diese große geschichtliche Bewegung des einheitlichen Verlaufes entbehrt.

Einen Ausschnitt aus dem politischen Treiben jener Tage sollen diese Blätter geben. Es kann sich hier natürlich nicht darum handeln, die großen, allgemeinen Fragen auszubreiten und zu beurteilen, noch auch die paar Vorkommnisse auf Nürnberger Boden breit im Rahmen der Zeitereignisse zu erzählen. Von großen Taten und großen Männern wird nicht zu reden sein. Denn Nürnberg war nicht mit einem Höhepunkt des Dramas verknüpft. Was uns lockt, ist dies, den Verlauf der Bewegung in einer Stadt mittleren Umfangs zu verfolgen, die abgeschlossen vom großen Verkehr auch geistig und politisch ein in sich gekehrtes, zurückgezogenes Leben führt.

Die Vorbedingung dazu ist die Schilderung des Schauplatzes. Es gilt, ein Bild von dem Nürnberg der vierziger

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Karl Hampe, Erich Marcks und Dietrich Schäfer
17. Heft

Politische Bewegungen in Nürnberg 1848/49

Von

Ludwig Brunner



Heidelberg 1907
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Verlags-Archiv Nr. 162.

Verbrechen, bemerkenswerte Besucher der Stadt, Lebensmittelpreise, notdürftige statistische Angaben, nicht minder umständlich etwa die einzelnen Figuren eines Wachsfigurenkabinetts auf der Messe oder die einzelnen Evolutionen der 160 Flöhe eines Flohtheaters. Hin und wieder werden politische Ereignisse gestreift, das lokale Interesse aber überwiegt. Der historische Wert ist beschränkt auf die Lokalgeschichte Nürnbergs im 19. Jahrhundert, der sie eine Fülle von Material bietet.

Ambergers Nachfolger wurde der Kaufmann und Magistratsrat Nestmann, ein biederer und origineller Alter, in dem noch ein Rest reichsstädtischen Bürgerstolzes fortlebte. Er nun liebt vor allem, die Lebensmittelpreise und meteorologischen Beobachtungen jeder Woche einzutragen. Seinen ganzen Zorn haben die Umwälzungen seiner Tage, noch öfters werden wir Proben seiner spöttischen und oft sehr verwunderlichen Weltbetrachtung begegnen. So ereifert er sich 1847 gegen die Presse, weil sie ausführliche Beschreibungen der Exzesse bringe, wie sie damals allenthalben in Deutschland, auch in Nürnberg wegen der hohen Kartoffel- und Getreidepreise stattfanden, damit die Leute nur ja das abnehmen könnten, wie sie es dabei anzufangen hätten. Auch glaubt er, daß die Tumulte nicht so sehr durch die Hungersnot verursacht worden seien als „von einer nichtswürdigen Klasse arbeitsscheuer und plünderungssüchtiger, den kommunistischen Ideen frönender Individuen zur Durchführung ihrer ruchlosen Pläne". Leider vernachlässigte Nestmann seine Chronistenpflicht gröblich. Ende März 1848 schreibt er: Da die Ereignisse sich fast überstürzten und die Eintragung seine Kraft überstiege, so lege er dafür einen Jahrgang der lokale Gegenstände am ausführlichsten bringenden Mittelfränkischen Zeitung bei.

Mit Beginn des neuen Jahres wurde die Chronik dem Stadtbibliothekar Dr. Ghillany zum Nachtrag und zur Fort-

führung übergeben. Einst Student der Theologie in Erlangen und 1827 Mitgründer der alten Germania hatte er dann an der Nürnberger polytechnischen Schule Religion und Realien gelehrt und war 1840 zum Stadtbibliothekar ernannt worden. Er war ein Hauptstreiter für die rationalistische Weiterbildung des protestantischen Bekenntnisses und widmete dieser seiner Herzenssache eine Fülle von Schriften, die sich als ein Gemisch von Wissenschaftlichkeit und Flachheit darstellen.

Ernstlich bemüht um die Hebung der Chronik, war er entschlossen, sie mehr im Zusammenhang mit den allgemeinen Ereignissen fortzuführen. Daher beginnt er mit einem längeren Rückblick auf die Stimmungen seit den Befreiungskriegen und gibt dann ausführliche Berichte über das politische Leben in Nürnberg während der Jahre 1848—49. Aus seiner Erzählung spricht ein warmer Patriot, der für seine burschenschaftlichen Ideale von Kaiser und einigem, freiem Deutschland in guten und schlimmen Tagen wirkte, ein überzeugter Liberaler, der die Gegner zu belehren und zu bekehren nicht müde wurde. Freilich revolutionäre Tatkraft fehlte dem Beamten und Ordnung liebenden Bürger, und mehr und mehr zeigte sich bei ihm eine gewisse Ruheseligkeit.

Nächst der Chronik sind die Zeitungen[1] unsere Hauptquelle. Schon früh in Nürnberg eingebürgert — stammen doch einige der ältesten deutschen Zeitungen daher —, führten sie doch bis recht weit an unsere Zeit heran ein kümmerliches Dasein. Bei bescheidenem Umfang brachten sie meist nur Nachrichten aus Italien, Polen, England, Türkei, über die Kämpfe in der französischen Kammer und Ministerwechsel in Paris; die Rubrik „Deutschland" verschwand dahinter fast. Von ausschlaggebender Bedeutung für die damaligen Zeitungen sind

[1] In der Stadtbibliothek aufbewahrt.

die Korrespondenzen, von deren Zahl und Güte das Ansehen abhing. Es fehlt noch völlig das nervöse Aussehen, das die abgehackten, widerspruchsvollen, Sensation erregenden Depeschen den jetzigen Zeitungen geben. Alles fließt in diesen Korrespondenzen in epischer Breite dahin. Gänzlich unausgebildet ist noch der Anzeigenteil, neben amtlichen Bekanntmachungen von bureaukratischer Holprigkeit in Gefühlsseligkeit schwelgende Mitteilungen persönlicher Art.

Die bedeutendste Zeitung Nürnbergs, rühmlichst bekannt über Baierns, ja Deutschlands Grenzen, war der „Korrespondent von und für Deutschland". Unter anderem Titel 1804 aus Adels- und Beamtenkreisen heraus gegründet, tendenzlos, unter gediegener Leitung, bemühte er sich Rückhalt an den Regierungen zu finden. So gehörte er zu den wenigen in Österreich erlaubten und beliebten Blättern, weshalb er sich angelegen sein ließ, es mit Metternich nicht zu verderben, da ein Ausfall der 600 nach Österreich gehenden Exemplare bei der Auflage von etwa 3000 (Anfang 48) den Bestand leicht hätte gefährden können.

Seinen Ruhm verdankte der Korrespondent den vorzüglichen Korrespondenzen. Er hatte an allen bedeutenden Plätzen Deutschlands, ja Europas eigne Berichterstatter, darunter geschätzte Namen, z. B. Tuvora in Wien. Nicht wenige der Mitarbeiter gehörten den Universitätskreisen an, so der Philosoph A. v. Schaden, Mitbesitzer der Zeitung, ferner die Juristen J. A. Seuffert und J. C. Bluntschli in München; auch mit dem Lager der Junghegelianer in Berlin stand man in Fühlung. Dazu ragte der Redakteur Dr. Philipp Feust, ein kleiner gescheiter Jude, weit über die journalistische Durchschnittsbildung seiner Zeit. Er gehörte zu den Aposteln um Friedrich Rohmer[1],

[1] Friedrich Rohmers Wissenschaft und Leben von J. C. Bluntschli und R. Seyerlen, Bd. V, S. 532.

jenen seltsamen Menschen, in dem einige ein Pumpgenie, einen Lumpazivagabundus oder modernen Cagliostro, andere einen Messias und die bedeutendste Persönlichkeit der Weltentwicklung gesehen haben. Um dessen politischen Gedanken zu weiterer Verbreitung zu verhelfen, vereinigten sich seine Intimen, „ein Preßnetz zu legen", d. h. eine lithographierte Korrespondenz herauszugeben, wohl das erste Unternehmen dieser Art in Deutschland. Von seinen Brüdern Ernst und Theodor geleitet und herausgegeben unter dem Namen des Antiquar-Buchhändlers Villforth gewann diese seit August 1848 erscheinende Korrespondenz Eingang zuerst beim Korrespondenten und bei der Augsburger Abendzeitung, denen sich mehrere angesehene Blätter anschlossen, bis das Unternehmen Ende 1849 an finanziellem Mißerfolg zugrunde ging. Jedenfalls hat Fr. Rohmer, der selbst seine erste politische Bildung im Weißenburger Pfarrhaus aus dem Korrespondenten gezogen hatte, dessen Haltung wesentlich bestimmt.

Es ist ganz im Sinne Rohmers, wenn der Korrespondent seine Haltung „liberal-konservativ" nennt und bald seine Hauptaufgabe in dem Kampf gegen radikale und republikanische Bestrebungen auf der Grundlage der Märzerrungenschaften sieht. Diesen Kampf führt er mit oft recht kindlichen Mitteln, wenn er den Besitzenden das Gruseln lehrte durch Schaudererzählungen von den Republikanern und jeden Artikel mit dem ceterum censeo der Gemeingefährlichkeit der Demokraten schloß.

In der äußeren Politik findet er kräftige Töne gegen den deutschen Kosmopolitismus, in der deutschen Frage zeigt er eine schwankende Haltung. Er bringt ausgedehnte Berichte aus der Nationalversammlung und den Kammern der bedeutenderen Einzelstaaten von eignen Korrespondenten, hie und da aber noch recht selten Depeschen, sehr wenige Anzeigen, dagegen ist die ganze letzte Seite angefüllt mit Ediktalladungen und Urtels-

eröffnungen, Proklamata und Subhastationspatenten, Todeserklärungserkenntnissen und Liquidationsedikten, was ihn als Organ der Regierung kennzeichnet. So ist er denn die Zeitung der Partei von „Bildung und Besitz“, des Adels, der Geistlichkeit und Beamtenschaft, sowie der oberen Schichten der Bürgerschaft.

In den oberen Kreisen war auch noch der Nachfolger des Friedens- und Kriegskuriers, der „Nürnberger Kurier“, eingebürgert, damals im Besitz Th. Cramers und unter Leitung Dr. E. Feusts. Das ziemlich reichhaltige Blatt brachte ebenfalls viele Korrespondenzen, auch viele Berichte über ausländische Verhältnisse, aber alles wenig tief und überall mit der aufdringlichen Tendenz des Belehrenwollens, wobei auch des öftern die politischen und sozialen Fragen mehr oder minder geistreich den Bürgern in novellistischer oder satirischer Behandlung mundgerecht gemacht werden. Und überall eine gemeinplätzige Philosophie, seichte und eben frisch abgeschriebene geschichtliche Exkurse, die jeden Gegenstand ab ovo einleiten mußten — es scheint fast, der professoralen Langweiligkeit nach zu schließen, daß mancher Schulmeister Nürnbergs hier den Präzeptor der Bürger gespielt hat. Charakteristisch hierfür ist auch die entsetzliche Zitatenwut: da weiß einer gleich jedes Ereignis mit einem Wort aus Shakespeare zu etikettieren, ein anderer zitiert sogar chinesisch schin tschi hoao, der Mensch ist unverbesserlich, wie er wohlweislich hinzusetzt. Im ganzen läßt der Nürnberger Kurier die großen deutschen Fragen bald zurücktreten hinter den bairischen. Hier kämpft er hauptsächlich gegen die Bureaukratie und sonstigen Zopf und tritt warm für die freie Schule und für die Lehrer ein. Er sucht seine Stellung zwischen den einzelnen Parteien zu wahren, bringt daher Berichte aus den verschiedenen Vereinen und Parteien, und ist endlich in seinen lokalen Nachrichten recht zuverlässig.

Die Mittelfränkische Zeitung ist das Organ des Kleinbürgerstandes. Geleitet wird sie von Dr. Friedrich Mayer, einem Schriftsteller nicht ohne Talent, aber laut Nekrolog in der Stadtchronik dem Branntwein allzusehr ergeben. Hier nun kommen vor allem die kirchlichen Streitigkeiten zum Austrag: keine Nummer, die nicht gegen die rückständigen Dogmen losgezogen und eine wohlfeile Verherrlichung der rationalistischen Lehren gebracht hätte. Sonst kämpft diese Zeitung mehr für die inneren Freiheiten, gegen Polizei und Zensur. Allen Angriffen ist eine gute Dosis Schimpfen beigemengt entsprechend dem Geschmack der Leser, die die seichten Artikel mit starker Würze vorgesetzt haben wollten. Auffallend treten die deutschen Fragen zurück. Während die Zeitung in den ersten Monaten fast gar nichts darüber bringt, läuft sie dann mit um so größerem Geschrei und Gepolter hinter dem drein, was die jeweils meisten verkündet haben. Der neuen Zeit Rechnung tragend nimmt sie am 5. März die Devise an: Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland, um dann seit 1. Juli konstitutionell wegzulassen, seitdem dieses anrüchige Wort als Umschreibung für reaktionär galt. Mit der Zeit rückte sie je länger desto mehr nach links und verfocht die Forderungen der Demokratie. Als Lokalblatt leistet sie uns gute Dienste, da die unzähligen Einsendungen hübsche Einblicke in die Stimmung der Bürgerschaft gewähren; freilich als einmal die Augsburger Allgemeine Zeitung die Mittelfränkische Zeitung ein Nürnberger Lokalblatt nannte, da verwahrt sich diese spaltenlang gegen diesen kleinlichen Versuch, über den sie getrost lächeln könne. Mit dem 1. April 1850 änderte sie ihren Namen in „Fränkischer Kurier" um.

„Ein Volksblatt aus Franken", „Organ der Demokratie", „Organ der Volkspartei", diese nacheinander angenommenen Untertitel enthalten auch schon die ganze Entwicklung der letzten größeren Zeitung Nürnbergs, des „Freien Staatsbürgers".

Sein Gründer und Leiter Gustav Diezel hatte einst dem Kirchen- und Schuldienst Valet gesagt und sich schlecht und recht in der Schweiz mit schriftstellerischen Arbeiten durchgeschlagen. Durch Vermittlung eines Freundes trat er mit dem Korrespondenten in Beziehungen, die bald zu einer festen Anstellung führten. Im April 1848 schied er wieder aus der Redaktion aus, wie er sagte, weil er die charakterlose Haltung des Korrespondenten nicht länger hätte mitmachen können. Er wußte politische Gesinnungsgenossen als Aktionäre für ein von ihm zu leitendes Blatt zu gewinnen. Da unterdessen der Boden bereitet war, hatte er Erfolg. Zwar bis Oktober erschien seine Zeitung nur in wöchentlich drei Nummern mäßigen Umfangs und dürftigen Inhalts, die so ziemlich ganz von Diezel geschrieben wurden. Aber das rasche Zunehmen des Radikalismus und der Demokratie bedeutete auch ein Wachsen des „entschiedensten demokratischen Blattes Frankens". Im übrigen ist die Entwicklung der Zeitung so sehr in die allgemeine politische verflochten, daß hier nicht vorausgegriffen werden soll. Diezel benutzte später die unfreiwillige Muße seiner Verbannung dazu, die Summe der Erfahrungen der letzten Jahre in einem Buch niederzulegen: Baiern und die Revolution, Zürich 1849. Leidenschaftlich, in radikalem Sinne, mit einem nicht üblen Blick geschrieben gibt dieses Werkchen, dem jedes Quellenstudium fehlt, einen mehr polemischen als historischen Abriß der jüngsten Zeit aus Baierns Geschichte. Für die fränkischen Verhältnisse wie auch sonst ist es vielfach heranzuziehen.

Weitere in Nürnberg erscheinende Zeitungen, wie der „Zuschauer an der Pegnitz", ein Revolverblatt, sind ohne Bedeutung. Der humoristisch-satirische „Nürnberger Trichter", den der frühere Mitarbeiter an den Leuchtkugeln und Fliegenden Blättern, Trautwein, seit Anfang 1849 herausgab, brachte es nur auf wenige Nummern.

Sonstiges Material bieten verschiedene Faszikel der städtischen Bibliothek, Programme, Vereinsstatuten, Flugschriften, Plakate enthaltend. Wie schon erwähnt, hat die Regierung von Mittelfranken und der Nürnberger Magistrat eine Herausgabe der noch unter Verschluß liegenden Akten verweigert. Was sich davon vorfand, einige durch Zufall in der Oberregistratur im Nürnberger Rathaus verbliebene Prozeßakten, war wertlos. Mannigfache Nachforschungen nach dem in privaten Händen befindlichen Material waren erfolglos, die Reaktionszeit mit ihren Verhaftungen und Haussuchungen hatte alles vernichten lassen.

Allgemeine Zustände.

Am 15. September 1806 war die ehemals freie Reichsstadt Nürnberg zur bairischen Provinzialstadt geworden.

Erstarrt unter patrizischer Klüngelwirtschaft, in dumpfer Enge seit langem schon dahinsiechend, hatte die Stadt noch im Vorzimmer Napoleons um die Erhaltung ihrer Freiheiten gebettelt. Umsonst, denn eben dessen Abgesandter vollzog die Einverleibung in den „napoleonischen Satrapenstaat".

Jahrhundertelang waren die bairischen Fürsten und die Reichsstädter getrennte Wege gegangen, nun mußten sich Löwe und Jungfrauenadler miteinander vertragen. Kein Wunder, daß es damit noch seine Weile hatte, kam doch zur verschiedenen geschichtlichen Entwicklung noch die Verschiedenheit des Stammes und des Bekenntnisses hinzu. So kam es, daß 1809 auf die Kunde vom Heranrücken einer österreichischen Abteilung der Pöbel mit dieser gemeinsame Sache machte und gegen die bairische Herrschaft, vornehmlich gegen die neuen Beamten und ihre oft hartempfundenen Verordnungen, demonstrierte.

Noch nährte man die Träume von der alten reichsstädtischen Herrlichkeit. Da fragt der namenlose Verfasser eines Manuskripts[1]: Dürfen die deutschen Reichsstädte ihre Wiederherstellung hoffen? und erinnert die „hohen verbündeten Mächte und das künftige Oberhaupt deutscher Nation" angelegentlich

[1] Städtische Bibliothek, Nov. H 91.

an Nürnberg. An den Wiener Kongreß knüpften sich andere, noch weitergehende Hoffnungen, die in dem Schriftchen zum Ausdruck kommen: Die deutsche Bundesstadt. Eine Phantasie auf absoluter Basis von Dr. Alex. Lips, der Philosophie a. o. Prof. zu Erlangen, Germanien 1815. Nachdem der Verfasser mit Gründen a—g Frankfurt, ebenso mit Gründen 1—5 Regensburg verworfen hat, empfiehlt er Nürnberg als Sitz der Bundesregierung und findet als seiner Weisheit letzten Schluß: e) „Nürnberg ist fast der Mittelpunkt Deutschlands . . . und zwar so mathematisch und geographisch genau, daß, wenn man eine Linie von Triest bis Hamburg oder von Wien bis Amsterdam oder von Berlin nach Bern oder von Straßburg nach Prag zöge, diese sich in dem Punkte von Nürnberg so durchschneiden, daß, wenn Nürnberg nicht schon da läge, wo es liegt, man, um allen Gesetzen der Sache zu genügen, die Bundesstadt dahin bauen müßte".

Während die Befreiungskriege in Nürnberg nur einen matten Abglanz der im Norden lohenden Begeisterung sahen, erregte die Aufhebung der napoleonischen Handelsbedrückungen und der Erlaß des Gemeindeedikts 1818, das den Bürgern die Wahl der städtischen Behörden brachte, um so größere Freude. Die Wahlen der Gemeindebevollmächtigten haben nur lokales Interesse. Nur mäßiges politisches Leben brachten die Wahlen zum Landtag. Da der städtische Abgeordnete von den Mitgliedern des Magistrats gewählt wurde, ein anderer von den adeligen Grundbesitzern des Kreises, ein dritter von der Geistlichkeit, so fielen die Wahlen nie allzu radikal aus. Einen Wahlkampf gab es natürlich nicht, wohl aber wurden die Abgeordneten hoch geehrt, wenn sie etwa vom Landtag nach Hause kamen. Da gab es dann feierlichen Empfang durch Deputation des Magistrats, Serenade, Fackelzug, Festessen; Magistrat und Bürgerschaft wetteiferten in Ehrungen.

Allmählich hatte sich Nürnberg in die neuen Verhältnisse eingelebt, wozu die bairischen Könige ihr Teil beigetragen hatten; Vater Max war ein Mann nach dem Herzen der Bürger. Öfters kommen die Fürstlichkeiten nach Nürnberg, mit den bei diesen Anlässen in jener Zeit gewöhnlichen Loyalitätskundgebungen empfangen — da erscheint etwa der „Friedens- und Kriegskurier“ an solchen Tagen mit buntgemaltem Kopf und grünen Lettern —, nur daß vielleicht die Huldigungsgedichte heimischer Poeten das übliche Maß überschreiten, so wenn der Gymnasialprofessor Richter den „Vater des Vaterlandes“ Ludwig I. 32 Seiten lang besingt „zur Feier seiner höchst erfreulichen Anwesenheit auf Nürnbergs Burg im August 33“:

„Donnre Burg! Der beste König
Zeucht in deine Hallen ein.
Jubel hunderttausendtönig
Bebe tief in dein Gestein.
Zeige Burg! Im Strahlenkranze
Des Jahrtausends dich im Glanze
Deines Königs, Dessen Geist
Auch die Weltgeschichte preist.“

Dann aber geht es lateinisch weiter zu einer Strafpredigt ad iuvenes Bavaros motus Francofurtani conscios:

«Insana pubes! quo ruis, omnium
Oblita legum; principis optimi . . .».

Denn unterdessen hatte ein scharfer Wind von Westen herübergeblasen. Neue Schlagworte drangen in das Bewußtsein weiter Kreise, noch aber begeisterte man sich in Nürnberg für die Revolution nur platonisch: Die Stumme von Portici fand eine Aufnahme wie nur jemals der Freischütz. An sie knüpfte auch der kleine Putsch des Jahres 32 an. Ein Belgier, Dr. Coremans, hatte die Milderung des Preßgesetzes ausgenutzt und in mehreren kleinen Zeitungen einen heftigen Kampf im

Sinne des neuen Radikalismus eröffnet, dabei meist auf persönliche Angriffe und Skandal bedacht. So hatte er auch im Verlauf einer Fehde mit einem geachteten Bürger zu einer Katzenmusik vor dessen Haus eingeladen. Nach Schluß der „Revolutionsoper“ zogen viele Skandalsüchtige und noch mehr Neugierige dahin: Demolierung des Hauses, Einschreiten der Polizei und des Militärs, ein auf der Walz befindlicher Handwerksgeselle tot, Ausweisung des Dr. Coremans und dann war wieder völlige Ruhe für lange Zeit. Der Magistrat aber verbot das Tragen französischer Farben und hatte ein scharfes Auge auf Handwerksburschen und Studenten.

Vorher noch hatte die Urlaubsverweigerung für den als Landtagsabgeordneten gewählten Magistratsrat Bestelmeyer und ein ungnädiges Schreiben des Königs auf eine energische Adresse des Magistrats hin einiges Aufsehen erregt, aber bald war wieder Aussöhnung eingetreten. Zu einem schärferen Zusammenstoß führten die Befürchtungen der gut protestantisch gesinnten Bürgerschaft, als die Regierung dem Nürnberger Arzt Rungaldier die Erlaubnis zum Eintritt in den Jesuitenorden unter Vorbehalt des bairischen Indigenats gegeben hatte. Die Besorgnisse der Bürger veranlaßten den Magistrat als „Vorstand und Vertreter unserer mit ihren katholischen Bewohnern in nie gestörter christlicher Liebe und Eintracht lebenden und für die Erhaltung beider ängstlich besorgten Stadt“ zu einer längeren Adresse vom 26. März 1846 an die Stände „um Schutz gegen die Gefahr des Einschleichens der Jesuiten in Baiern“:

„Zum erstenmale, solange Nürnberg protestantisch ist, ereignet sich der traurige Fall, daß ein zur katholischen Kirche, aber zugleich durch seine Geburt zur $^{14}/_{15}$ Protestanten zählenden Gemeinde gehöriges Individuum, ein geborner Nürnberger, in den Orden der Jesuiten zu Innsbruck tritt. Traurig ist

das Ereignis zu nennen, da es sich inmitten einer Bevölkerung begibt, welche von den Gesinnungen echt christlicher Liebe und Milde erfüllt, alle Andersgläubigen als ihre Brüder achtet, während der Orden, welcher einen Nürnberger 'aufnehmen wird, sich unter anderem die Vernichtung des Protestantismus zur Aufgabe gesetzt, und nicht aufhört, zu den Greueln blutbefleckter alter Vergangenheit neue Verbrechen hinzuzufügen" . . . Minister v. Abel bestritt in der Kammer dem Magistrat die Berechtigung zu seinem Vorgehen in scharfen Worten: Jene Vorstellung sei ein klägliches Anzeichen der Stufe, auf welcher jener Magistrat sich befinde. Auf eine lendenlahme Erklärung des Vertreters Nürnbergs Bestelmeyer hin bestrebte sich der Minister durch persönliche Liebenswürdigkeit gegen Bestelmeyer — er sei überzeugt, daß die Eingabe des Magistrats unterblieben sein würde, wenn der Herr Abgeordnete zugegen gewesen wäre — wieder einzulenken, und der Sturm im Wasserglas war vorüber, nur daß Bestelmeyer einige Jahre später noch in unsanfter Weise an die Angelegenheit erinnert werden sollte.

Bald darauf flammte das nationale Gefühl hell auf. Wie überall in Deutschland gab hiezu auch in Nürnberg die Vergewaltigung Schleswig-Holsteins die Veranlassung. Am 5. Sept. 1846 wurde eine Ermunterungsadresse an die „wackeren deutschen Brüder in Schleswig-Holstein" gesandt mit dem verheißungsvollen Schluß: „Der offene Brief hat schon segensreich für Deutschland gewirkt, weil in ihm die Deutschen die Mahnung gefunden zum Wachsein gegen fremde Angriffe, zum Einigsein, um des Vaterlandes Selbständigkeit und Unverletztheit zu wahren. Vor einem wachen, einigen Deutschland muß jede fremde Anmaßung zurückweichen. Man wird Euch darum, so hoffen wir, nicht gewaltsam von uns loszureißen suchen; und sollte wider Erwarten dies dennoch geschehen, so wird solcher Versuch lehren, daß jeder deutsche Mann Gut und Blut freudig

opfert, wo es gilt, sein Vaterland und das gute Recht zu vertheidigen. — Und so erwarten wir denn entschlossenen Mutes, welche Anforderungen zum Schirm von Deutschlands Integrität die Zukunft an uns stellen wird. Welcher Art diese auch sein mögen, wir werden ihnen zu genügen wissen." Folgen einige 1600 Unterschriften, darunter die von 92 Veteranen, die einstimmig erklärten, sie würden wieder mit ins Feld ziehen, wenn es not täte.

Auch die aktiven Mitglieder der 4 Gesangvereine Cäcilia, Liederkranz, Mozart und Singverein ließen es sich nicht nehmen, die „theuren Sangesbrüder" mit einem Sängergruß aufzumuntern: „So vertrauet denn ferner Eurer gerechten Sache: sie wird siegen und nach vollbrachtem Tagewerk werdet Ihr mit uns jubelnd einstimmen: Ein einig Deutschland soll es seyn!"

Lebhafte Sympathieen wandten die Nürnberger auch Beseler zu. So gab der Singverein einen musikalischen Abend „zum Behufe einer freien, unabhängigen Stellung des furchtlosen Kämpfers für die deutsche Nationalität in Schleswig-Holstein" und sammelte freiwillige Beiträge bei seinen Mitgliedern. Mit Genehmigung des Königs erschien am 1. Nov. 47 ein Aufruf zu Sammlungen für Beseler, unterzeichnet von den ersten Beamten und Bürgern der Stadt, vornehmlich auch von alten Burschenschaftern: „Ihm also muß das deutsche Volk, ist anders sein Name eine Wahrheit, thatkräftig zu Hülfe kommen, und der Name Beseler muß das Losungswort sein zum Wirken für die ungetrennte Erhaltung Deutschlands; bereits hat sein Name alle deutschen Gaue mit Bewunderung erfüllt, und jedes teutschfühlende Herz ist mächtig ergriffen, daß ein solcher Mann an den nordischen Grenzen der deutschen Lande Wache hält." Ferner wandte sich das Centralkomitee für Baiern, das sich in Nürnberg gebildet hatte, an alle bairischen Städte mit der

Bitte, sich diesem Aufruf anzuschließen, und mahnte abermals zur Beihülfe für den wahrhaften «advocatus patriae». Das Ergebnis in Baiern betrug 6808 fl. 8 kr., davon in Nürnberg 1445 fl. 58 kr.

Bevor wir nun weitergehen, müssen wir noch von den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verhältnissen Nürnbergs in diesen Jahren reden und damit den Hintergrund für die kommenden Ereignisse schaffen.[1]

Nürnberg ist in jener Zeit eine mäßig große Stadt, die langsam über den Umfang, den sie im spätern Mittelalter hatte, hinauswächst. Sie liegt noch ganz innerhalb ihrer Mauern, nur an einigen Stellen finden sich Ansätze zu Vorstädten inmitten der weiten Privatgärten, die die Stadt umsäumen. Die Zäune dieser Gärten machen einen Spaziergang um die Tore der Stadt unmöglich; dessen Genuß wäre auch durch häufige Schuttablagerungen am Wege beeinträchtigt. Dazu sind die Anlagen erst in dürftigen Anfängen vorhanden. Der Wanderer findet noch vor manchem Tor die Schanzen aus alter Zeit, nun mit grünem Rasen überzogen. Die Tore werden von der Stadtkommandantschaft abends 10 Uhr geschlossen. Wer später kommt, muß durch eines der vier Haupttore passieren, wo eine Korporalschaft Wache hält.

Im Innern ist der alte Charakter überall erhalten. In den krummen Straßen, engen Gassen, dumpfen Winkeln und Ecken leben die Menschen ohne viel Licht und Luft in Häusern von ehrwürdigem Alter. Freilich den wenigen Leuten, die kamen, um die Schönheit der Stadt aufzusuchen, bot sich ein reinerer Genuß. Es fehlen die „Monumentalbauten" aus neuer und neuester Zeit, die barbarischen Utilitätsbauten, der Kaser=

[1] Für die folgende Darstellung wurden hauptsächlich herangezogen: Städtische Chronik; Rudolf Geißler: Nürnberg in den vierziger Jahren des 19. Jahrh., 1902; Lochner: Nürnbergs Vorzeit und Gegenwart, 1845.

nenstil der Vorstädte. Es fehlt auch das moderne Geschäftsleben. In der Stadt herrscht Stille, wenig Verkehr, da Arbeits- und Wohnstätte für gewöhnlich noch zusammenfällt. Dann gibt es auch nicht viel zu sehen. Die spärlichen Auslagen sind dürftig genug, die Läden von ursprünglichster Einfachheit, nur ein Geschäftshaus hat ein fast modernes Aussehen und wird als Sehenswürdigkeit gepriesen. Nicht minder einfach sind die Erholungsstätten der Bürger. Die Wirtschaften werden als niedere Spelunken mit Talglichtbeleuchtung bezeichnet. Die Errichtung des ersten Cafés ist ein Ereignis; das zweite, 1849 eröffnet, wird wegen seiner unerhörten Pracht bestaunt. Diese beschränkte sich nach unserm Gewährsmann Geißler auf eine goldbronzierte eiserne Stützsäule, schwarze Lederdivans und von Goldleisten eingerahmte italienische Landschaften an den Wänden.

Doch erhoben sich schon damals Stimmen, die gegen den neumodischen Prunk eiferten. Es kommt zur Gründung des Vereins für prunklose Beerdigungen und des Vereins gegen übermäßige Vergnügungssucht, Kleiderpracht und Luxus, dessen Mitglieder sich verpflichten, ihre materiellen Genüsse einer ernsten Prüfung zu unterstellen und hauptsächlich zu unterscheiden: a) welche Genüsse notwendig, b) welche nützlich, c) welche bloß angenehm sind, vor allem aber sich des übermäßigen Genusses geistiger Getränke und des zu häufigen Anschaffens neuer, der Mode sehr unterworfener Kleidungsstücke zu enthalten. Von seinen Erfolgen ist ebensowenig bekannt, wie von denen des Vereins gegen das Hutabnehmen auf der Straße.

Es war unverkennbar, daß die Stadt Fortschritte machte. Rein äußerlich: die Bevölkerung wuchs von 25 176 Seelen zur Zeit der Einverleibung, und erst 26 854 im Jahre 1818, auf 50 828 im Jahre 1849. 1819 ergeht das Gebot des Straßensprengens, 1825 das Verbot des Schweinehaltens in der Stadt, 1824 wird der Kettensteg, der erste seiner Art in Deutschland,

gebaut. Der Stadtgraben und die Pegnitz werden überbrückt, die Stadtmauer an verschiedenen Stellen durchbrochen. 1847 wird die Gasbeleuchtung in Nürnberg, als der ersten bairischen Stadt, durch eine Aktienunternehmung eingeführt. Das war ein großer Schritt vorwärts, in einer Zeit, wo man in den Bürgerhäusern eben erst vom Talglicht zur Öllampe überging. Daher lesen wir auch[1]: „Schaaren von Menschen wogten in den Straßen, sich an dem schönen, hellen Lichte zu erfreuen."

Wir kommen zu dem Kernpunkt in der Entwicklung der Stadt, dem wirtschaftlichen Aufschwung. Eigentlich hatte Nürnberg keine günstige Lage, der Boden unfruchtbar, die Pegnitz für die Schiffahrt wertlos, keine Bergwerke oder Mineralien in der Nähe. Was geleistet worden war, verdankte man der Arbeit der Bürger.

Du nur durch die Lage nicht geworden,
Was du warst, durch deinen eignen Fleiß
Zog der Handel ein in deine Pforten,
Reichtum ward erzeugt durch deinen Schweiß,

hatte einst der königliche Sänger, Ludwig I., in seinem Preislied[2] auf Nürnberg gesungen. Freilich die früher lebenskräftigen Formen des genossenschaftlichen Wirkens in den Gilden und Zünften waren längst verknöchert und hatten Unsegen über die Stadt gebracht. So wurde bei den meisten Gewerben nur der Geselle in den Meisterstand erhoben, der sich in geschlechtlicher Beziehung nichts hatte zu schulden kommen lassen, an die Aufnahme eines außerehelich geborenen Lehrlings war überhaupt nicht zu denken, daher es mancher vorzog, nach Fürth zu gehen, wo man nichts nach diesen Dingen fragte. Auf diese Weise hatte man in Fürth eine Konkurrenz großgezogen, die durch billigere und schlechte Arbeit die „Nürnberger Ware" in Miß-

[1] Priem: Geschichte der Stadt Nürnberg, S. 550.
[2] Städt. Bibliothek, Amb. 698. 2°.

kredit brachte. Ähnlich unduldsam hatten sich einst die Gewerbe gezeigt, als der Rat die französischen Refugiés zulassen wollte. Unterstützung fanden sie dabei an der lutherischen Geistlichkeit, die gegen das Eindringen der Kalvinisten eiferte. Später suchte einmal ein Italiener um Genehmigung der Errichtung einer Fabrik in Nürnberg nach. Er wurde zurückgewiesen, weil er Katholik war. Solchem engherzigen Gebaren verdankten manche der umliegenden Städtchen wie Roth, Schwabach, Erlangen ihr wirtschaftliches Aufblühen.

Nun liegt das alles zwar vor 1806, aber auch später war die Erlangung des Meistertitels mit Schwierigkeiten verbunden, da besonders die Anciennität streng gewahrt wurde. Überhaupt befand sich um jene Zeit das gewerbliche Leben in einer gefährlichen Lage, kein Kapital vorhanden, drückende auswärtige Konkurrenz, schlechte Qualität, niederer Stand der Kunstfertigkeit.

Der Übergang Nürnbergs an Baiern ist zunächst dem wirtschaftlichen Leben nicht günstig. Man klagt viel über die bairischen Maut- und Zollverordnungen von 1808 und 1811 mit ihren hohen Wegzöllen und Zollpatenten. Die Kontinentalsperre, rücksichtslos durchgeführt, lastet schwer auf den Bürgern. Dennoch war die Einverleibung ein Segen. In dem neuen paritätischen Staat waren Vorkommnisse, wie sie eben geschildert wurden, nicht mehr möglich. Der Zunftzwang wurde ersetzt durch das Konzessionssystem. Die bairische Gewerbeordnung von 1825 wandelte die Zünfte in Gewerbevereine um und trug ihnen auf, für eine bessere Vorbildung der Handwerker zu sorgen.

Bis in die dreißiger Jahre hinein blieb die Lage schlecht. Zu den erwähnten Bedrückungen kamen noch Teuerungsnöte 1816—18 und der Zolltarif von 1828. Was nützte es dem Meister, daß er jetzt mit einer unbeschränkten Anzahl Gesellen arbeiten durfte, da es an Arbeit fehlte; weshalb sehr viele

Meister ohne Gesellen arbeiteten. Auch zeigten die Meister keine Neigung, die ausgetretenen Geleise zu verlassen und sich neuer Erfindungen zu bedienen. Die Bemühungen der 1792 gegründeten „Gesellschaft zur Beförderung vaterländischer Industrie", wie unverzinsliche und monatlich rückzahlbare Darlehen, halfen wenig.

Seit den dreißiger Jahren macht sich dann eine Besserung fühlbar. Dafür kommen in erster Linie in Betracht die Fortschritte der Technik, sodann der Eintritt Baierns in den Zollverein 1834, wobei erwähnt sein mag, daß darüber schon 1818 der verdiente Nürnberger Bürgermeister Johannes Scharrer mit der preußischen Regierung im Auftrag der bairischen unterhandelt hatte. Den Fortschritt mögen einige Daten zeigen: 1839 „Lauf-Nürnberger Diligence oder Schnellfahrtanstalt", 1841 regelmäßige Diligencefahrten nach Erlangen, Bamberg, Ansbach, 1845 die ersten Briefkästen, 1851 die ersten Fiaker, 1850 elektromagnetischer Telegraph zwischen Nürnberg und München, 1845 Vollendung des Donau-Mainkanals, 1835 die Bahn nach Fürth, 1844 nach Bamberg, 1849 nach München gebaut. Die Begeisterung, mit der eine neue Zeit begrüßt wurde, spricht aus dem Gedicht des Nürnberger Lokaldichters Jakob Schnerr[1]:

Ja alle Ketten, Fesseln, Wehr und Waffen
Aus roher, harter Zeit,
Sie werden einst in Schienen umgeschaffen,
Zum Preis der Menschlichkeit!

Für die Industrie hebt eine neue Epoche an. Fabriken hatte es bisher nicht viele in Nürnberg gegeben. Dabei darf nicht an die Begriffe gedacht werden, die eine spätere Zeit mit der Bezeichnung Fabrik verbindet. Die Dampfmaschine fehlte

[1] Städt. Chronik: Festgedicht zur Eröffnung der Nürnberg-Fürther Eisenbahn, 1835.

noch völlig. Die Fabriken arbeiteten mit Wasserkraft; eigentlich waren es nur Handwerksbetriebe größeren Umfangs. Die Tabak-, Spiegelglas-, Drahtwaren-, Nachtlichterfabrikation nimmt stetig zu an Bedeutung. Die erste Maschinenfabrik wird von dem Mechaniker Spaeth gegründet; Joh. Scharrer nennt sie 1836 eine neue Erscheinung in der Industrie Nürnbergs. Weitere bedeutende Fabriken folgen: 1838 die Ultramarinfabrik Heyne-Zeltner, 1842 die Eisengießerei und Maschinenfabrik Kletts. Nur mit Mühe konnte Klett die Erlaubnis zur Aufstellung der ersten Dampfmaschine erlangen. Seine Fabrik beschäftigte nach Lochner 1845 schon 60 Arbeiter und „einen besonderen Künstler, welcher die Zeichnungen zu den Modellen verfertigt". Gab es vor 1825 noch keine 20 fabrikmäßige Betriebe, so entstanden 1825—48 allein 48 neue Fabriken Mit diesem raschen Anwachsen war die Richtung gegeben, die die industrielle Entwicklung Nürnbergs einschlagen sollte.

Der Zunahme der Fabriken entsprach eine Abnahme des Kleingewerbes. Immer lautere Klagen erschollen aus den Reihen des Handwerks. Die Gesellschaft zur Beförderung vaterländischer Industrie forderte in Verbindung mit dem Magistrat und Rektorat der Gewerbeschule zur Bildung eines Gewerbevereins auf mit dem Programm: Belebung und Förderung des Gewerbswesens durch gründliche Heranbildung, Verbesserung der Mängel der Gewerbsproduktion, Einführung neuer Industriezweige und Fabrikationsweisen, Unterstützung befähigter Arbeiter, Vermittlung mit den Ergebnissen der Wissenschaft, Beseitigung aller Machinationen, die eine Verschlechterung der Produkte und Herabsetzung des Kredits zur Folge haben.

Von diesem Handwerk muß jetzt ausführlich gesprochen werden. Denn daran müssen wir festhalten: Um die Wende der vierziger und fünfziger Jahre war es noch nicht die Fabrik, so sehr deren Bedeutung von Jahr zu Jahr stieg, sondern die

handwerksmäßige Organisation, die den wirtschaftlichen Charakter Nürnbergs bestimmte. Sie hatte, durch Privilegien aller Art gestützt, bis vor kurzem unumschränkt geherrscht. Auch jetzt erinnert sie noch an ihre Entstehung. Ausgehend von den materiellen Bedürfnissen des täglichen Lebens hatte sie doch allmählich Gewerbszweige entwickelt, die fast ausschließlich für den Export arbeiteten. Auf die Frage, wie sich das Handwerk so lange in seiner Macht erhalten konnte, antwortet Scharrer[1]: „Eine Industrie, welche ein halbes Jahrtausend hindurch alle Stürme der Zeit, alle Wechsel der nationalwirtschaftlichen Verhältnisse zu bestehen und zu überdauern vermochte, muß notwendig ein tiefbegründetes gesundes Lebensprinzip in sich tragen. Dieses Lebensprinzip entsprang aus dem eigentümlichen Geist und Charakter der Nürnberger Bürgerschaft und des Handels und der politischen Verfassung der freien Reichsstadt, welche ihrer Gewerbstätigkeit eine glückliche Richtung gaben, indem sie dieselbe nicht der Herstellung großartiger Fabriken, in welchen das Schicksal von hundert und tausend Fabrikarbeitern an das Schicksal eines Unternehmers gebunden ist, sondern vorzüglich solchen Industriegruppen zuwendete, welche mit der Freiheit und Selbständigkeit des Bürgers, Meisters und Familienvaters vereinbarlich und dem Wechsel der Zeit und der Moden weniger unterworfen ist."

Jetzt waren freilich keine gesunden Lebensprinzipien mehr in dem Handwerk zu finden. Für den leeren Formalismus, in den es erstarrt war, einige Beispiele. Da gab es reale und persönliche Gerechtigkeiten, ferner radiziert berechtigte Gewerbe, deren Zahl überhaupt nicht vermehrt werden durfte, so die (1845) 30 Bierbrauer, 5 Hammerschmiede, 14 Müller, 1 Papiermüller. Die Wirte sind in Klassen eingeteilt. In der 1. und 2. Klasse

[1] Johannes Scharrer: Ein Blick in Nürnbergs Gewerbsgeschäfte, Programm der technischen Anstalten 1836.

befinden sich die 70 und 60 Gasthofbesitzer, die 3. bilden die 17 Weinwirte, die 4. die 60 Garköche, die 5. die 207 Bierwirte. Nur Wirte 1. und 2. Klasse dürfen Fremde beherbergen, der Bierwirt darf keine warmen Speisen verkaufen, der Gasthofbesitzer dafür kein Bier schenken, Wein- und Kaffeehäuser dürfen Bier nur im Hause, nicht über die Straße schenken. Die Rotschmiede gliederten sich in Rotschmiedsdrechsler, Former Gießer, Waag- und Gewichtsmacher, Schellen- und Rollenmacher, Hahn- und Zapfenmacher usw. Überhaupt ist bei den Schmieden die Teilung und Scheidung sehr weit gediehen, wir finden Hammerschmiede, Huf- und Waffenschmiede, Neber- oder Zeugschmiede, Kupfer- und Rotschmiede, Nagel-, Zirkel- und Ahlenschmiede. Als einmal 1848 ein Meister sich Schwertverfertiger genannt hatte, wurde er öffentlich in den Zeitungen vom Vorgeher der Schwertfeger gerügt, da er nur Stahlgalanteriearbeiter und Messerschmied wäre.

Viele Gewerbe arbeiteten nur für die Einwohner, die Schneider, Schuster, Weber, von denen nur die Kaufweber, die im eigenen Laden ihre Waren verkauften, „warm saßen“. Die Bäcker können dem Bedarf nicht genügen, es wird viel Brot aus den umliegenden Orten eingeführt. Andererseits werden Nürnberger Biere nach vielen Orten versandt. Es gab 1845 noch 50 kleinere Brauereien, eine davon zeigt schon die Anfänge des Großbetriebs, dem in der Folgezeit die meisten zum Opfer fielen. Nach Lochner bildet die ehemals Kurzsche, dann Reifsche Brauerei „ein förmliches kaufmännisches Etablissement, indem sie den ganzen Betrag ihres nicht geringen Erzeugnisses ins Ausland sendet“. Aus den für Export arbeitenden Gewerben seien noch herausgegriffen die 13 Beutler, 46 Blumenmacher, 42 Bortenwirker, 123 Cichorien- oder Mandelkaffeefabrikanten, 24 Hornpresser, 51 Nachtlichterfabrikanten, 16 Nadel- und Fischangelmacher, 55 Paternostermacher, 27 Schellenmacher,

3 Siebmacher, 3 Sporer, 1 Schriftgießer. Manche Gewerbe liegen im Sterben, die Briefmaler, Alabasterer, Pergamenter Rechenpfennigmacher, Illuministen, andere blühen eben auf, die Drechsler, Schatullenmacher, Spielmacher, Lebkuchen- und Oblatenbäcker.

Der unzulänglichen Organisation des Handwerks entsprach die des Handels. Auch er litt unter den erwähnten Mißständen. Die schlechten Mautverhältnisse hatten es mit sich gebracht, daß nunmehr Frankfurt und Straßburg Umschlagplätze für die englischen und französischen, nach der Schweiz und Preußen gehenden Waren wurden, und daß österreichische Sendungen den Seeweg über Triest nahmen. Das Speditionsgeschäft, von dessen immer noch großer Bedeutung 28 Firmen zeugen, verlieh der Königstraße ein eigentümliches Gepräge. Dort befanden sich die Maut und die von den Fuhrleuten besuchten Wirtshäuser; über Nürnberg hinaus bestimmte Güter wurden hier umgeladen. Die kunstvoll bepackten Frachtwagen, die Ballenbinder in schwarzer, die Lader in weißer, mit gelbem Leder verzierter Kleidung, die Hausknechte und Güterschaffer, überhaupt der ganze Verkehr, das sind Bilder, die von den an die Stille gewohnten Bürgern oft angestaunt werden.

Wie der Zwischenhandel ging auch der Ausfuhrhandel bis in die dreißiger Jahre immer mehr zurück, erholte sich aber dann wieder. Seine vorzüglichsten Gegenstände waren Manufakturwaren, die Erzeugnisse der Nürnberger Industrie, dann Landesprodukte und Kolonialwaren. Neben den vielen Manufakturwaren- und Spezereihandlungen finden sich Geschäfte für Spiegelglas, Goldwaren, Buch- und Kunsthandlungen. Die beste Illustration des damaligen Handels gibt uns die Notiz für 1845, daß Geldgeschäfte von mehreren Häusern, jedoch nicht ausschließlich, betrieben wurden. Noch ist ein Zweig des Ausfuhrgeschäfts zu nennen. Der Hopfenhandel, dem 1815 nur

4 Firmen obgelegen hatten, begann sich zu seiner Weltbedeutung zu entwickeln, nachdem es den Bemühungen einiger Kaufleute gelungen war, ihn in Nürnberg zu konzentrieren.

Detail- und Meßhandel führten ein stilles Leben innerhalb der ihnen gezogenen Grenzen. Messen fanden dreimal jährlich statt, anscheinend noch von Bedeutung für alle Klassen: „Zwischen den Buden wandelt die fashionable Welt", schreibt Lochner 1845. Die Fieranten waren zu ²/₃ Juden. Dies führt uns zu einem für die Entwicklung des Nürnberger Handels und überhaupt des wirtschaftlichen Lebens sehr wichtigen Faktor. Zwar durften schon bisher einzelne Juden, besonders Beamte, in der Stadt wohnen. Aber erst das Jahr 1808 hatte eine so altertümliche Maßregel wie den Judenleibzoll beseitigt, den jeder nach Nürnberg kommende Jude bezahlen mußte, und erst 1850 wurde ein Kaufmann J. Kohn vom Magistrat mit einer Stimme Mehrheit als Bürger aufgenommen, der erste seit 1498. Die Judenschaft nahm rasch zu. 1871 finden wir 1634 Juden in Nürnberg; im selben Jahr gibt es auch schon 94 Hopfenhandlungen und 26 Bank- und Wechselgeschäfte.

Am Schlusse dieses Kapitels über die wirtschaftlichen Verhältnisse Nürnbergs noch einige allgemeine Zahlen. Zählt man sämtliche Gewerbsarten zusammen, so kommt man auf alles in allem über 400. In ihnen waren an die 13000 Personen beschäftigt. Die städtische Chronik rechnet für 1849 neben 1300 Fabrikarbeitern und 5150 Gesellen und Gehülfen etwa 5000 Handwerksmeister, Händler, Kleinkaufleute. Nach einer anderen Statistik werden 400 Gewerbe fabrikmäßig, 3005 handwerksmäßig, 333 im Umherziehen betrieben, wobei der Unterschied fabrik- und handwerksmäßig von der größeren oder geringeren Zahl der Gesellen abzuhängen scheint. Demnach hätten die meisten Handwerksmeister allein oder mit 1, 2 Gesellen gearbeitet. Und noch eine Zahl ist zu nennen: die 1342 konskri-

bierten Armen (1848), lauter Erwachsene, zu denen noch viele Kinder und wegen Krankheit oder Unglückes Unterstützungsbedürftige kommen, lassen die ökonomische Lage als nicht sehr günstig erscheinen.

Der gewerbliche Charakter der Stadt war einem regeren geistigen Leben nicht förderlich. Es fehlte da schon an Männern, denen ihr Beruf Muße zu gelehrter Betätigung gab. Im übrigen gab es alle Gesellschaften, wie sie damals überall in ähnlichen Städten zu finden waren; literarische Vereine, unter ihnen aus alter Zeit herüberragend der pegnesische Blumenorden, historische, naturwissenschaftliche, Künstlervereine, in denen Lokalgrößen ein dünnes Bier ausschenkten. 1840 wird im Rößelschen Café ein „literarisches Institut" eingerichtet, woselbst man für monatlich 48 kr. an die 70 Zeitungen lesen konnte. Dort mag sich wohl das Nürnberger Künstlervölkchen getroffen haben, darunter achtbare Namen, der Kupferstecher Geißler, Bildhauer Rotermundt, Erzgießer Burgschmiet, der Kupferstecher und Leiter der Kunstschule Reindel, der Kunstsammler Hertel. Sie alle übertrifft an Ansehen und Einfluß Heideloff, der damals Nürnberg „restaurierte" und mit der Gotik, wie er sie verstand, das künstlerische Leben beherrschte. Den Geschmack jener Tage kennzeichnen Bauten, wie die von Solger erbaute Bank, das alte Krankenhaus, der alte Bahnhof.

Noch mögen einige charakteristische Züge angeführt werden zur Abrundung des Bildes. Die Kirchweihen der umgebenden Orte, besonders die Fürther und Erlanger, sind bedeutende Ereignisse im Leben des Nürnbergers, nicht minder die Messen mit ihren Sehenswürdigkeiten. Öfters treten die Handwerke mit ihren alten Bräuchen auf, die Büttner z. B. mit dem alten Büttnerstanz. Jahr für Jahr wiederholt sich ein der Kinderwelt besonders teures Schauspiel, der Durchzug österreichischer Truppen zur Bundesfestung Mainz. Auch ernstere Bilder treten

der Jugend vor Augen. So wurden die Schulen geschlossen, als man 1843 eine Frau wegen Mordes am Schandpfahl vor dem Rathaus ausstellte. Es war das letzte Mal, daß man von diesem mittelalterlichen Straf- und Abschreckungsmittel Gebrauch machte. —

Was ergibt sich nun aus diesen Darlegungen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse für das politische Leben? Nürnberg war weder Residenz, noch hatte es eine irgendwie einflußreiche Aristokratie in seinen Mauern. Die herrschende Klasse war die Bourgeoisie, noch durchaus unentwickelt und unfertig. Zu ihr zählen Teile der Beamtenschaft, Advokaten Ärzte, Fabrikanten, Kaufleute. In weiten Kreisen der Bürgerschaft herrschte eine Abneigung gegen die Beamten und Offiziere, wohl noch aus den Tagen her, wo die Altbaiern, keineswegs Muster von Bildung, Gerechtigkeit, Unbestechlichkeit, in den neugewonnenen fränkischen Provinzen wie in einem eroberten Land gehaust hatten. Da werden z. B. in manchen Gesellschaften Offiziere und Beamte nicht zugelassen. Aber im ganzen stand man jetzt den Altbaiern an Loyalität kaum nach. Diese Kreise waren liberal bis zu einem gewissen Grade. Sie entsandten als Abgeordnete immer Männer, die in ihrer Zeit als freisinnig galten, freilich bei jedem praktischen Fall von Opposition versagten. Denn man war ja durch tausend Fäden mit der Regierung verknüpft.

Man nahm Anteil an den Kammerverhandlungen, im weiteren an den Kämpfen der Zeit, und feierte wohl die Helden und Märtyrer des vormärzlichen Liberalismus. Man erstrebte auch Reformen, mehr Bewegungsfreiheit auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet. Aber daß sie auf die Barrikaden steigen würde, war von dieser Klasse nicht zu befürchten. In ihr wuchs ein lebhaftes nationales Gefühl heran, genährt durch Jugendeindrücke auf der Universität, durch wirtschaftliche Be-

dürfnisse, durch äußere Ereignisse wie die Vergewaltigung Schleswig-Holsteins.

Auf der andern Seite finden sich Ansätze eines Proletariats, Fabrikarbeiter, Teile der gewerblichen Gesellenschaft, Arbeitslose. Die Führer fehlen ganz; man war noch nicht zum Selbstbewußtsein der Klasse gekommen. Was man der Revolution zur Verfügung stellen konnte, war nichts als die nackte Gewalt der Arme, nicht einmal eine klare Formulierung der eigenen Forderungen. Wenn es hie und da in den Massen wetterleuchtete, so waren wirtschaftliche Notstände, Teuerung, Hungersnot die Ursache. Dabei kam es auch öfters zu Ausschreitungen gegen Getreidehändler, Mühlenbesitzer, die man des Wuchers zieh. Aber mit der Politik hatte es nichts zu tun. Das eigentliche Proletariat wird seinem Umfang nach nicht sehr hoch zu schätzen sein, es fehlt ihm der größere Teil der Gesellenschaft. Diese rechneten sich eher zu der großen Mittelklasse, die in Nürnberg wie auch sonst überall der Hauptfaktor der politischen Bewegung wurde.

Das Kleinbürgertum, um diese handliche Bezeichnung zu gebrauchen, ist die weitaus stärkste Klasse, es ist die Mehrheit der Bevölkerung. Es zählt in seinen Reihen die Tausende von Handwerksmeistern und die Mehrzahl der Gesellen und Gehülfen, die im Handwerk und in der Handlung ihr Brot finden. Noch fesseln ja manche Bande den Gesellen an den Meister, er ißt und wohnt bei ihm und hofft später selbst Meister zu werden. Nun waren freilich für das Handwerk schlechte Zeiten gekommen. Ist schon in den höheren Kreisen die Lebensführung um diese Zeit im allgemeinen eine bescheidene zu nennen, so ist hier Dürftigkeit und vielfach Not zu Hause. Dahingegen sah der Handwerker eine steigende Wohlhabenheit bei dem Fabrikanten, von dem er vielfach wirtschaftlich abhängig geworden war. Mit den Behörden stand er sich nicht gut, er hatte genug zu mäkeln

an den neuen Einrichtungen, die das Handwerk nach seiner Meinung nur schädigten. Der Boden war also bereitet für eine Oppositionsstimmung. Wenn man in diesen Kreisen schon politische Ansichten hatte, so waren es die der Bourgeoisie, unter deren Führung man stand; denn es fehlte an Intelligenz und politischem Wissen. Im allgemeinen aber war das Interesse mehr an lokale Dinge geknüpft. Diese Klasse tritt mehrere Male bedeutsam hervor, immer ist dabei ihre Stellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat von ausschlaggebender Bedeutung. Sie ist anspruchsvoller in ihren Forderungen, stürmischer in ihrem Auftreten als die liberale Bourgeoisie, sie wird revolutionär, aber wenn dann das Proletariat zur entscheidenden Tat drängt, wird sie unsicher und geht zurück. Im übrigen sollen jetzt die Ereignisse selbst reden.

I.

Von den Februarereignissen bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung.

Der Anfang des ereignisschweren Jahres fand Nürnberg in ziemlicher Ruhe. Noch liegt ein gut Teil Interesse der Bürger hinten weit in der Türkei, wie denn in den Zeitungen die auswärtigen Nachrichten die Rubrik Deutschland noch immer erdrücken. Wenn nur der Frieden erhalten blieb und die Ruhe im Lande! Keiner ahnte, daß man vor großen Dingen stünde.

Zufrieden war man nicht; man fühlte sich allerorten eingeengt. Der politische Streit des Tages drehte sich hauptsächlich um die Auswüchse des alten Systems, und in seltener Einigkeit kämpften die Zeitungen gegen die Zensur. Preßfreiheit und Vereinsfreiheit waren wie überall die Güter, die es zunächst zu erringen galt. Auch das Gemeindekollegium hielt sich dem Fortschritt nicht verschlossen, abermals suchte es bei der Regierung um Öffentlichkeit der Sitzungen nach, obwohl es auf die schon einmal vor längerer Zeit eingereichte Bitte keine Antwort erhalten hatte.

In dieses Stilleben nun drangen verworrene Nachrichten aus der Residenz. Noch ging man freilich fast schüchtern an diese ungewohnten Dinge heran, so spricht der „mit Seiner Königlichen Majestät von Bayern allergnädigstem Privilegium“

gedruckte Korrespondent nur zart andeutend von L. M., dem Königsliebchen, um das sich die Nachrichten gruppierten. Aber er findet dann auch warme Worte für die Freiheit des Geistes[1]: „Gehinderte oder unterdrückte Gedankenmittheilung, Verbot der freien öffentlichen Rede ist das Kennzeichen solcher Staaten und Völker, welche sich vor ihrer eigenen Gesundheit, ihrer eigenen Kraft, ihrer eigenen Vernunft fürchten, welche ihrem eigenen Genius mißtrauen, welche an ihre eigene Sittlichkeit nicht glauben, welche ihren eigenen Gerechtigkeitssinn verleugnen."

Jubelnd begrüßt der Nürnberger Kurier[2] die Befreiung von der „finstern, dämonischen Gewalt, die seit mehr als einem Jahr über unserm guten Lande die unerträgliche Geißel schwang, der Moral und öffentlichen Sittlichkeit unheilbare Wunden schlug, ihren Pesthauch bis ins Heiligtum der Familie verbreitete und die altangestammten, nie verleugneten Gefühle der Treue und Anhänglichkeit nach Oben in den Hintergrund drängend einer Bitterkeit Raum gab, die um so tiefer ging, als sie ihren Entstehungsgrund in dem beleidigten Rechtsgefühle einer ganzen Bevölkerung fand. Diese unheilvolle Gewalt ist gebrochen! die Brust hebt sich wieder freier und bald wird Vergessenheit die traurigen Ereignisse einer Zeit begraben, die dem wahren Vaterlandsfreund so manche kummervolle Stunde bereitet hat."

Die Münchener Vorgänge hatten überall das Gefühl der Befriedigung erweckt schon deshalb, weil endlich eine wenig rühmliche Episode in Baierns Geschichte ihr Ende gefunden hatte. Bei näherem Zusehen änderte sich dieses Gefühl in etwas. Die protestantische Bevölkerung hatte unter dem Abelschen Regiment mancherlei Unbill zu ertragen gehabt und daher den Sturz der ultramontanen Herrschaft mit Freuden begrüßt, mochte er auch der spanischen Tänzerin zu verdanken sein. Nun sah man die

---

[1] Korrespondent 28. Febr. 1848. — [2] Nürnberger Kurier 20. Febr.

Ultramontanen im Hintergrund eifrig an der Arbeit, die Münchener Ereignisse zur Wiederherstellung ihrer Macht zu verwerten. Der Befriedigung folgte also bald das Mißtrauen. Es wird uns berichtet[1], daß in Nürnberg der Wunsch laut wurde, der König möchte sich nach einer protestantischen Stadt, also Nürnberg, zurückziehen und hier, sicher vor den Gewalttätigkeiten der Münchener Bürger, das begonnene Werk der Vernichtung der Pfaffenherrschaft fortsetzen und vollenden.

Wenn nun der Drang des Augenblicks einmal zu freieren Worten fortgerissen hatte, so darf doch die Bedeutung der Münchener „Revolution" nicht sehr hoch geschätzt werden. Für sich allein hätte sie keinen Einfluß auf die weitere Entwicklung ausgeübt, und bald wäre alles wieder gewesen wie zuvor. Allenthalben macht sich in der Presse das Bestreben geltend, die Vorgänge zu beschönigen, da man wohl erkennen mochte, daß die Rolle, die der König dabei gespielt hatte, der monarchischen Idee nicht förderlich sein konnte. Immerhin aber war die Stimmung weiter Kreise angeregt und empfänglicher geworden für die folgenschweren Nachrichten, die die nächsten Tage brachten.

Denn eben jetzt kommt die Kunde nach Nürnberg, daß in Paris eine „förmliche" Revolution ausgebrochen sei. „Bei uns ist Westwind der vorherrschende; wenn nur keine ansteckende Seuche bei uns ausbricht; eine Prädisposition scheint dazu vorhanden zu sein", schreibt unterm 1. März der Verfasser der Chronik; doch hält er die Franzosen ebensowenig reif für die Republik wie die Deutschen, erstere seien zu leichtsinnig, die zweiten faule Wirtshausbrüder.

Schon begann es sich in der Bürgerschaft zu regen. Am 2. März nachmittags 2 Uhr trat im Saale des Goldenen Adlers eine von allen Kreisen besuchte Versammlung zusammen,

[1] Diezel: Baiern und die Revolution, S. 82.

berufen von dem Arzt Dr. Schwarz, der den Behörden ausdrücklich ein gesetzliches Vorgehen zusicherte, worauf der Bürgermeister der Versammlung die Anwesenheit von Polizeiorganen ersparte. Schwarz eröffnete die Versammlung mit einem salbungsvollen Vortrag, wie es jetzt gelte, sich gegen den republikanischen und kommunistischen Andrang zusammenzuschließen und das Eigentum und den König zu retten, wofern dieser durch gewisse Garantien sich das Vertrauen der Bürger zu erhalten wisse. Die Versammlung habe also nicht nur eine Ergebenheitsadresse zu beschließen, sondern auch über diese Forderungen zu beraten. Als solche schlug er vor:

1. Allgemeine Wahlfähigkeit aller Bürger, aktiv mit 21, passiv mit 30 Jahren. Bei diesem Punkt machte ein besonders schlauer Politiker die Bemerkung: Man müsse darauf gefaßt sein, daß man nicht alles erhalte, was man verlange; das sei man schon gewöhnt, man müsse daher möglichst viel verlangen.

2. Unbedingte Preßfreiheit.

3. Öffentliches Gerichtsverfahren mit Geschworenen nach englischem Vorbild.

4. Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, wobei viele Stimmen riefen: Keinen Staat im Staat, keine Leute, die wir bezahlen und die gegen uns fechten.

5. Volksvertretung beim deutschen Bunde. Mehrere wiesen auf die Bassermannsche Motion hin, die die Zustimmung aller Deutschen sich erworben habe. Der Advokat Lindner verliest nun die Adresse der Mannheimer an die Zweite Kammer unter lautem Beifall und Zuruf, man solle sie der Adresse zugrunde legen. Weniger Anklang findet der Antrag der darmstädtischen Abgeordneten an die hessische Kammer, der auf Aufstellung eines provisorischen Oberhaupts für Deutschland dringt.

6. Bürgerliche Gleichstellung aller Konfessionen und Religionen, auch der Juden. Dieser Vorschlag des Arztes Barthel-

meß wurde gleichfalls angenommen, ebenso das Verlangen vieler nach einem

7. Bairischen Polizeigesetzbuch.

Weiter wurde beschlossen, die Adresse sofort zu beraten, und dazu aus der Versammlung heraus ein Ausschuß gewählt. Die Adresse beginnt: „Deutschlands gefährlichster Nachbar ist soeben in einer Umwälzung begriffen, die in der Geschichte kaum ihresgleichen hat. In wenigen Tagen können republikanische Heere Deutschlands Grenzen überschreiten und der russische Koloß aus dem Norden heranrücken. Gegen russische Waffen können uns die Bayonette unserer Soldaten schützen, gegen die begeisterten Schaaren der Franzosen helfen besoldete Waffen allein nicht, sondern hier muß die deutsche Nation selbst wie Ein Mann aufstehen und zur Vergießung des eigenen Blutes bereit seyn. Hiezu ist ungetrübte Vaterlandsbegeisterung noth." Das bildet dann den Übergang zu den erwähnten Forderungen, die sich verbanden mit der Bitte um sofortige Berufung der Stände des Reiches, wofür dann die in allertiefster Ehrfurcht alleruntertänigst treugehorsamsten Unterzeichneten Gut und Blut fürs deutsche Vaterland opfern wollten. Noch erhob sich die Frage, ob man die Adresse durch eine Deputation überbringen lassen solle, doch entschied man sich für Übersendung durch die Post. Alle Anwesenden, etwa 400, unterzeichneten.

Da sich wegen des improvisierten Charakters der Versammlung viele Bürger nicht daran beteiligen konnten, fand eine zweite am Nachmittag des 6. März in der seit langem nicht mehr für geistliche Zwecke verwendeten Katharinenkirche statt, die nun schon einen „volkstümlichern" Verlauf nahm. Zu den früheren Forderungen traten neue Wünsche: Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister, allgemeine Landesbewaffnung, Recht zur öffentlichen Versammlung der Bürger. Das verstärkte Komitee soll auch die neue Adresse abfassen, die dann

im Rathaussaal zur Unterschrift auszuliegen hat. Weiter beantragte der Advokat Korte, alle der Landwehr nicht einverleibten Bürger in einer Sicherheitswache zu organisieren.[1] Dem stimmte auch der Erste Bürgermeister zu unter Ermahnungen zur Eintracht und Ruhe. Dr. Schwarz schlug wöchentliche Versammlungen dieser Art vor, in denen die allgemeinen Interessen Deutschlands und Baierns, ebenso die der Stadt besprochen und Wünsche der Bürgerschaft den Behörden zur Kenntnis gebracht werden sollten.

Nicht ganz einverstanden mit dem neuen Geist ist der Chronist, wenn er am 7. März schreibt: „Auch bei uns wird es jetzt ungemein lebhaft und aufgeregt, es kommt vielen ganz spanisch vor, wie die Proletarier (ein neues Wort, zu deutsch Leute, die kein Geld haben) sich jetzt auch herausnehmen, von Menschenrechten reden zu wollen, und nun, nachdem die Schnürbrust gelüftet ist, die Backen freilich etwas voll nehmen. So wurde denn in der gestrigen Volksversammlung beantragt, eine Sicherheitswache zu errichten. Muß denn diese aber nicht zum allergrößten Theil aus Proletariern bestehen? — Die Leute kommen mir jetzt vor wie kleine Kinder, die ihre Furcht an einsamen Orten dadurch zu beschwichtigen suchen, daß sie singen, pfeifen und schreien."

In der Nacht auf den 7. brachte eine Staffette die königliche Proklamation mit der Bewilligung der Wünsche, die ungeheuren Jubel erregte. Beim Mittagstisch klangen die Gläser zusammen bei feurigen Toasten. Auf der Parade sang man die Nationalhymne. Es lebe der König, das Militär, die Bürger, so riefen sich Offiziere und Bürger gegenseitig zu.[2] Abends Glockengeläute, Illumination, Gesang der Vereine auf

[1] Nach einer Ministerialverordnung vom 9. April 1840 waren alle Insassen der Stadt, die „gebrödete Diener" oder Taglöhner waren, nicht zum Dienst in der Landwehr verpflichtet.

[2] Mittelfränkische Zeitung 9. März.

dem Markt, Sammlungen für die Armen, Ball im Museum, Festvorstellung[1] im Theater mit Festouverture C. M. von Webers und Houwalds Schauspiel: Fürst und Bürger, Dankgottesdienste am folgenden Sonntag. Nur der Chronist nörgelt wieder, da er glaubt, daß von den schönen Worten zu Taten noch ein gewaltig langer Weg sei: „Volksjubel, Fahnen wehten von den Häusern, Kokarden prangten an den Hüten, Schleifen zierten den Busen der patriotisch gesinnten Schönen, als in München die Veröffentlichung der Proklamation stattgefunden hatte und folglich kann der Nürnberger nicht weniger thun; deshalb sieht man heute so viele Fahnen, Kokarden, Schleifen in unsern Mauern, daß einem ganz blau vor den Augen ob dieses blauen Dunstes wird."

Nur einen wollte die Mittelfränkische Zeitung bleich und betrübt unter den jubelnden Menschen gesehen haben: es war ein Jude. Die Proklamation brachte nur eine „Erweiterung" seiner Rechte, und diese Erweiterung beengte sein Herz. Übrigens waren die Juden die ersten auf dem Plan. Der Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Fürth, Dr. Löwi, sandte schon am Tage nach der ersten Versammlung an deren Vorsitzenden einen Appell an die „edlen Bürger Noris", worin er unter großem Wortschwall und reichlichem Aufwand alttestamentlicher Zitate um Sympathien für seine Glaubensgenossen warb.

Die Folge der Proklamation war, daß die Adresse der zweiten Versammlung als überflüssig zurückgezogen wurde, desgleichen eine eben vom Magistrat beschlossene mit den üblichen Forderungen. Wie sehr die königlichen Bewilligungen die Gemüter beruhigt hatten, zeigt der Zwischenfall vom 9. März.

[1] Der Zettel trug das Motto:
Weil es den Vater braucht, wählt sich das Volk den Fürsten,
Und wenn er Vater ist,
In vollem Sinn, ist er ein guter Fürst!
Heil uns, wir dürfen uns des Vaters freu'n!

An diesem Tag sahen die Nürnberger einen merkwürdigen Zug in ihrer Stadt[1]: viele Bauern aus Heroldsberg und Umgebung zogen mit blauweißen Kokarden geschmückt, an ihrer Spitze ein Gutsbesitzer mit blauem Federbusch am Hut, zum Sebalder Forstamt, um ihre Beschwerde wegen Entziehung der Waldstreu zu Protokoll zu geben und die Wiedergewährung ihrer alten Forstrechte zu verlangen. Die Bauern wußten sich durch den seltsamen Auftritt in Respekt zu setzen. Die Behörden benahmen sich sehr rücksichtsvoll und sagten ihnen Abhülfe ihrer Beschwerden zu. Obwohl alles mit Ruhe und Mäßigung vor sich ging, traf man doch unter der Hand Maßregeln. Militär wurde konsigniert und die Hauptwache mit einer Kompagnie besetzt. Die Bauern aber zogen ruhig wieder heim und bedankten sich, daß die Nürnberger sie so freundlich und mit solcher Achtung empfangen hätten; sie hätten nur ihr Recht gewollt.

So war in den wenigen Tagen die Kunde von dem freieren Geist, der über die Völker gekommen, bis in entfernte Dörfer gedrungen, überall dunkle, unklare Wünsche erweckend und zu Dingen fortreißend, an die man kurz vorher nicht zu denken gewagt hätte. Nicht überall ging es so friedlich ab auf dem alten Boden des Bauernkrieges. Öfters wurde aus Nürnberg Militär geholt, um die Schlösser Adeliger vor der Wut der Bauern zu schützen, so im Maintal, in der Umgegend von Lichtenfels; ein Schloß des Freiherrn von Gutenberg bei Herzogenaurach wurde von Nürnberger Infanterie im Bunde mit Erlanger Studenten verteidigt. Einem Freiherrn von Redwitz träufelten damals die wütenden Bauern so lange brennendes Siegellack auf die Finger, bis er die verlangte Verzichtleistung auf sämtliche Feudalabgaben unterzeichnete. Nächst

[1] Ein diesen Vorgang darstellendes buntes Bild s. Städt. Bibliothek, Nor. 574, 2°.

den Adeligen wurden vielfach die Juden auf dem Lande bedroht und zur eiligen Flucht in größere Städte genötigt.

Allenthalben ertönt Waffenlärm, überall ist von Krieg die Rede. Die geplante Sicherheitswache hatte sich zu einer freiwilligen Stadtwehr ausgestaltet; sie war in zwei Bataillone zu je vier Kompagnien nach den Stadtteilen eingeteilt. Die Turner und die Arbeiter der Staatseisenbahnwerkstätten bildeten eigene Korps. Kriegerischen Geist atmet die Einladung der Schützenmeister der Nürnberger Schützengesellschaft an „alle Hrn. Schützen und Jagdliebhaber" zur Bildung eines achtunggebietenden Scharfschützenkorps „im Angesicht der großen Weltereignisse, wo jeder Korporation ihre heiligsten Pflichten angewiesen sind". „Jedem aber geben wir zu bedenken, daß der Standpunkt des Schützen einer der gefahrvollsten ist, und derselbe von patriotischem Mut sein muß, wenn er einem durch Sympathie verbrüderten Korps sich anzuschließen verpflichtet, dessen Devise heißt:

„Wo's halsgefährlich ist, da stellt uns hin,
Wir können zielen und ins Auge fassen."

Wenn es auch schien, als ob diese Rüstungen gegen den feindlichen Nachbar gerichtet wären, so mochte man doch eher die innere Ruhe für gefährdet halten. Schon am 4. März glaubt der Korrespondent[1] unter Hinweis auf den sozialistischen, ja kommunistischen Charakter der französischen Revolution die Besitzenden zum Schutz ihrer heiligsten Güter aufrufen und vor der überstürzten, wilden Hast nach Konzessionen warnen zu müssen, ebenso vor der Nachäffung französischen Zuschnittes, also dem Verlangen nach der Republik: „Sollten verführerische Stimmen Euch den Sirenengesang der Republik vorsingen, laßt Euch wie Odysseus fester und fester an den Mast der konstitutionellen Monarchie, der mit Stabilität gepaarten Freiheit binden."

[1] Korrespondent 24. März.

Ganz erfüllt von dem neuen Geist ist jetzt die Mittelfränkische Zeitung[1]: „14 Tage sind an uns vorübergegangen, inhaltsschwerer für das politische und soziale Leben als 14 Jahrhunderte." Sie, die sich bis jetzt höchst wenig um Politik bekümmert hat, ergeht sich nun Tag für Tag in den schwulstigsten Paraphrasen über die Wünsche der Versammlungen.

Dagegen nimmt der Nürnberger Kurier[2] entschieden zu den Problemen Stellung. So sehr er mit der Karlsruher Petition ein deutsches Parlament herbeisehnt, so sehr lehnt er Gagerns Forderung eines Oberhauptes ab, da sich einmal unser Volk individualisierend entwickelt habe. Dem im Parlament geeinigten Volk soll ein Bund der Fürsten gegenüberstehen. Auch er warnt vor radikalem Mißbrauch der Freiheit, vor Faseleien wie „Freistaat Franken in der Deutschen Republik". An Forderungen bringt er Revision aller politischen Prozesse, Abschaffung des Lottos und der Spielhöllen, allgemeine Volksbewaffnung bei einjähriger Dienstzeit und Wahl der Offiziere durch die Kompagnien, und dann auch praktische soziale Fürsorge: „War denn nicht das die Quelle aller Übelstände, daß man, zufrieden mit theoretischem Aufbau der logischesten staatsrechtlichen und staatsökonomischen Systeme, sich den praktischen Boden unter den Füßen weggleiten ließ?" —

Während die Kunde von der Abdankung König Ludwigs fast spurlos, höchstens unter wehmütigem Gedenken vorüberging, wühlten die Berliner Ereignisse die Leidenschaften zu tiefst auf: „Sündenvoller Macduff! Um deinetwillen wurden sie erschlagen, Unsel'ger, nicht um ihre Missethat, um deinetwillen wurden sie geschlachtet! Der Himmel möge ihnen Frieden geben. Wir protestieren feierlich, im Angesicht der Welt und unseres Volks, gegen den deutschen König, der uns in Preußen geboren werden

[1] Mittelfränkische Zeitung 21. März.

[2] Nürnberger Kurier 8. 13. 14. 18. 19. März.

soll. Wir glauben nicht, daß aus dem Immergrün der gemordeten Bürger sich die Krone flechten lasse für die Stirne dessen, der die blutige Saat gesät. Wir wollen nicht Statisten sein in dem großen Drama, das der gewandteste Mann der Politik uns vor Augen führt. Wir halten den Triumphzug des deutschen Königs auf den noch vom Blute rauchenden Straßen für einen Hohn der Menschheit, für einen Frevel an dem Göttlichen, für eine unheilvolle Verspottung der strengsten Richterin, der Geschichte. Dies unser geschriebenes Blatt Papier, das zwischen uns und Brandenburgs Karl IX. ist. Sollen wir uns übertölpeln lassen? Gott bewahre uns vor einem Kartätschenkaiser!"

In diesen Gedankengängen bewegt sich der Nürnberger Kurier[1], der auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurückbeben würde, um diese Schmach von dem Vaterlande fern zu halten, und der seine Hoffnungen auf das edle Volk der Rheinlande, das von dem Hauch der französischen Republik angeweht ist, und Ostpreußens setzt. Doch finden wir auch schon verstohlens Vermutungen über polnische und französische Emissäre, die wochenlang das Volk mit Geld bearbeitet und im Aufreißen des Pflasters unterrichtet hätten; es falle auf, daß die Gefallenen fast lauter Arbeiter seien.

Noch schärfer geht die Mittelfränkische Zeitung[2] mit dem „Landesvater" ins Gericht, der sein durch ein bürgerfeindliches Junkertum schwer gereiztes und durch eine entfrembete Soldateska unversehens überfallenes Volk eine lange Nacht hindurch hinmorden ließ. Sie protestiert gegen die preußische Oberherrlichkeit mit Kosaken im Hintergrund und dem Komödianten in seiner Kamäleonshaut als Protektor; die zurückgebliebenen Preußen sollen uns nachzukommen sich beeilen.

[1] Nürnberger Kurier 26. und 27. März, 3. April.

[2] Mittelfränkische Zeitung 25. und 26. März.

Mit wahrhaft kindlicher Freude tummelte man sich jetzt auf dem Gebiete der äußeren Politik. Da findet der Nürnberger Kurier[1] des Pudels Kern darin, daß England Preußen die Vorherrschaft zusicherte, um es gegen Frankreich zu gebrauchen. Preußen mußte sich nun aus den russischen Banden befreien, was es durch Gewährung einer Verfassung tat. Daher polemisiert unser Politiker gegen die Vorkämpfer Preußens im Süden, die Deutsche Zeitung und Augsburger Allgemeine Zeitung, deren stiller Wahnsinn nun in offene Tobsucht ausgeartet sei, und wirft sich zum Verteidiger des biedern österreichischen Volkes auf. Während England, wo in London der Prinz von Preußen mit Metternichs Kreaturen konspiriere, Preußen in den Krieg mit Frankreich hetzen wolle, schlägt der Nürnberger Kurier neben Zurückgabe Polens, Freiheit Italiens und Allianz mit Frankreich Krieg gegen Dänemark, England, Rußland vor.

Ruhiger betrachtet der Korrespondent[2] die Dinge. Er will freie Wahl des Oberhauptes aus dem Kreise der deutschen Fürsten durch die Volkskammer. Gegen Preußen spricht die „altbekannte preußische Lust, sich für das erste, für das auserwählte Volk unter den deutschen Stämmen anzusehen und deshalb Preußen mit Deutschland, Deutschland mit Preußen wir wissen nicht, ob wir sagen sollen zu verwechseln oder zu identifizieren“. Auch besitzt Friedrich Wilhelm IV. das Vertrauen Deutschlands nicht und kann es auch nach den Berliner Ereignissen nicht besitzen. Ein origineller Artikel ruft die Frauen zur Mitarbeit auf: „Nehmt den Mann freundlich auf, wenn er durch die Arbeit seines Tages und die Sorgen für die Erkämpfung seiner Bürgerehre ermüdet eintritt; muntert ihn auf, greift ihn bei der Würde seiner Mannsehre an, wenn

[1] Nürnberger Kurier 29. März, 1. April.

[2] Korrespondent 27. und 29. März.

sein Eifer im Kampf für die gute Sache erkalten will; aber die schönsten Blumen aus dem Garten Eurer Reize legt als Kampfpreis für die Tapfersten zurück." —

Als nun an die Nürnberger der Ruf erging, einen Abgeordneten zum Vorparlament zu wählen, da gab es sich ganz von selbst, daß niemand anders in Betracht kam als ihr Mitbürger, der bekannte Märtyrer der liberalen Sache, Dr. Eisenmann. Der hatte nun schon eine bewegte Vergangenheit hinter sich. In jugendlicher Begeisterung war er hinausgezogen in den Befreiungskampf und dann Mitbegründer der Würzburger Burschenschaft geworden. Die Verfassungskämpfe der vergangenen Jahre hatten den Jünger Rotteck's als einen der lautesten Rufer im Streit gezeigt. Freilich wie so mancher andere Held des vormärzlichen Liberalismus war er ein nicht eben reinlicher Charakter. Die harten Beschuldigungen einer nahen Zukunft waren nicht ganz unberechtigt, und dem stolzen Mann war das bittere Schicksal beschieden, daß er seinen Ruhm überleben mußte. Doch damals, als er in langjähriger Gefängnisstrafe für seine politischen Ideale gebüßt hatte, stand er in der Mittaghöhe seines Ruhms. Auf ihn lenkte sich also die Wahl.

In diesen Monaten, als man noch im Stande völliger politischer Unschuld wandelte, hatten natürlich die studierten Leute die Führung, Ärzte und Advokaten standen im Vordertreffen. Dieser enge Kreis von einer wenn auch mäßigen politischen Bildung beherrschte damals die öffentliche Meinung, soweit sie sich schüchtern schon gebildet hatte, so unumschränkt, daß er die Wahl zum Vorparlament in die Hand nehmen konnte. Er ordnete in einer überstürzten Versammlung, die zu spät angekündigt nur spärlich besucht war, Eisenmann nach Frankfurt ab.

Der Tag, an dem das Vorparlament zusammentrat, wurde auch in Nürnberg gebührend gefeiert. Schwarzrotgoldene Fahnen schmückten die Häuser, alles trug deutsche Kokarden, eine Sänger-

schar der Turner sang unter Posaunenschall frühmorgens von der Burg herab: Freiheit, die ich meine. Wieder steht der Chronist abseits von der allgemeinen Freude; abgesehen davon, daß nach seiner Meinung die Schmückung der Häuser der Furcht entsprungen ist, daß sonst die Fenster eingeworfen würden, sieht er überhaupt die Veranstalter der Feier in den Republikanern, die aber zurzeit noch nicht wüßten, was zu einem Republikaner erforderlich ist, und deren Geschäft vorläufig darin bestehe, abends großen Spektakel zu machen, über die Polizeistunde im Bierhaus zu sitzen und über Dinge abzuurteilen, die bisher gänzlich außer ihrem Bereich lagen. Dafür scheint auch eine väterliche Ermahnung des Magistrats an seine Untertanen zu sprechen, die das Schießen, Schwärmerwerfen und dergleichen verbietet, ebenso den Lärm, der nicht selten mit der Heimkehr aus dem Wirtshaus verbunden sei: „Je weniger die Behörde die Unterhaltungen in den Wirtshäusern stört, je mehr sie dem Zeitgeist folgend in jüngster Zeit unmittelbar und kräftig selbst auf Aufhebung der Verordnung .... öffentliche Tanzmusiken und Freinächte betr. angetragen hat, ... desto mehr muß sie zu dem guten Geist der Bevölkerung vertrauen, daß von nun durch ruhiges Verhalten auf dem Heimweg vom Wirtshaus jeder beweisen werde, er verdiene die vollste Freiheit in der Zeit wie in seinen Erholungen."

Bald kehrte Eisenmann wieder zurück, um gemäß seinem Versprechen seinen Mitbürgern die Ergebnisse der Verhandlungen mitzuteilen. Am 11. April drängten Tausende in die Agydienkirche zu einer wahren Volksversammlung. Mit lebhaften Zurufen empfangen erstattete Eisenmann Bericht über den Sieg der konstitutionell-monarchischen Partei, an dem er ja auch für sein Teil mitgeholfen hatte, und warnte vor der Republik als der Quelle der Anarchie und des Bürgerkrieges. Im ganzen hielt er sich an die Ausführungen in seinen „Ideen zu einer

deutschen Reichsverfassung",[1] worin er föderativen Bundesstaat, die Kaiserwürde zwischen Preußen, Österreich, Baiern von fünf zu fünf Jahren wechselnd, und als Residenz Nürnberg, Bamberg oder Regensburg, dazu Fürsten- und Volkskammer verlangte. Als zuletzt der Vorsitzende fragte, ob jemand etwas gegen Eisenmanns Rede einzuwenden habe, antwortete ihm tausendstimmiges Nein. So nahm die Versammlung den besten Verlauf, während man zuerst Störungen seitens der Republikaner und der orthodoxen Geistlichkeit wohl wegen der Verwendung der Kirche zu weltlichen Zwecken befürchtet hatte. Die Huldigungen bei der Abfahrt zeigten Eisenmann, daß er das Vertrauen der Massen ebenso besaß wie das des Magistrats, der ihm einige Tage zuvor das Ehrenbürgerrecht verliehen hatte.

So galt er ohne weiteres als der Kandidat zur Nationalversammlung. Von einem Wahlkampf kann zunächst keine Rede sein. Besonders warm tritt der Korrespondent für Eisenmann ein, nicht am wenigsten auch in unzähligen poetischen Verherrlichungen, wie etwa in einem Hymnus J. A. Seufferts:

Wenn Sangesgaben mir der Muse Gunst beschieden,
Ich säng' dem braven Mann in einem hohen Liede.

Doch hält in allen diesen Poesien das Können nicht Schritt mit dem guten Willen. Wie hoch übrigens die Wahl bewertet wurde, zeigt der Nürnberger Kurier[2]: Das deutsche Volk vertreten kann nur ein Mann, der die sittliche Bedeutung des großen Freiheitskampfes begreift, der die übereinstimmigen Forderungen aller deutschen Stämme, aller Völker Europas, nicht nur als ewige, unveräußerliche Menschenrechte, sondern auch als sittlich notwendige Forderungen, als ewige Gebote der Sittlichkeit erkennt. Und als ein Lithograph ein Bild Eisenmanns anpries, setzte er hinzu[3]: „Ein Bildniß dieser Art,

[1] Germanisches Museum, St. 1604.
[2] Nürnberger Kurier 17. April. — [3] Ebenda 16. April.

mit der reinsten Freudenumgebung geschmückt, berührt die tiefsten Saiten des Herzens.... Ich werde mir alle mögliche Mühe geben, das herrliche Bild in einer solchen Vollkommenheit zu lithographieren, wie es die Würde des Gegenstandes und die Liebe der unzähligen Herzen, die dem ächt deutschen Mann entgegenschlagen, erfordert."

„Die Wahl des teutschen Parlaments entscheidet auf Jahrhunderte, ja vielleicht auf Jahrtausende das Schicksal von Teutschland. Sie ist der wichtigste Akt, der je in der teutschen Geschichte vorgekommen." So schreibt Eisenmann selbst in seinem „Bericht des Dr. Eisenmann an seine Wähler in Nürnberg und Bayreuth"[1], worin er wieder mit den gewohnten Mitteln gegen die Republikaner streitet und Berichte über die Parteien und über den besten Wahlmodus (den badischen der mittelbaren Wahl) gibt.

Jetzt griff auch das Komitee, das seit den ersten Versammlungen die Geschäfte führte, in die Wahl ein. Nachdem es neu gewählt und auf 18 Mann verstärkt worden war, die alle Stände ohne Parteiunterschiede vertraten, erschien es mit einem großen Programm[2] vor der Bürgerschaft: „Wir wollen und erstreben alle die Einrichtungen, welche den Menschen teilweise als angeborne Rechte zukommen, teilweise notwendig sind, um die zu einem Staat vereinigte Gesellschaft von Menschen auf eine dauernde Weise glücklich zu machen. Als solche erkennen wir an:

1. Ein Gesetz für die persönliche Freiheit und Sicherheit durch eine entsprechende Akte.
2. Unbedingte Gleichheit vor dem Gesetz.
3. Abschaffung besonderer Gerichtsstände, Privilegien, des Zensus usw.

---

[1] Germanisches Museum, St. 1602 a.

[2] Korrespondent 25. April.

4. Öffentliche Rechtspflege mit Schwurgericht in Preß-, politischen und Kriminalsachen.
5. Ein allgemeines Recht in Straf- und Zivilsachen, also auch Ein deutsches Handels- und Wechselrecht.
6. Gleiches Maß, Gewicht und Münze.
7. Allgemeines deutsches Staatsbürger- und Überzugsrecht.
8. Preßfreiheit in der ausgedehntesten Bedeutung.
9. Trennung von Kirche und Staat und gleiche Bestätigung allen Glaubensbekenntnissen.
10. Möglichste Verminderung indirekter, die Unbemittelten am härtesten drückenden Abgaben.
11. Festsetzen einer direkten Vermögenssteuer (Einkommensteuer).
12. Abschaffung, bezw. Ablösung der den Grund und Boden drückenden Lasten (Feudallasten).
13. Freiheit des innern Verkehrs und Einführung eines Schutzzolles an den äußern Grenzen Deutschlands zum Schutz der innern Industrie.
14. Freie Gemeindeverfassung und Selbstverwaltung der Gemeindegüter.
15. Möglichste Beseitigung des Notstandes der arbeitenden Klassen.
16. Verminderung der stehenden Heere, soviel das irgend tunlich, und Erlaß eines umfassenden Volksbewaffnungsgesetzes.

Zur Wahrung der Rechte nach außen bedarf es:

1. Unverzügliche Feststellung eines Bundesheers unter Leitung eines Bundesoberhaupts.
2. Herstellung einer deutschen Flotte auf Bundeskosten.

Wir sind ferner der Meinung, daß dem künftigen Reichsoberhaupt ein Antheil an der gesetzgebenden Gewalt neben der Volkskammer und dem Fürstenrath nicht zustehen könne, sondern daß jenem nur die vollziehende Macht gebühre; daß, was die Volkskammer auf zwei Reichstagen beschlossen hat und von dem

Fürstenrath zurückgewiesen wurde, bei abermaliger Vorlage auf dem dritten Reichstage auch ohne Zustimmung des Fürstenraths Gesetz werden muß.

Wir halten aber auch fest án dem konstitutionell-monarchischen Staat, weil in einem solchen allein alle diejenigen Garantien zu finden sind, daß jede zeitgemäße Freiheit Eingang findet, gewaltsame und plötzliche Überstürzungen aber verhindert werden, weil die Einführung einer Republik zur Zeit gegen den entschieden ausgesprochenen Willen der bei Weitem größten Anzahl von Deutschlands Bewohnern ist und weil der Versuch, die Republik einzuführen, nur einen Kampf der Bürger unter sich herbeiführen müßte. Bei den dermaligen sozialen Verhältnissen der Länder und ihrer Bevölkerung würde aber ein Bürgerkrieg — unter allen Umständen schrecklich — jeden Besitz vernichten, jede Arbeitsgelegenheit zerstören und uns zur Beute des Auslands machen."

Dieses Programm sei in aller Ausführlichkeit wiedergegeben; denn wie kein anderes ist es charakteristisch für die Wünsche des liberalen Bürgertums. Die Erfüllung des einen Teiles der Forderungen zählt der Liberalismus zu seinen größten Ruhmestaten, andere führt er noch heute als Paradestücke in jedem Programm mit. Wir sehen deutlich die Gesinnung der Nürnberger Bürgerschaft. Man begeistert sich für ein einiges Deutschland, das frei im Innern und stark nach außen geschaffen werden soll. Man will nicht mehr das alte Willkürregiment mit seinen bevorrechteten Ständen und seiner verhaßten Bureaukratie. Man verlangt konstitutionelle Garantien, und beeinflußt von doktrinären Theorien und ausländischen Vorbildern geht man recht weit in diesen Forderungen. Es herrscht ein unbedingter Glaube an das Parlament und seine Macht. In einer Anzahl bezeichnender Wünsche drücken sich die materiellen Bedürfnisse der Bourgeoisie aus. Recht mager war das Programm der sozialen Fürsorge bestellt, aber hier sah man sich noch nicht durch

eine konkurrierende Partei zu weitergehenden Versprechungen veranlaßt. Im großen und ganzen hatte eben die Bourgeoisie das Programm für sich zurecht gemacht. Einer kleinen Gruppe in ihr mochte wohl die eine und andere Forderung zu weit gehen, die Mehrheit aber war nicht bei den zahmen Wünschen der ersten Märztage stehen geblieben.

Der erwähnte Aufruf schloß mit einer warmen Empfehlung Eisenmanns. Aber nicht unbesehens hatte man sich dazu verstanden. Einem Teil der Bürger war Eisenmann zu wenig liberal. Man findet, daß er mit seinen Anschauungen in einer vergangenen Zeit wurzele und daß er manches zu revidieren habe. Ihm selbst werden diese Erwägungen durch das Komitee nahegelegt, das von ihm fordert, daß er sich auf das Programm verpflichte. Er tat es, fühlte sich aber von nun an unsicher in Nürnberg und ließ sich auch in Erlangen als Kandidaten aufstellen. Jetzt wurde auch der Magistrat mobil gemacht, so daß er am Vorabend der Wahl öffentlich zu den Bürgern sprach, nicht um sie in der Freiheit zu beschränken, wie er versicherte, sondern um ihnen dringend ans Herz zu legen, was das Wohl Nürnbergs und ganz Deutschlands fördere. In einer Volksversammlung in der Ägydienkirche hielt dann der 1. Bürgermeister Binder eine glänzende Rede auf Eisenmann. Dieses Verfahren mochte der allgemeinen politischen Unreife zugute gehalten werden, rief auch erst später lauteren Widerspruch hervor.

Unterdessen hatte die Mittelfränkische Zeitung langsam von Eisenmann abzurücken begonnen, zuerst unter dem Schein strengster Unparteilichkeit, indem sie die Einwände der Gegner wie des Würzburger Widmanns „Bestreitung der Grundideen"[1] brachte. Dann schiebt sie, ohne zu direkten Angriffen überzugehen, einige seiner Meinungen in den Vordergrund, die ihm,

[1] Germanisches Museum, St. 1569.

wie die Gegnerschaft zu den Schwurgerichten, das Festhalten an der Fürstenkammer, bei der Menge schaden können. Sonst ergeht sie sich in Salbadereien, ihr Kandidat soll edel und freigesinnt sein und von hellem Geist, kein Gelüste nach Titel und Ordensbändern und eiteln Schätzen haben, wohl aber imstande sein, sich unter den Gebildeten, überhaupt unter den Menschen zurechtzufinden; Geistliche und Adelige seien ganz ausgeschlossen.

Der Grund zu dieser Haltung lag darin, daß sich allmählich die Opposition gegen Eisenmann verdichtet hatte bis zur Gründung eines und zwar des ersten politischen Vereins in Nürnberg. G. Diezel, der eben aus dem Korrespondenten ausgeschieden war, hatte sich mit einigen Bekannten zu einer vorberatenden Versammlung verabredet, in der das Programm festgestellt wurde, das vorsichtig und verschleiernd abgefaßt die Massen einzufangen bestimmt war: Die bisherige Verfassung Deutschlands kann keine Anknüpfungspunkte bieten für die Gestaltung seiner Zukunft, wir wollen den Grundsatz der Volkssouveränität vertreten und die Nationalversammlung und die Grundrechte anerkennen. „Ob die republikanische oder die monarchisch-konstitutionelle Regierungsform zu wählen sei, ob ein Fürst oder ein Präsident an der Spitze des Reichs und der einzelnen Staaten die Beschlüsse der Volkskammer zu vollziehen habe, das dünkt uns eine untergeordnete Formfrage, und zum Voraus unterwerfen wir uns hierin der Entscheidung der Nationalversammlung, wenn nur jene Grundrechte und Freiheiten zu voller und ungeschmälerter Verwirklichung gelangen." Unter der Losung: „Alles für das Volk, alles durch das Volk" ist die Aufgabe des Vereins Verbreitung politischer Bildung und Aufklärung des Volkes über die neugewonnenen Rechte in demokratischem Sinne. Das Prinzip der Demokratie zeigt sich auch darin, daß der Vereinsausschuß alle 4 Wochen neu gewählt werden muß.

Am 12. April gegründet, fand der „politische Verein“ rasch Anhänger besonders unter den Handwerkern und Gesellen. In der dritten Versammlung konnte Diezel schon vor 300 Zuhörern gegen Eisenmann sprechen, dessen Kandidatur als zu monarchisch einstimmig abgelehnt wurde. An seiner Stelle wurde Dr. Lunckenbein als Kandidat aufgestellt, kein geborener Nürnberger, aber seit 2 Jahren am Krankenhaus tätig. In seinem Programm treten zu den sonstigen demokratischen Forderungen noch die des Schulunterrichts aus Staatsmitteln, der Auswanderungsfreiheit, des „freien Polens, das dann, aber auch nur dann seine deutschen Elemente achten und lieben lernen wird“. Auch dieses Programm drückt sich bei allen pathetischen Worten doch recht vorsichtig aus. Ferner kündigt Lunckenbein eine Reihe Vorlesungen über die wichtigsten Tagesfragen in möglichst populärer Form bei freiem Eintritt an.

Das Hauptrüstzeug aber waren persönliche Verdächtigungen Eisenmanns. Daß dieser trotz aller erlittenen Unbill Fürsprecher der Monarchie wurde, war nicht anders zu erklären, als daß er von der Regierung bestochen worden war. Auch warf man ihm vor, daß er sich um eine einträgliche Stelle im Staatsdienst bemühte. Anders urteilte das Vorparlament, das ihn mit 365 Stimmen in den Ausschuß wählte.

Die beste Hülfe fand der politische Verein an dem eben gegründeten „Freien Staatsbürger“: „Jetzt ist's an der Zeit, denken wir, ein Volksblatt zu schreiben, denn das Volk gilt wieder etwas, und will's Gott, soll es das Heft, das es in die Hand bekommen, sich nicht wieder entwinden lassen“, sagt die Probenummer vom 20. April, die sich ironisch gegen die Liberalen wendet, die jetzt die Fürstenthrone stützen, und unter versteckter Anpreisung der Republik und Warnung vor der lauernden Reaktion sich in nichtssagenden Redensarten über die Endziele ausschweigt. Schon nach den ersten Nummern kündigte

der Verlag Campe, wo der Freie Staatsbürger erschien, diesem auf, wohl weil er zu sehr den Behörden verpflichtet war, als daß er dem bissigen Köter länger hätte Unterschlupf geben dürfen. Schließlich fand die Zeitung ihr Unterkommen im Tümmelschen Verlag, woselbst auch die Mittelfränkische Zeitung erschien.

Was nun den Wahlmodus angeht, so waren mittelbare Wahlen ausgeschrieben: 23 Wahlbezirke hatten 92 Wahlmänner zu wählen, zu denen noch 18 aus Altdorf traten. Das Komitee für Volksversammlungen schlug in einer aus allen Ständen glücklich gemischten Liste eine große Anzahl achtbarer Bürger vor. Diese Liste unterwarf dann der politische Verein einer „Epuration“, strich viele Namen und setzte andere dafür ein, so daß das demokratische Element der Kleinbürger überwog. Viele der aus der ersten Liste mitübernommenen Bürger verbaten sich das in einer Erklärung und bekannten sich als Gegner des politischen Vereins und seines Kandidaten. Dieser selbst mochte die Aussichtslosigkeit seiner Bewerbung einsehen und trat zurück.

Die Wahl der Wahlmänner am 25. April nahm einen kläglichen Verlauf, die aufs deutlichste die ganze politische Unreife jener Zeit darlegt. Der einzelne Wähler sollte 4 Wahlmänner mit genauer Bezeichnung aus seinem Bezirk wählen. Nun wußte niemand so recht, wie weit sein Bezirk reichte, oder wenn schon, doch nicht die genaue Hausnummer der zu Wählenden, daher es die meisten für das Beste hielten, die — vom Magistrat aufgestellten — Wahlkommissäre und ihre Beisitzer zu Wahlmännern zu machen. Drei Tage später wurde Eisenmann einstimmig zum Abgeordneten gewählt. Damit war das Interesse erschöpft und nur nebenbei wurden noch ebenfalls fast einstimmig als Ersatzmänner der Advokat Dr. Krafft und der Kreis- und Stadtgerichtsrat Dr. Kalb aufgestellt, die beide als

Monarchisch-Konstitutionelle bekannt bisher im politischen Leben mit an der Spitze gestanden hatten. Auch anderwärts holte man sich Kandidaten aus Nürnberg, so in Wunsiedel den Gerichtsarzt Blumröder, der zum Parlamentsalbum einen ganz absonderlichen Beitrag beisteuerte, in Fürth den Kaufmann Johannes Zeltener, in Dinkelsbühl und Ellingen den Kaufmann L. Günther als Ersatzmann.

Da geschah ein Unerwartetes. Eisenmann, der in sechs fränkischen Kreisen gewählt worden war, nahm für Würzburg, seine Vaterstadt, an unter dem Vorwande, dieser Stadt die Aufregung einer Neuwahl ersparen zu wollen, da die beiden Ersatzleute dort auch anderwärts als Abgeordnete gewählt worden wären, und Nürnberg ja tüchtigen Ersatz hätte. Und das, nachdem Magistrat und Bürgerschaft einmütig für ihn eingetreten waren, nachdem er selbst erklärt hatte, es wäre eine Schande vor Deutschland, wenn Nürnberg ihn nicht wählte. Nun aber nahm man keinen Anstand, über „Eisenmannschen Terrorismus“ und den kläglichen Verlauf der Wahl, bei der kaum die Hälfte der Wahlberechtigten abstimmte, loszuziehen. Es dürfen da nur ein paar Männer an die Spitze treten und die Schnur ziehen, dann nicken Alle mit den Köpfen, meinte die Mittelfränkische Zeitung.

In diesen Tagen sollte auch die Stadtwehr ihre Feuertaufe empfangen. Bis jetzt hatten noch keine ernstlicheren Vorfälle die Ruhe gestört, nur daß des öfteren Laternen zertrümmert wurden und die Freiheitsgefühle sich allzu laut äußerten, so daß ruheliebende Bürger anfragten, welche Freiheit denn mit soviel Lärm und Lungenkraft gemeint sei. Auch daß wochenlang die königliche Bank wohl infolge übelwollender Gerüchte belagert wurde von vielen ängstlichen Leuten, die sich ihre Einlagen zurückzahlen ließen, wollte nichts besagen.

Am 2. Osterfeiertag aber kam es zu einem schweren Exzeß. In der Wirtschaft zum Großherzog von Hessen gegenüber der

Deutschhauskaserne kam es zu Streitigkeiten zwischen Soldaten und dem Wirt, weil dieser einem Soldaten die Beherbergung seiner „Schwester“ verweigerte. Das Haus wurde gestürmt, den Soldaten schlossen sich viele rauflustige Gesellen an, besonders Lehrlinge und Schreiner, herbeigerufenes Militär soll mit ihnen gemeinsame Sache gemacht haben. Es wurde Generalmarsch geschlagen, mit Johlen empfangen rückten Land- und Stadtwehr heran, diese ohne Patronen und mit hölzernen Keilen in den Kanonen, da ihre Ausrüstung noch nicht beendigt war. Nun mußten sie, ohne Befehle zum Einschreiten zu bekommen, einige Stunden hinter den zum Pflastern der Straße bestimmten Steinhaufen unter einem Steinhagel ausharren, bis sie sich zum Teil zersprengt zurückzogen. Kavallerie und ein kräftiger Regen machten dem Tumult ein Ende, der einem Mann der freiwilligen Landwehr das Leben kostete.

Eine große Untersuchung wurde eingeleitet, die Akten (jetzt in der städtischen Oberregistratur ruhend) türmten sich, stammt doch das letzte Aktenstück vom 12. August 1852. Nach der Tat berühmten sich natürlich alle Gesellen ihrer Heldentaten, um dann flugs von ihren Genossen angezeigt zu werden. Da hat etwa einer vor der Polizeiwache geschrieen: Raus mit den Lumpen, haut sie zusammen; dafür steht dann in seinen Untersuchungsakten das Zeugnis des Arztes, daß Rubrikant gesund ist und 12 Rutenhiebe, 8 Tage doppelt geschärften und 20 Tage einfach geschärften Arrest erstehen kann. Jedenfalls geht aus der Untersuchung hervor, daß der Vorfall nicht dem politischen Verein zugeschrieben werden darf, wie es die „Freunde von Ruhe und Ordnung“ damals taten.

Für den folgenden Tag wurden umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen, starke Militärpatrouillen in den Hauptstraßen erregten lebhaftes Geschrei der Gaffer, und laut Bekanntmachung durch die Schelle mußten die Lehrjungen und Kinder

zu Hause behalten werden. Auch mahnte der Magistrat zur Ruhe: „Jeder, der seine gute Gesinnung an den Tag legen will, bleibe fern von jedem Zusammenlauf; er beherrsche seine Neugierde, er erwäge im Voraus, daß ein Andringen an den Schauplatz öffentlicher Ruhestörungen nur die Vermessenheit der Empörer aufreget, er denke an sein Leben und an die Seinigen, denn ist das Schwert aus der Scheide, die Kugel aus dem Laufe, so kann sie Unschuldige so leicht treffen als die Schuldigen." Wirklich gab es trotz lebhafter Bewegung Neugieriger auf den Straßen keine Ausschreitung, nur einige Laternen wurden ausgelöscht. Doch wollte der Geist der Unruhe nicht weichen, es wird viel über „Ausgelassenheit und Trunkenheit" geklagt, ein Messerschmied empfiehlt „Leibvertheidiger, da nächtliche Überfälle nicht mehr zu den Seltenheiten gehören", und bald werden Schriften angezeigt wie „der Mann mit der Lanze oder das Nöthigste und Unentbehrlichste über den Gebrauch der Lanze, Pike, Sense und Hellebarte bei der Volksbewaffnung". Damals kündigt auch „Interessenten" der Mechanikus Leinberger seine „allerwichtigste Erfindung zur Zerstörung aller feindlichen Armeen, Festungen und Kriegsflotten" an.

Doch die Kleinigkeiten des Tages traten zurück, als endlich dem Sehnen der ganzen Nation Erfüllung zu nahen schien. Am 18. Mai trat die konstituierende Nationalversammlung des deutschen Volkes zusammen. In jener Stunde schmückten in Schweinau drei Jungfrauen die Fahne einer durchziehenden österreichischen Truppenabteilung mit einem schwarzrotgoldnen Bande, dem Geschenk der dortigen Bürger. Rede und Handschlag eines Bürgers und des Kommandanten besiegelten den „ernsten Akt, der für unsere Gegenwart gewiß nicht ohne große Wichtigkeit und Bedeutsamkeit seyn und bleiben wird[1]". Abends flammte dann, vom politischen Verein veranstaltet, auf der Peterhaide ein mächtiges „Freiheitsfeuer" auf.

[1] Mittelfränkische Zeitung 22. Mai.

Der erste Akt ist zu Ende. Fassen wir seine Ergebnisse zusammen. In dem Münchener Lola-Skandal kann die Einleitung zur Revolution nicht gesehen werden. Vielmehr geht der Anstoß und die treibende Kraft von der französischen Revolution aus. Nichts drängte in Nürnberg darauf hin, daß aus sich selbst heraus eine revolutionäre Bewegung entstand. Niemand dachte ernstlich daran und niemand war darauf vorbereitet. Der gewaltige erste Eindruck der französischen Ereignisse hält geraume Zeit nach. Weitverbreitet sind die von gewisser Seite künstlich genährten Befürchtungen, es möchte die französische Revolution gleich ihrer großen Vorgängerin im Sturm ihren Weg über die Grenzen nehmen. Die Sturmwelle, die über die Lande braust, ist so stark, daß die lokalen Behörden mitgetrieben werden, glücklich, wenn sie noch mit einigem Anstand den Schein ihrer Autorität wahren können.

Der natürlichen Entwicklung zufolge stehen Führer aus bürgerlichen Kreisen an der Spitze der beginnenden deutschen Bewegung. Um sie scharen sich die Massen des Bürgertums. Was solange das Herz der Besten bewegt hat, wird jetzt laut ausgesprochen und zu Forderungen formuliert. Man fordert jetzt laut und droht in mehr oder minder versteckter Form für den Fall der Ablehnung. Es sind die allgemeinen Forderungen des Liberalismus, die man sich aneignet. Den großen Fragen der deutschen Zukunft gegenüber verhält man sich zuwartend, bis anderwärts Vorschläge und Direktiven gegeben werden.

Nun lesen wir wohl[1], daß neben den Münchener Tumulten die Adresse der ersten Nürnberger Versammlung wesentlich dazu beigetragen habe, daß in der königlichen Proklamation vom 6. März so rasch eigentlich alles bewilligt zu sein schien, was die liberalen Bürger gefordert hatten. In Wahrheit aber

[1] Städt. Chronik, in Ghillanys Zusammenfassung.

hatten doch wohl die Franzosen all das, was diesen als reife Frucht in den Schoß fiel, auch für sie miterkämpft. Die Proklamation war sehr geschickt abgefaßt. Neben einigen wertvollen Zugeständnissen enthielt sie schöne Redensarten. Unendlich viel mehr, als sie geopfert, hatte die Krone gewonnen. Ganz Baiern südlich der Donau, vor allem München, ist fürderhin für die Revolution ausgeschaltet; dazu tritt das konstitutionelle fränkische Bürgertum auf die Seite der Regierung, die nun wieder festen Boden unter den Füßen hat. Es ist wirklich so: Aus einer Niederlage des Königtums war ein Triumph geworden. Wie fühlten sich doch damals alle Baiern beglückt durch die königlichen Bewilligungen, wie jubelten sie dem König zu!

Was die liberale Bourgeoisie nun weiter will, zeigt uns das ausführlich besprochene Programm vom 25. April. Ein Gegenstück dazu sind die 14 Bamberger Artikel. Bamberg mit seinem Gärtner- und Schifferproletariat war schon seit längerer Zeit demokratisch gesinnt, jetzt hatte die demokratische Partei die Herrschaft gewonnen und ein Programm ausgearbeitet, das weit radikalere Forderungen enthält, als um diese Zeit in irgendeiner bairischen Stadt erhoben wurden. Eine längere Einleitung weist warnend auf die Entstehung und die Macht des 4. Standes hin: „Er ist der mächtigste von allen, zahlarm sind seine Gegner. Man lasse ihn nicht unbefriedigt, denn ein zündender Gedanke und das ganze Gebäude des Staates schwankt unter seinen Schlägen.“ Neben den üblichen, hier schärfer ausgesprochenen Forderungen wird noch verlangt die Aufhebung aller feudalen Lasten, allgemein gleichmäßige Zugänglichkeit der Bildung durch unentgeltlichen Unterricht, Ausgleichung der Mißverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, Selbstregierung des Volks, Abschaffung aller Vorrechte, endlich „daß jeder selbständige und mündige Staatsbürger ohne Unterschied des Standes, des Vermögens und der Arbeit an den Wahlen für die Gesetz-

gebung Theil nehmen und als Volksvertreter gewählt werden könne".[1]

Solche Gedanken kommen bald auch nach Nürnberg und finden eine wachsende Gemeinde, die sich um den Namen Diezel schart. Der politische Verein spricht schon durch sein Dasein aus, daß die bisher bestehende Einheit der öffentlichen Meinung aufgelöst ist. Noch gehört aber das Schlachtfeld den liberalen Führern der ersten Tage, auf ihrer Seite ist die weitaus größte Mehrzahl der Bürgerschaft. Wie so viele andere Wähler hatten auch die Nürnberger eine politische Größe früherer Tage nach Frankfurt entsandt. Eisenmann, noch umgeben von seinem Nimbus, hat damals durch eine fast ans Lächerliche grenzende agitatorische Vielgeschäftigkeit dem Königtum und der konstitutionellen Partei in Franken große Dienste geleistet. Hinter ihm steht die offizielle Welt, stehen die honetten Leute. Die waren mit dem zufrieden, was man erreicht hatte, und wollten nun, daß sie ohne Angst vor drohenden Ereignissen eines ungewissen Morgen leben könnten. Daher war Eisenmann ein Mann nach ihrem Herzen, der da unaufhörlich gegen die Republikaner und Kommunisten loszog, wenn es auch von diesen Leuten noch kaum ein Exemplar in ganz Franken gab. Und so stark war der Glanz seines Namens, daß davon anfangs auch die Kreise geblendet wurden, die nun erste Proben ihres politischen Selbständigwerdens ablegen. Es ist das die Schicht, die sich an die eigentliche Bourgeoisie nach unten hin anschließt, das Kleinbürgertum. Dieses bringt eine schärfere Tonart in die Bewegung und geht über die bisherigen Forderungen um ein gutes Stück hinaus.

Einmütig aber scharen sich alle Stände in heller Begeisterung um die eben zusammentretende Nationalversammlung in der festen Zuversicht, daß von ihr die Wiedergeburt Deutschlands ausgehen werde.

[1] Abgedruckt bei Diezel: Baiern und die Revolution, S. 121 f.

II.

Vom Beginn der Parlamentsverhandlungen bis zur Waffenstillstandsfrage.

Republik oder Monarchie? Vereinbarung oder Souveränität? Direktorium oder Kaiser? Die großen Fragen, die nun die Gemüter Aller durchzitterten, fanden auch in Nürnberg die mannigfaltigsten Antworten.

Für den Korrespondenten war die Stellung zur ersten Frage klar gegeben: energische Bekämpfung jeder republikanischen Bewegung. Daher denn auch die härtesten Worte über die deutsch-französischen Freischaren[1]: „Schmach über diese verräterischen Söhne, die die eigene Mutter dem gierigen Feinde überliefern, weil sie unter seinem Schutze ihre verbrecherischen Gelüste ungestraft zu befriedigen meinen. — Glaubt Ihr, dem blinden deutschen Michel mit französischen Lanzen den Star stechen zu müssen?"

In diesem Kampf gegen die Republikaner ist jedes Mittel gut genug, setzt der eine Artikel die Regierungen und Behörden ihnen auf den Hals, so bringt der andere auf die Angst der Philister ein. Es ist zu befürchten[2], „daß Deutschland, daß Europa völlig zugrunde geht, daß sich die gebildeten Staats- und Bürgervereine unseres Vaterlandes, ja unseres Weltteils

---

[1] Korrespondent 31. März. — [2] Ebenda 4. Mai.

gänzlich auflösen und daß sich daraus durchgängig gesetzlos rohe, wilde Horden bilden, in welchen sich alle Spur von Kultur und Zivilisation verliert, die sich gegenseitig bekriegen, berauben, — ja selbst, denn da wird der durch Not gesteigerten Barbarei keine Grenze gesteckt sein — verzehren .... Europa wird mit seinen aus dem Kreise welthistorischer Entwicklung getretenen Völkern auf Jahrhunderte und Jahrtausende hinaus verloren sein. Amerika hat wahrscheinlich auch einmal eine solche Katastrophe gehabt, denn die archäologischen Entdeckungen daselbst lassen auf eine durch unbekannte Ursache zu Grunde gegangene Kultur dort schließen."

Besser sind schon die „politischen Ähnlichkeiten", die er bei „Despoten" und „Männern des Umsturzes" entdeckt[1]:

Despoten.	Männer des Umsturzes.
1. Der Staat das sind Wir.	1. Wir sind das Volk.
2. Daraus folgt: Alles für den Staat (d. h. für Uns), Nichts durch das Volk.	2. Daraus folgt: Alles durch das Volk (d. h. durch Uns) für das Volk (d. h. für Uns).
3. Es gibt nur eine Religion, es ist die, welche unsere Politik unterstützt.	3. Es gibt nur eine Vernunft, sie will nur das, was wir wollen.
4. Schaffott und Füsilladen.	4. Guillotine und Laternenpfähle usw.

Nicht so entschieden ist die Haltung in der Kaiserfrage.[2] Die Redaktion hält zurück und bringt mehr nur Anregungen der Mitarbeiter. Man will lebenslänglichen, aber nicht erblichen Kaiser, der aus allen, nicht nur den regierenden Fürstenfamilien genommen werden kann. Eine starke Hausmacht braucht er nicht zu besitzen, die Macht gibt ihm das deutsche Volk. Bliebe die Frage, wann soll der deutsche Kaiser ge-

[1] Korrespondent 26. Juni. — [2] Ebenda 26. April, 12., 22., 26. Mai.

wählt werden? „Deutschland ist guter Hoffnung, aber den Kaiser jetzt zur Welt zu bringen, wäre zu früh und würde keine natürliche Geburt, sondern ein Kaiserschnitt sein, und das ist eine bedenkliche Operation für Mutter und Kind.“ Die Kaisersorgen spalten die Nation, während doch die Einheit uns bitter not tut. Für den drohenden Krieg genügt auch ein Direktorium oder permanenter Ausschuß oder ein Diktator, etwa ein liberaler General mit militärischer Diktatur. Eine kollegiale Exekutivbehörde mit selbstgewählten Präsidenten als Übergang zum Kaisertum wollte auch Friedrich Rohmer.

Unter allen Umständen vertrat der Korrespondent[1] das Vereinbarungsprinzip in der Überzeugung, „daß die neue deutsche Verfassung auf keiner Glück und Dauer verheißenden Basis aufgeführt sein werde, wenn die Nationalversammlung eine autonomisch-konstituierende seyn und deßhalb die Regierungen von aller Mitwirkung ausschließen wolle.“ Dieser Artikel — sein Verfasser war A. v. Schaden — fand eine Erwiderung durch Hans von Raumer[2], der darauf hinweist, daß das Vorparlament einzig und allein der Nationalversammlung die Schaffung der Verfassung überlassen habe, sich also der berühmten Eröffnungsrede H. v. Gagerns anschließt. Mit Gagern hält er aber die Verständigung mit den Regierungen für wünschenswert, ja unter Umständen für notwendig, wenn er sich auch der Schwierigkeit bewußt ist, eine einstimmige Genehmigung sämtlicher Staaten zu erlangen. Im übrigen legt er auf diese theoretische Frage geringen Wert. Schafft die Nationalversammlung ein auf das Volk gestütztes Werk, so ist sie souverän, und die Regierungen werden ihr beistimmen müssen, kann sie aber ein solches Werk nicht schaffen, so nützt ihr die einstimmige Zustimmung der Regierungen nichts. Im ersteren Fall wird

[1] Korrespondent 24. Mai.

[2] K. R. Raab: Hans von Raumer, S. 45.

sie souverän durch die Tat und in der Tat sein, im letzteren nur auf dem Papier.

Auch der Nürnberger Kurier[1] ist nicht überzeugt von der Vortrefflichkeit der Republik, hat doch die französische eben erst alle und jede Steuer um 45 Prozent erhöht. Ferner hält er fest an der Gegnerschaft gegen einen Kaiser und will eine Föderativrepublik der jetzigen Bundesstaaten und als Präsidenten, von 3 zu 3 Jahren wechselnd, den Kaiser von Österreich, den König von Preußen, den König von Baiern. Die Einzelstaaten senden als Mitglieder der Gesamtregierung Regierungsgesandte nach der Bundes- und Reichshauptstadt Frankfurt zu einer permanenten Versammlung, bei der der Gesandte des jeweiligen Präsidenten als Reichskanzler den Vorsitz führt, so daß also in der Regierung ein Ausgleich von Monarchie und Republik erfolgt. Deshalb bezeichnete er auch den Siebzehnerentwurf als Nationalunglück, nicht allein, weil es dann eine neue Zivilliste und neue kaiserliche Hofräte gäbe, sondern vor allem, weil dann die regierenden Fürsten mediatisiert würden. Während er dem bairischen Großmachtsdünkel entgegenkam, bestritt er Preußen das Recht zur Hegemonie. Aber er möchte auch die Schmähungen des preußischen Königs durch diese „Beinamen, wie sie die Weltgeschichte kaum einem Attila oder Tamurleng gibt", vermieden wissen. Recht unzufrieden ist er mit den bairischen Abgeordneten in Frankfurt. Hatte er schon vor der Wahl dringend vor Repräsententen bairischer Wirtshausstudien gewarnt, deren wohlgenährte Gestalten zwar neben den hagern Nordländern imponieren möchten, so legt er jetzt den Wahlmännern dringend ans Herz, die Abstimmungen ihrer Abgeordneten recht genau zu prüfen.

---

[1] Nürnberger Kurier 2., 8., 18., 22., 25. April, 6., 7., 9. Mai, 15., 25. Juni.

Die Mittelfränkische Zeitung[1] verhält sich zuwartend und überläßt die Steitfragen ihren Einsendern, die mit seichten Gründen das Für und Wider erörtern und von denen ein Schlaukopf sich gegen die Republik erklärt, weil nach seiner Berechnung bei Ausgleichung des Besitzes jeder doch nur 25 Gulden bekomme, und sich dann die Geschichte gar nicht lohne. Doch verwirft die Mittelfränkische Zeitung den erblichen Kaiser und ebenso den Entwurf der Siebzehn, diese „fleißig gearbeitete, historisch-staatswissenschaftliche Probeabhandlung". Ihre Sprache wird mitunter recht kräftig, etwa auf die Nachricht, daß Dr. Rungaldier und drei andere Jesuiten in München weilen: „hinaus mit der ganzen Brut aus Europa", und in vielen Artikeln gegen die „Reaktion", so daß sie als gemeingefährlich in den Lehrerseminaren verboten wird.

Der Freie Staatsbürger[2] endlich und der politische Verein verfolgten die nämliche Taktik. Um einer klaren Antwort auszuweichen, erfanden sie die Ausflucht der „Formfrage". Diezel, der die Zeitung wohl allein schrieb, verfügte nur über ein paar Töne, in den politischen Artikeln ebenso wie im Feuilleton und Allerlei, sei es gegen die Diplomaten und Monarchen, oder die Bourgeois, Reaktionäre und besonders gern gegen die preußische Soldateska. Da soll mancher Invalide vom 18. März bis zu 600 Talern bekommen haben, und daraufhin ein Offizier seine Leute ermuntert haben, sich bei ähnlicher Gelegenheit wieder soviel zu verdienen. Bald trat die Republik als unverhülltes Endziel hervor: Stützen der Monarchie sind nur Adel und Geldmänner. „Aber die Bildung, die Wissenschaft, kurz alles, was man zusammengenommen als den Geist der Zeit bezeichnet, sind demokratisch und republikanisch." Und immer höher hob ihn der Entwürfe Flug: Hätte doch das

[1] Mittelfränkische Zeitung 9. April, 14. Mai, 10. Juli.

[2] Freier Staatsbürger 15., 19., 26., 29. August, 7., 19. Sept.

deutsche Volk die Märzrevolution vollendet, dann Anschluß an das freie Frankreich, Proklamierung eines Bundes der freien Völker Europas, Lösung der sozialen Frage! Da ein bißchen Antisemitismus in Nürnberg verfangen mochte, ließ sich das demokratisch-republikanische Blatt dieses Agitationsmittel nicht entgehen, etwa gegen Gabriel Rießer und besonders gegen „jüdische Profitwütigkeit“ und „jüdische Moral“ des Korrespondenten und seines Redakteurs.

Über die Verhandlungen der Nationalversammlung berichten die Zeitungen zuerst in ausführlichen Schilderungen zum Teil von eigenen Berichterstattern. Diese Berichte beschränken sich auf die Wiedergabe der Vorgänge, ohne subjektive Färbung nur der allgemeinen Parteirichtung folgend.

Als nun Gagerns kühner Griff das deutsche Volk mit dem Reichsverweser beglückt hatte, wurde dieser Mißgriff mit Glockengeläute, Geschützdonner und allgemeiner Kälte aufgenommen. Doch knüpften manche daran die Hoffnung, daß der Reichsverweser in Nürnberg seine Residenz aufschlagen werde. Ihm sollte dann die Burg angewiesen werden, dem Parlament eine Kirche, wo es inmitten der ruhigen Bürgerschaft ungestörter tagen könnte als bei dem Frankfurter Galeriepublikum. Freude mochte indes nicht aufkommen, Nürnberger Kurier und Mittelfränkische Zeitung mängeln an der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers herum und der Freie Staatsbürger[1] protestiert gegen ihn, schon weil er zu alt ist: „Die traurige Mehrzahl der Deputierten zu Frankfurt schämte sich nicht, statt eines tüchtigen Bürgermannes, wie ja ausgezeichnete unter ihnen sind, einen Fürsten zu wählen, weil er jene Dinge gethan und gesprochen, welche wir von jedem Bürgersmann täglich thun und sprechen hören“.

[1] Freier Staatsbürger 11. Juli.

Die laue Stimmung schlug um, als die Durchreise der Deputation an den Reichsverweser angekündigt wurde. Bis zur letzten Poststation eilten Abgeordnete der städtischen Kollegien von Nürnberg und Fürth und der politischen Vereine entgegen, Bürgermeister Binder begrüßte die Deputation im Namen der beiden Städte, viele Reden wurden gewechselt und viele Hochs ausgebracht. In Fürth gestaltete sich die Fahrt zu einem Triumphzug. In Nürnberg, das gleich Fürth mit Fahnen in den deutschen Farben geschmückt war, warteten gewaltige Menschenmassen auf die mit unendlichem Jubel empfangenen Abgesandten. Vor dem „Bairischen Hof" brachten die Musikkorps der Landwehr und die Singvereine den geehrten Gästen ein Ständchen. „Bis spät in die Nacht hinein vereinigte dieses Fest viele Bürger im Saal des Gasthofs, die Alle nur ein Gefühl, die freudige Vorahnung des nun für Deutschland sich erhebenden Glückes der Einigkeit und Größe durchdrang."[1] Um Mitternacht brachte der politische Verein dem Abgeordneten Raveaux eine besondere Huldigung. Am andern Morgen (2. Juli) schied die Deputation, begleitet von den Segenswünschen der Einwohnerschaft. Wie sehr ihr der Empfang behagt hatte, geht aus dem Schreiben hervor, das sie aus Nürnberg über die begeisterte Aufnahme hier und in Fürth an die Nationalversammlung richtete und das dort allgemeine Freude hervorrief: „Hätten wir noch irgend zweifeln können an der Zustimmung des deutschen Volkes, jeder Zweifel wäre geschwunden durch Nürnbergs und Fürths wackre Bürger." Auch Heckscher gedenkt in seinem Gesamtbericht in der Sitzung vom 12. Juli Nürnbergs mit rühmenden Worten.

Am 16. Juli, früh 4 Uhr, kam dann der Reichsverweser selbst auf der Rückreise von Frankfurt nach Wien durch Nürnberg.

---

[1] Korrespondent 3. Juli.

Nachdem sein Kommen durch die Schelle verkündet worden war, war schon in der zweiten Morgenstunde die ganze Stadt lebendig. Alle Gattungen Militär bildeten durch die geschmückten Straßen Spalier. Als sich „Deutschlands Hoffnung und Stolz", wie ein Triumphbogen sagte, der Stadt näherte, ertönten Kanonensalven und Glockengeläute von sämtlichen Türmen. Während des Pferdewechsels wurde er von dem Regierungspräsidenten aus Ansbach und einer Abordnung der Erlanger Universität begrüßt, ebenso von Bürgermeister Binder: „Die inhaltsschweren Worte, welche Eure kaiserliche Hoheit vor wenigen Jahren an den Ufern des Rheins sprachen, senkten schon damals erfrischenden Tau in die verdorrten Herzen, nun sind sie zur Wahrheit geworden." Der Reichsverweser dankte mit nichtssagenden Worten und ließ seine Proklamation an das deutsche Volk verteilen. Da der von Chevauxlegers begleitete Wagen, in dem der Gefeierte anscheinend ziemlich teilnahmslos saß[1], in schnellstem Trabe durch die Stadt fuhr, konnten die Bürger ihre Neugierde nicht befriedigen und schimpften auf „Deutschlands Hoffnung und Stolz". Die Enttäuschung war um so größer, als man die Parole ausgegeben hatte, durch einen glänzenden Empfang den Reichsverweser für Nürnberg zu gewinnen.

Dieser selbst machte den Verstoß wieder gut, als er mit Frau und Sohn auf dem Rückweg nach Frankfurt am 3. August durch Nürnberg kam. Diesmal fuhr er langsam durch die Straßen zum „Roten Roß", wo die zahlreich angesammelte Menge nach seiner Gemahlin verlangte und immerfort die „deutsche Frau" hochleben ließ, bis er mit ihr sich zeigte und seine Rede hielt. Nach dem Mittagessen reisten sie weiter.

Einige Tage später huldigte gemäß dem Regierungsbefehl die Nürnberger Garnison dem Reichsverweser unter Hochrufen

[1] J. P. Priem: Geschichte der Stadt Nürnberg.

auf König Max II., Johann und das deutsche Volk. Ihr folgten am Sonntag darauf die Land- und Stadtwehren, die dabei Fahnen, letztere weiß-rote, mit deutschem Bande erhielten. Am Nachmittag versammelten sich die Offiziere auf dem Köchertszwinger in der Absicht, „sich gegenseitig näher kennen zu lernen und dadurch die Erreichung des Allen gleichmäßig vorgesteckten Zieles zu erleichtern und zu befördern“. Die Unteroffiziere hatten zu einem Verbrüderungsfest auf dem Schießplatz von Sankt Johannis eingeladen, wo man dann Arm in Arm mit den Bürgern promenierte und abends Verbrüderungsakte stattfanden: „Es war ein rührender Anblick, wie sich Alle, deren brüderlicher Vereinigung das Fest galt, in die Arme stürzten, und wie Tausende von Bruderküssen gewechselt wurden und manche Thräne über die Männerwangen rollte.“[1] Freilich war schon ein bitterer Tropfen in den Becher der Freude gefallen, da auf allerhöchsten Befehl die Huldigung für den König der für den Reichsverweser vorangehen mußte. —

Aber nicht diese einzelnen Ereignisse bilden den Inhalt dieser Sommermonate, sondern vielmehr die Entwicklung, die das politische Leben nimmt. Jetzt scheiden sich die Geister, es bilden sich die Parteien und marschieren gegeneinander zum Kampf auf. Die Scharen gehorchen nicht mehr den bisherigen Führern, wenden sich gegen sie. Hüben und drüben wird das Programm schärfer formuliert. Die Zeit ist vorbei, wo große Volksversammlungen die Wünsche der ganzen Einwohnerschaft aussprechen konnten. Die Parteien organisieren sich in Vereinen, und diese Vereine tragen die Agitation hinaus in die nähere und weitere Umgebung, wo überall die Saat üppig aufsprießt. Die nächsten Bestrebungen gelten dann der Organisation dieser Vereine, die auf eindrucksvollen Tagungen zustande

[1] Mittelfränkische Zeitung 13. August.

kommt. Das alles, von seinen zaghaften Anfängen bis zu einem wichtigen Einschnitt in der ganzen Entwicklung, soll jetzt im Zusammenhang dargelegt werden.

Schon in den ersten Tagen des April hatte sich auf Betreiben Eisenmanns ein Ausschuß zur Agitation für die konstitutionelle Monarchie gebildet. Von ihm gingen die „fliegenden Blätter für politische Volksbildung" aus, deren Verbreitung durch die Distriktsvorsteher die oppositionellen Blätter als „Volksverdummung" angriffen. Er ließ auch durch Dr. Krafft und H. v. Raumer, der eben in Nürnberg sich aufhielt, einen förmlichen Plan zur Bekämpfung der republikanischen Partei entwerfen. Damals dachte man auch daran, H. v. Raumer als Abgeordneten in die Paulskirche zu schicken.[1]

Diese Monate März und April boten den Konstitutionellen die günstigste Gelegenheit, die unmündigen, noch unbeeinflußten Massen zu sich herüberzuziehen. Aber mit den seichten Redereien von Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit fanden sie nicht Fühlung mit dem Volk, ihre Versammlungen waren oft nur spärlich besucht; so ordneten einige 150 Teilnehmer Eisenmann ins Vorparlament ab. Es fehlte eben an tatkräftigen Agitatoren, an vorwärtstreibender Energie, vor allem an einer straffen Organisation. Denn was diese Männer zusammengeführt hatte, das waren wohl zuerst burschenschaftliche Überlieferungen, hatten doch alle bisherigen Führer, Lindner, Korte, Raumer, dazu die drei Kandidaten für die Nationalversammlung, Eisenmann, Krafft, Kalb, einst den Schläger für Freiheit, Ehre, Vaterland geführt.

Erst am 29. Mai schritten die Freunde Kraffts zur Gründung eines „konstitutionellen Vereins" mit dem Grundsatz der vollen politischen Freiheit innerhalb der gesetzlichen Ordnung bei konstitutionell-monarchischer Verfassung. Ihm traten alle

[1] K. R. Raab: Hans von Raumer, S. 40.

Beamten bei, darunter Bürgermeister Binder, ferner viele Leute vom Adel, Großkaufleute, Künstler wie C. Heideloff, der damals eine Schrift: „Monarchie und Republik, geschichtliche, artistische und praktische Skizzen ... mit zeitgemäßen Zusätzen" erscheinen ließ. Der Verein wurde bald verschrieen als Klub von Reaktionären und Bureaukraten; nur mit halbem Recht, denn das erhaltene Mitgliederverzeichnis[1] weist unter den etwa 200 Mitgliedern, die der Verein in seiner Blüte zählte, eine Reihe Namen aus Kleinbürger- und Gewerbskreisen auf. Zu spät gegründet wirkte er auch in solcher Abgeschlossenheit, daß er keinen Einfluß gewinnen konnte. Die weitere Entwicklung drückte ihn an die Wand.

Ganz anders der „Volksverein", diese Zentrale politischen Lebens in Nürnberg. Vom Frankfurter Volksverein aufgefordert hatte Dr. Schwarz die Gründung eines Brudervereins am 15. Juni veranlaßt mit den Grundsätzen: § 1. Das deutsche Volk will frei und einig sein. § 2. Deshalb hat es seine Vertreter nach Frankfurt gesandt. Daher denn auch als Hauptgrundsatz unbedingte Anerkennung aller Beschlüsse der Reichsversammlung, sofern sie nicht die Rechte des Volkswillens verleugnen. Die Frage, ob mit oder gegen die Fürsten, hängt davon ab, ob diese sich dem Volkswillen unterwerfen, ist aber endgültig nur von der Reichsversammlung zu entscheiden. Bis dahin sollten republikanische und monarchische Elemente aufgenommen werden. Zu seinen Aufgaben machte der Volksverein, in Adressen und Petitionen der Nationalversammlung den Volkswillen kundzugeben, ähnliche Vereine zu gründen und sich mit ihnen zu verbinden, politische Bildung zu verbreiten. In allem also der Volkswille als gesetzgebende Gewalt.

Dem neuen Verein fielen gleich die Massen zu, über 700, meist Handwerksmeister und Leute aus dem Gewerbestande,

[1] Städtische Bibliothek, Amb. 509. 4°.

traten bei, so daß eine Einteilung in Riegen beschlossen wurde. Jede Riege wählte einen Riegenmeister, mit dem sie am Samstag im Wirtshaus zur Besprechung zusammenkam. Die Führung der Geschäfte war einem von der Allgemeinheit auf je 2 Monate gewählten Ausschuß übertragen worden, der am Montag Vorstandssitzung hielt, am Mittwoch zur Beratung der Entwürfe sich versammelte und am Donnerstag endlich sich mit den Riegenmeistern besprach. Dazu kam noch jeden Dienstag die allgemeine Versammlung im Saal des „Goldenen Adlers", die völlig einer Parlamentssitzung nachgebildet war. So war für die Ausschußmitglieder die ganze Woche in Anspruch genommen, fiel ihnen doch auch noch die Ausarbeitung der Vorträge und Adressen zu, die gewöhnlich die studierten Herren übernehmen mußten, wie die Professoren Hoffmann und Wölffel, die Ärzte Schwarz und Fabrice, der Stadtbibliothekar Ghillany. Dieser erzählt uns viel Interessantes vom Verein in der Stadtchronik.

So sehr er die Einführung der Bürger in das parlamentarische Leben und die Erhaltung ihres Interesses an den Geschicken des Vaterlandes für notwendig und nützlich erachtet, so sieht er doch bald ein, daß Viele durch dieses rege politische Leben sich von ihren Geschäften abziehen ließen und in der Meinung, nun selbst den Staat mitzuregieren, ihr bürgerliches Gewerbe mißachteten, auch es natürlich viel angenehmer fanden, beim Glase Bier sich den Staatsgeschäften zu widmen als in der Werkstatt bei der Arbeit zu sitzen. Als weitern Mißstand rügt er das Adressenunwesen. Da man für jeden Dienstag Stoff zur Volksversammlung brauchte, so ließ der Verein auch fast in jeder Woche eine Beschwerde oder Adresse nach Frankfurt und München abgehen, deren häufiges Erscheinen die Wirkung sehr schwächte, obwohl nach Ghillanys Meinung der Name Nürnberg und die Zahl der Unterschriften sonst hätte Eindruck machen müssen.

Die Unentschiedenheit des Programms mußte dem Verein gefährlich werden. Schon hatten sich die Riegen in republikanische und monarchische gespalten, wobei die Republikaner bald überwogen. Da forderte nach der Wahl des Reichsverwesers Ghillany, daß man sich sich nun entschieden für die konstitutionelle Monarchie erklären und so die entsprechenden Beschlüsse der Nationalversammlung anerkennen sollte. In seinem später gedruckten Vortrag suchte er die Undurchführbarkeit der republikanischen Staatsform vornehmlich mit dem Argument der Übervölkerung und Überfeinerung Europas nachzuweisen, da Republiken nur bei Einfachheit der Sitten und Überfluß an Boden bestehen könnten. Doch der Menge behagten die Schlagworte von Volkssouveränität und Volksfreiheit besser, und so hatte der Fürsprecher der Republik, ein Kaufmann Schmitt, gewonnenes Spiel, um so mehr, als er den politischen Verein hinter sich hatte, der immer eine Anzahl Mitglieder in den Volksverein abordnete, um dort bei Gelegenheit tüchtig lärmen zu lassen. Der Volksverein war an seinem Wendepunkt angelangt.

Auch der politische Verein hatte zugenommen an Einfluß und Zahl der Mitglieder, deren er jetzt über ein halbes Tausend zählte. Hätte er nur einen Monat früher mit seiner Tätigkeit begonnen, glaubte man dort, dann wäre Nürnberg bald demokratisiert gewesen und hätte Eisenmann nicht gewählt. So aber erklärte man sich dessen Wahl aus der Macht der Kapitalisten auf ihre Kundschaft. Das Mäntelchen fiel bald und der rote Republikaner zeigte sich. Manch drohendes Wort wurde gegen die Nürnberger „Bourgeois“ und gegen die Mehrheit der Paulskirche ob ihres Hochverrats an der Souveränität des deutschen Volkes gesprochen.

Da machte der Magistrat Ende Mai kurzen Prozeß und wies den Urheber alles Übels Diezel aus, zuerst unter dem Vorwand, daß der „Ausländer“ — er war Württemberger! —

der nötigen Subsistenzmittel ermangle, dann mit der Begründung, daß er zu gewaltsamem Umsturz der Verfassung aufgereizt und überhaupt Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Überall, auch im konstitutionellen Verein mißbilligte man diese Gewalttat, nur der Korrespondent stellte die Ausweisung mit der einer sittenlosen Weibsperson zusammen, wie er auch später einmal Diezel dahin charakterisierte, daß er „zwar nicht im Hauptquartier der republikanischen Partei, wohl aber unter dem Troß eine hervorragende Rolle spiele". Doch dieser war auch nicht faul, ging hin und schrieb einen hochtrabenden „Beitrag zur Geschichte der Reaktionsperiode in der deutschen Revolution": „Meine Ausweisung aus Nürnberg mit Einleitung über mein Verhältnis zum Korrespondent", worin dieses Wespennest von klatschenden, medisierenden alten Weibern, frechen und unwissenden Buben, hirnverbrannten Professoren und Doktoren" seinen Teil abbekam. Er beginnt damit, daß er alle Redaktionsgeheimnisse, vor allem die Korrespondenzzeichen der Mitarbeiter verrät, und schließt mit der Aufforderung an die Bürger Nürnbergs, Kapital zu einer freisinnigen Zeitung herzugeben, dann werde der Korrespondent bald eingehen. Seine Ausweisung legt er dem Bürgermeister Binder zur Last, der durch seinen „offenkundigen, ungebundenen sexuellen Verkehr"[1] die frühere Beliebtheit bei der pietistischen Fraktion der Bourgeoisie verwirkt habe und diese nun wieder kirre zu machen gedenke.

Natürlich eilte sogleich eine Beschwerde nach Frankfurt mit einer Ehrenrettung für Diezel, der nur die politische Bildung „mit den ihm allerdings in reichem Maße zu Gebote stehenden geistigen Mitteln" gefördert hätte. Zugleich ging der Freie Staatsbürger in das Eigentum einer Gesellschaft Nürnberger Bürger über, künftig aus der Ferne von Diezel geleitet, dem „Mitarbeiter

[1] Diezel kommt einmal bei einer mäßigen Berechnung auf 3 Dutzend unehelicher Kinder.

am größten Werke des Weltgeistes und Mithelfer an der Lösung der größten Aufgabe, welche je eine Periode der Weltgeschichte sich vorgesetzt hat". Offen bekannte sich der Freie Staatsbürger zum Programm des demokratischen Kongresses in Frankfurt: „Es gibt nur eine für das deutsche Volk haltbare Verfassung, die demokratische Republik."

Auf diesem Kongreß, der Mitte Juni Kleinbürgertum und Proletariat für kurze Zeit zusammenführte, waren unter den 200 Vertretern 88 demokratischer Vereine auch 3 Abgeordnete des Nürnberger politischen Vereins, Diezel, Lunckenbein, Gabriel Löwenstein. Die Verhandlungen erstreckten sich vor allem auf die Schaffung einer Organisation, wobei Bamberg zum Sitz des bairischen Kreisausschusses bestimmt wurde. Bei dieser Gelegenheit kam Diezel auch in die Paulskirche und berichtete seinen Getreuen daheim, was es da alles zu sehen gab, auf der Rechten: „Gott! Wie viele Pfaffen, Diplomatengesichter, verhockte Gelehrte, Mehlwürmer der Vergangenheit.... Soviel ist gewiß, die Sache derer, die hier auf der rechten Seite sitzen, ist eine verlorene. Nur einen Tag sollte das deutsche Volk in der Paulskirche sein, dann wollte niemand mehr die Monarchie."

Ende Juli tritt der konstitutionelle Verein im Gegensatz zu seiner sonstigen Zurückhaltung hervor und schließt sich als erster außerpreußischer Verein dem damals schon 90 Vereine zählenden Bund der preußischen Konstitutionellen an. Zu deren Kongreß werden nach Berlin Dr. Pfaff und Rektor Lochner abgeordnet, dieser ein alter Burschenschafter, der 1824—25 als „Demagog" im Münchener Gefängnis gesessen hatte. Bald geht eine Wandlung in dem Verein dahin vor, daß an die Stelle der ewigen Warnungen vor den Wühlern jetzt solche, aber weniger laute vor den reaktionären Bestrebungen der Regierungen treten; ja einmal rafft er sich sogar zu offnem Trotz gegen die Behörden auf, als der Magistrat die Vorlegung seiner Statuten „ge-

fordert" hatte, wo er doch höchstens hätte „ersuchen" können. Zur Schaffung einer Organisation kamen dann die konstitutionellen Vereine von Bamberg, Erlangen, Nürnberg und Schwabach in Erlangen zusammen. Auf Antrag des Nürnberger Vereins, der das Programm des Berliner konstitutionellen Tages vorlegte, beschloß man die Gründung eines fränkischen Kreisvereins und Annahme dieser Satzungen. Ein weiterer Kreistag in Erlangen, wo sich jetzt auch Vereine aus Hof, Bayreuth, Altdorf, Fürth, Wunsiedel, Nördlingen, Dünkelsbühl, Kempten einsanden, wählte Nürnberg zum Vorort und übertrug ihm die Vorarbeiten für die Gründung eines bairischen konstitutionellen Landesvereins. Ihr Prinzip war: Durchführung der Grundsätze wahrer demokratischer Freiheit, wie sie im März zur Anerkennung gebracht wurde, die Beschlüsse der Nationalversammlung bindend für Fürsten und Volk.

Der Organisation sollte auch die Tagung in Nördlingen am 27. August dienen. Auf Einladung der württembergischen Volksvereine kamen dort etwa 25 Vereine, darunter auch konstitutionelle, 12—15000 Männer, aus beiden Ländern zusammen zur Anbahnung einer dauernden Verbindung der Vereine beider Nachbarländer, aus der dann eine allgemeine deutsche Vereinsorganisation erstehen sollte. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, wurde offen gelassen, da man den Beschlüssen der Nationalversammlung nicht vorgreifen wollte, und als ein Teil der bairischen Vereine die Anerkennung der Monarchie beantragte, wurde dies von allen württembergischen und den meisten bairischen abgelehnt. Die Versammlung stellte sich mehr und mehr als Versuch der Württemberger heraus, die schwankenden bairischen Vereine, besonders die Volksvereine für die Republik einzufangen. Deshalb lehnten auch die konstitutionellen Vereine den Beitritt zu dieser Organisation ab, als deren provisorisches Zentralorgan der Nürnberger Volksverein

aufgestellt wurde. Das schönste Bild soll übrigens dort Fürst Öttingen-Wallerstein, Exminister und Standesherr, geboten haben, als er in alten grünen Hosen und schäbigem braunem Frack mit Proletariat und Republik kokettierte.

An demselben Tag war in Bach bei Erlangen ein Kongreß versammelt, um eine Zentralisierung der fränkischen demokratischen Vereine zu schaffen, einen Zentralausschuß mit je 3 Mitgliedern aus den einzelnen Vereinen, die dort den gemeinsamen Namen „Vereine für Volksfreiheit" annahmen. Zu dieser Firmenänderung sah man sich durch eine noch zu besprechende Verordnung der Regierung gedrängt, die sich näher mit dem „staatsverräterischen Charakter" der demokratischen Vereine befaßt hatte. Beschlossen wurde in Bach unter anderem eine Mißtrauenskundgebung gegen die Nationalversammlung, weil sie sich geweigert hatte, die republikanischen Flüchtlinge und Gefangenen zu amnestieren.

Zugleich wurde eine neue Versammlung auf 14 Tage später angesetzt, die dann zwischen Nürnberg und Erlangen am 10. September stattfand, und von der es hieß: „Sie wird in der Entwicklung des politischen Lebens in Franken Epoche machen!" Bei 15000 Mann kamen, 16 politische Vereine, darunter der von Almoshof mit 500, von Herzogenaurach mit 450 Mitgliedern, erschienen mit ihren Fahnen. Hier wurde ein Aufruf an das fränkische Volk angenommen mit den zwölf Hauptforderungen der Demokratie, von denen die meisten gemeinliberale waren bis auf den letzten sehr unklaren und sehr dehnbaren Satz der Durchführung des demokratischen Prinzips in ganz Deutschland. Die jüngsten Beschlüsse der Sistierung des Waffenstillstands boten den Agitatoren willkommenen Stoff zu Angriffen, so daß „man allgemein die Nothwendigkeit einer Reinigung des Parlaments von seinen reaktionären Bestandtheilen erkannte". Natürlich durfte auch eine Adresse an die

Nationalversammlung nicht fehlen. Sie begrüßt den Beschluß vom 5. September: „Die deutsche Revolution ist mit diesem Beschluß in ein neues Stadium getreten.“ „Es ist ein anderer Geist über das deutsche Volk gekommen, der Geist des Vertrauens ist vorüber, allzu plump wurde das Volk von denen betrogen, die ihm sein Vertrauen aufs neue abgelistet hatten.“ „Ein neues Deutschland wird erstehen, einig und frei, kräftig und geachtet, eine glückliche Zukunft wird reichlich entschädigen für die Schmach der Vergangenheit, für die Opfer der Gegenwart, und in neuer Form wird der deutsche Genius unter den Völkern der Menschheit die Sendung erfüllen, die der Weltgeist ihm zugetheilt hat.“ Der Eindruck ist zu erkennen, wenn sofort die Gründung von zwölf Volksvereinen angekündigt wird.

Die Saat der stillen Tätigkeit im Sommer ging nun für die Demokratie auf. Seit August zeigte es sich, daß ihnen die Massen der Bauern folgten. Die wurden gewonnen durch die Versprechungen der Aufhebung aller feudalen Lasten, durch den populären Kampf gegen bureaukratische und fiskalische Quälereien, durch Verheißungen einer Unterstützung aus Staatsmitteln. Billige Agitationsmittel gaben weiter ab die Angriffe auf Lehrer, Geistliche, Beamte, dazu die mannigfachen Phrasen von Freiheit und Volkssouveränität. Später sagte sich Diezel selbst einmal, daß bei aller echten Begeisterung doch vielfach auch ein sehr materieller Grund die Leute zu den Volksversammlungen führte, das Interesse für Äußerlichkeiten, Musik und fröhliches Zusammensein.

Gesetzlosigkeit nahm überhand, da die Polizei nicht mehr energisch durchzugreifen wagte. Namentlich litten die Wälder in der Nachbarschaft: es ist Preßfreiheit, sagten die Leute, man darf jetzt nicht mehr gepreßt[1] werden. Dabei wuchs die Verdienstlosigkeit, Handel und Gewerbe stockten, besonders weil die

[1] Unter „pressen“ verstand der Bauer die gerichtliche Exekution. Die obige Schilderung nach Ghillanys Bericht in der Stadtchronik.

Wohlhabenden aus Angst vor den Drohungen des Proletariats sich auf die notwendigsten Ausgaben beschränkten. Versuche „Wohldenkender“, eine Besserung herbeizuführen, mißlangen.

Das mußte Ghillany erfahren, als er nach Münchner Vorbild einen „Verein für Freiheit und Ordnung“ gründete und damit philiströser Ruheseligkeit entgegenkommen wollte. Immerhin wurde die konstitutionell-monarchische Grundlage betont, dazu kamen die alten Requisitenstücke von besonnenem Fortschritt, von der Mäßigkeit in der Freiheit, dann als besondere Lockmittel Verminderung der Apanagen und der Zivilliste, Reduzierung der Pensionen, des Militäretats usw. Doch die erhofften Zugänge aus dem Bürgerstand blieben aus, da dieser sich nicht gerne jetzt an die Öffentlichkeit wagte, nur einige 120 taten mit. Der Vorsitzende Ghillany wurde natürlich gleich von den Gegnern des Strebens nach einer guten Staatsstellung bezichtigt, der Verein für Prügel-Freiheit und Bedienten-Ordnung, wie er genannt wurde, für reaktionär erklärt. Er hat es zu keiner Bedeutung gebracht.

Der zentralen Festung der demokratischen Organisation war ein Gürtel von Vereinen vorgeschoben in den Vorstädten und nahen Dörfern, bei deren Gründung der politische oder Volksverein die Patenstelle übernommen hatte; da besaß Mögeldorf seinen Bauernklub, Schweinau seinen demokratischen Bürgerklub, Sündersbühl seinen Verein für Freiheit und Recht. Weiter draußen lagen die Fabrikorte, deren Arbeiterbevölkerung ein bewegliches Element der Demokratie wurde, Fürth und Schwabach ganz demokratisch, Altdorf, Hersbruck, sogar Erlangen täglich mehr zur Demokratie neigend.

Zum erstenmal erprobte die Demokratie ihre junge Kraft in der Angelegenheit, die das Thema aller Vereine in diesen Sommermonaten bildete. Es ist die Stellungnahme zu dem Abgeordneten für Nürnberg und der Kampf gegen ihn. Krafft,

ein redlicher Mann von bewährtem Charakter, schwerfällig und wohlbeleibt, ohne Rednergabe, hätte wohl zu gründlichen Beratungen in ruhigen Kommissionssitzungen Ersprießliches beitragen können, in Zeiten der Gärung die aufrührerischen Geister zu bannen, das war ihm nicht gegeben. Diezel sieht in dem wenig selbständigen Mann nur das Werkzeug seiner Partei. So trat er im Parlament nicht hervor, war aber geschätzt von Allen, die ihn dort kennen lernten. In das Parlamentsalbum zeichnete er sich mit den nicht sehr originellen Worten ein: „Die Freiheit ist keineswegs ein Zustand des Genusses, sie ist der Preis niemals rastender Arbeit und Mühe.“ Mit seinen Wählern blieb er in Fühlung durch Mitteilungen in den Zeitungen und durch regelmäßige Berichte, die zur allgemeinen Einsicht auflagen.

Die Opposition wurde gebildet vom Nürnberger Kurier und Mittelfränkischer Zeitung, zuerst etwas versteckt, dann vom Freien Staatsbürger und politischen Verein, die offen auf die Ersetzung Kraffts durch einen Republikaner hinwirkten. Nach einigen einleitenden Plänkeleien kam das Gefecht in Gang nach den Abstimmungen Kraffts in der Frage der Zentralgewalt, nach denen er zum rechten Zentrum zu rechnen war. Er hatte mit der Minderheit gegen die Abhängigkeit des Reichsverwesers von der Nationalversammlung bei Krieg und Frieden gestimmt, weil die äußere Politik doch nicht gut vor einer solchen Anzahl behandelt werden könnte, überdies der Reichsverweser verantwortliche Minister um sich hätte. Das war Verrat an der Souveränität des Volks, und die Gegner, denen sich der größte Teil des Volksvereins angeschlossen hatte, sahen im Hintergrund das Schreckgespenst eines Bündnisses mit Rußland auftauchen. Es half wenig, daß die Wahlmänner in überwiegender Mehrzahl die Erklärungen ihres Abgeordneten billigten, da man deren Amt mit der Wahl selbst als erloschen ansah.

Nun erließ Krafft eine Erklärung, daß er sein Mandat niederlegen würde, wenn es wahr wäre, daß die Mehrzahl seiner Wähler anderer Meinung sei. Alsogleich begann man ihm den Beweis zu liefern: eine wahre Eingesandts-Industrie blühte auf, Plakate über Plakate erschienen, eine Versammlung drängte die andere. Hervor tat sich dabei der Volksverein, der in einem offenen Brief dem Abgeordneten ein Mißtrauensvotum ausstellte, das mit der Warnung schloß: „Mögen die übrigen bairischen Deputierten oder etwaige Ersatzmänner, welche unsere Zeit und ihre Aufgabe ebenso sehr mißkennen wie der Nürnberger Deputierte, obige Erklärung wohl in Erwägung nehmen."

Als der Abgeordnete für Nürnberg gar gegen die Sistierung des Waffenstillstands am 5. September gestimmt hatte, lief man Sturm gegen ihn. In seiner wiederholten Erklärung, daß er nicht zurücktreten werde, da er die Stimmung seiner Wähler besser kenne, und seine Gegner auch nicht mit seinen Gründen bei den einzelnen Abstimmungen vertraut seien, fand man die krankhafte Logik jenes Irrenhäuslers, der sich für Gott Vater hielt; zugleich bezeichnete man seine Sprache als derartig, wie sie sich heutzutage kein König seinen Untertanen gegenüber erlauben würde. Die Gegner beschlossen dann, alle Aktenstücke über die Abberufung dem Abgeordneten, seinem Ersatzmann, dem Reichsministerium und der Nationalversammlung mitzuteilen und durch besondere Flugschriften in ganz Deutschland bekannt zu machen. Wagte gar einmal ein Redner, für den Abgeordneten zu sprechen, so erregte dies den lebhaftesten Unwillen des souveränen Volks, das „herunter" schrie und auf den Fingern pfiff.

Das wieder auftauchende Komitee für Volksversammlungen sah sich zum Eingreifen veranlaßt und veranstaltete große, von Tausenden besuchte Protestversammlungen, in denen endlich beschlossen wurde, zwei Listen auszulegen, um den Willen der

Wähler klar feststellen zu können. Von 6752 Wahlberechtigten hatten seinerzeit 4436 ihr Wahlrecht ausgeübt; nun stimmten gegen Krafft 4565, für Krafft — 1. Wenn dabei sich natürlich auch viele Nichtwahlberechtigte in die Listen eingetragen hatten, so war dies doch trotz aller Unregelmäßigkeiten ein Mißtrauensvotum, dessen Sprache deutlich genug war, zumal auch die Altdorfer die gleiche Gesinnung hatten. Krafft aber erklärte, er werde seinen Sitz nicht aufgeben. Übrigens war die Unzufriedenheit mit den Abgeordneten im Frankenland allgemein, so in Fürth, Erlangen, Bamberg, woselbst zur Abwechslung der konstitutionelle Verein den demokratischen Abgeordneten Titus befehdete.

Doch sollte der Terrorismus, mit dem die Gegner Kraffts vorgingen, seinen Zweck verfehlen. Als sie dekretiert hatten, daß jeder abstimmen müsse, falls er nicht sein Wahlrecht verlieren wolle, waren in kürzester Zeit 400 Unterschriften, denen sich dann noch einige 900 anschlossen, gesammelt zum Protest gegen diesen Zwang. In dem ganzen Streit stehen der Korrespondent und konstitutionelle Verein, ohne jede Abstimmung Kraffts zu billigen, auf seiner Seite, in der Überzeugung, daß der Abgeordnete, sofern er ein charakterfester, urteilsreifer Mann ist, nicht erst Instruktionen bei seinen Wählern vor jeder Abstimmung einzuholen habe.

Allmählich brach sich bei vielen die Einsicht Bahn, daß man dem Abgeordneten unrecht getan hatte, besonders seitdem seine „Ansprache“[1] an die Urwähler zur Erläuterung seiner Abstimmungen im Wahlkreis verteilt worden war. So wird es ruhig mit ihm, wenn auch diese Ruhe mehr einem Ignorieren gleichkommt. Daß übrigens die ganze Bewegung doch Einfluß auf ihn hatte, zeigt sein Austritt Mitte September 1848

[1] Städt. Bibliothek, Amb. 509. 4°.

aus dem Kasino, der großen Professoren- und Regierungspartei, „wegen der dort vorwaltenden doktrinären Richtung und des Strebens, nach rechts zu treiben". Die 42 aus dem rechten Zentrum ausscheidenden Abgeordneten bildeten dann zwischen linkem und rechtem Zentrum die Partei des Landsberger Hofes mit dem Programm einer „auf demokratischen Grundlagen ruhenden konstitutionellen Regierungsform".[1]

Dieser lokale Kampf, die lebhafte Tätigkeit der Vereine und die Verhandlungen der Paulskirche stehen im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Von den politischen Fragen dieses Sommers beschäftigt keine die Zeitungen und Vereine mehr als die Stellung Preußens zur Nationalversammlung. Der „Korrespondent"[2] beklagt aufs tiefste die preußische Sonderbündelei, um so mehr, als sie ihre Stütze auch bei einem großen Teil des Volkes habe. Den Grund sieht er in den unerhörten Beschimpfungen Preußens und in der systematischen Mißachtung der Regierungen bisher, kommt also dabei wieder auf das Vereinbarungsprinzip zurück. Sollte Preußen an Rußland Rückhalt suchen und der Einigung Deutschlands sich widersetzen, so würden wohl Thüringen, Schlesien, die Rheinlande abfallen und sich als Reichslande konstituieren. Für den äußersten Notfall ließe sich an einen neuen Rheinbund denken. Aber soweit darf es nicht kommen, Preußen muß Deutschland erhalten bleiben: „Preußen als deutsche Macht ist und bleibt das Schwert Deutschlands, hiemit Verfechter und Vertreter gegen das Ausland". Im Hinblick auf den Krieg gegen Dänemark „erscheint uns die Ernennung des Prinzen von Preußen zum Höchstkommandierenden des deutschen Heeres eine Maßregel zu seyn, welche nicht nur Preußen nach dessen Übergehung bei der Reichsverweserwahl zur besonderen Befriedigung gereichen, sondern

[1] W. Wichmann: Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche, S. 125.

[2] Korrespondent 23. Juli, 4., 9., 13. August.

auch in vielen anderen Rücksichten als vom deutschen Interesse geboten sich darstellen möchte .... Die Privatüberzeugungen des Prinzen in politischer Hinsicht kommen bei seiner Aufgabe als Oberfeldherr nicht in Betracht." Diese Erörterungen riefen den hellen Zorn des Freien Staatsbürgers hervor, der denn auch den Korrespondenten bei der Regierung wegen seiner Preußenfreundlichkeit anzuschwärzen suchte.

In eindringlichen, aus bewegtem Herzen kommenden Worten beschwor auch der konstitutionelle Verein die preußische konstituierende Versammlung, das Einheitswerk nicht durch Sonderbestrebungen zu gefährden, während der Volksverein in seiner Adresse an das preußische Volk mehr polternd dazwischenfuhr: „Ihr wollt vor allem Preußen seyn, dann erst Deutsche! Ihr seid befangen in den Gedanken einer kleinen Partei, derselben Partei, welcher die ganze gegenwärtige Bewegung ein Greuel ist."

Fortgesetzt beansprucht auch die Stellung der europäischen Mächte zu Deutschland höchliches Interesse bei Zeitungsschreibern und Zeitungslesern. Ganz im Sinne A. Ruges verurteilt ein wohl von K. Blind geschriebener Artikel der Mittelfränkischen Zeitung [1] die österreichischen Siege in Italien als Siege der Metternichschen Gedanken. Radetzky stürmt mit halbwilden Völkerschaften auf das zerfleischte Italien ein, das wie Irland und Polen bei Frankreich keine Hülfe findet. Ähnlich auch der Freie Staatsbürger [2], der in dem siegreichen Radetzky den gefährlichsten Feind der österreichischen Freiheit wittert.

Die unverantwortlichen Politiker des Nürnberger Kuriers [3] haben äußere Politik zu ihrem besonderen Metier erkoren. All ihr Sinnen und Trachten geht auf den Krieg mit Rußland. Deutschland soll im Bunde mit Frankreich Polen befreien, die

[1] Mittelfränkische Zeitung 16. Sept.
[2] Freier Staatsbürger 19. August.
[3] Nürnberger Kurier 13., 19. April, 25. Mai, 8. Juni.

Ostseeprovinzen einstecken, während Schweden Finnland bekommt. Eine starke Flotte soll uns das Bündnis mit den Niederlanden oder mit Nordamerika verschaffen. Warnung tut not vor den Manövern der Reaktion; so wollen von Louis Philipp bestochene Abgeordnete Frankreich in den Krieg mit Deutschland hetzen. Auch möge man in Deutschland Wünsche nach Elsaß-Lothringen, wie sie jüngst noch im Parlament geäußert wurden, fahren lassen, da diese Provinzen durchaus französisch geworden seien und nichts lebhafter wünschen als es zu bleiben. Dagegen sieht ein anderer Mitarbeiter den größeren Feind in England, das kein mächtiges Deutschland wünschen dürfe, da der Handel und die Flotte eines geeinigten Deutschlands ihm Gefahren bringe: „In der neueren Zeit ist wohl kein Treiben, selbst das der Jesuiten, mit mehr Fluch beladen, als das der britischen Regierung".

Im Gegensatz zu diesen Meinungen schiebt der Korrespondent[1] geflissentlich die französische Gefahr in den Vordergrund, wozu er als Organ der Regierung und der Besitzenden seine guten Gründe hatte. Er glaubt im Mai: „So steht denn der Krieg mit Frankreich nahe bevor, und keine menschliche Klugheit wird ihn abwenden!" Natürlich jubelt er über den Sieg der Regierung in den Junischlachten, wo die „Sitte über die Zuchtlosigkeit, die Zivilisation über die fluchwürdigste Barbarei" triumphierte. Er freut sich auch über die Niederwerfung der Lombardei durch Österreich, dessen Recht der Erfolg beweise: „Wer jenen Grundsatz der unbedingten Berechtigung einer jeden Nationalität zur vollkommenen Selbständigkeit und Unabhängigkeit ohne Weiteres anerkennt und verficht, der muß in der ganzen Weltgeschichte ein fortgesetztes Unrecht sehen". Doch soll Österreich jetzt liberal regieren und womöglich die Lombardei gegen Garantien aus dem

[1] Korrespondent 17., 22., 25. Mai, 11., 14., 17. Aug., 13. Sept.

Staatsverband entlassen, dagegen soll Deutschland sich die Nordküste der Adria für immer sichern. Kommt Frankreich jetzt Savoyen zu Hülfe, muß Deutschland auf Seite Österreichs treten: „Werden unsere beiden höchsten nationalen Gewalten im rechten Moment dem drohenden Frankreich gegenüber den rechten Muth entfalten, dann wird ihnen der Ruhm erblühen, einmal das unbezweifelte Rechte getroffen zu haben, und dieser Ruhm wird ihnen mehr Autorität eintragen, als alle geflissentliche Ignorierung deutscher Regierungen durch kühne Griffe."

Vielfach verschlang sich mit diesen Erörterungen die Frage nach dem Schicksal Polens.[1] Während der Korrespondent nüchtern die Ansprüche der Polen abweist und Preußen in Schutz nimmt, zeigt der Nürnberger Kurier schon mehr Begeisterung: Und das schwarzrotgoldene Banner sehen wir in den Händen des — befreiten Polens! Möge dies Zeichen Glück und Heil verkünden. Dann werden wir durch die Dankbarkeit dieses edlen Volkes Bundesgenossen haben, die zu uns, wie wir zu ihm stehen in Not und Gefahr. Die Mittelfränkische Zeitung will gerne die Deutschen im Polnischen opfern, da sie doch nur zweideutige Freunde seien, während man an den Millionen des selbständigen Polens offene Freunde finden werde. Den wärmsten Fürsprecher besitzen die Polen am Freien Staatsbürger, der nach der Polendebatte schreibt: So hat das deutsche Parlament, im Widerspruch mit dem Vorparlament, die 4. Teilung Polens vollzogen und die Franzosen zum Krieg mit Deutschland herausgefordert. Krieg mit Frankreich aber ist Bündnis mit Rußland. Wer darf noch zweifeln, daß wir verraten sind?

Deutlich spiegeln auch in der Frage nach dem Schicksal Schleswig-Holsteins die Zeitungen die verschiedenen Meinungen der Parteien in der Paulskirche wieder. In der Mittelfränkischen

[1] Korrespondent 26. April, Nürnberger Kurier 25. März, Mittelfränkische Zeitung 3. August, Freier Staatsbürger 1. August.

Zeitung[1] bespricht Karl Blind die Frage vom republikanischen Standpunkt. Die Fürsten haben den Krieg abgekartet, um in der nationalen Erregung, dem „Deutschheitsjubel", die republikanischen Bestrebungen des Volks niederzuhalten. Jetzt lassen sie auch die Freischaren hinschlachten, ohne zu helfen. Die Drohung Rußlands ist nur eine Finte zur Täuschung des Publikums. Den Freien Staatsbürger[2] ließ nach seinem Geständnis Schleswig-Holstein ganz kalt, solang es in den deutschen Bund einverleibt werden wollte. Jetzt aber, wo es sich um die Einverleibung in ein einiges, freies Deutschland handelt, ist auch er begeistert, zumal sich der Kampf gegen die Vormacht Rußlands richtet.

„Die Nationalversammlung hat ihre Schuldigkeit gethan. Es gebührt ihr der Dank des Landes. Sie hat ein großes Spiel gespielt; hoffentlich wird sie's gewinnen." Diese gute Zensur verdiente sie sich durch die Sistierung des Waffenstillstands am 5. September, wogegen Preußens König um so schlechter weg kam, jener Fürst, der durch eine schale Komödie im März sich an die Spitze Deutschlands setzen wollte und jetzt aus Zorn über das Mißlingen die deutsche Einheit zu vernichten trachtete.[3] Den „kühnen Parlamentsbeschluß" erklärt K. Blind in der Mittelfränkischen Zeitung vom 17. September, dem Vorabend des Frankfurter Aufstands, daraus, daß ein Teil der Rechten aus Furcht vor republikanischen Erhebungen sich von Dahlmann gewinnen ließ, den Waffenstillstand zu verwerfen. Ganz aus dem Häuschen ob des Beschlusses ist der Freie Staatsbürger[4], der jetzt einen europäischen Krieg gekommen sieht, den letzten aller Kriege, aus dem die Demokratie siegreich hervorgehen wird, wonach ewiger Friede die freien und verbündeten

[1] Mittelfränkische Zeitung 17. Aug. — [2] Freier Staatsbürger 19. Aug.
[3] Nürnberger Kurier 9., 12. Sept.
[4] Freier Staatsbürger 12. Sept.

Völker des demokratischen Englands, Frankreichs, Deutschlands vereinen wird. Während sogar der konstitutionelle Verein der Mehrheit beipflichtet, will der Korrespondent[1] in Übereinstimmung mit dem Abgeordneten Krafft den Waffenstillstand mit dem drohenden europäischen Krieg, der Vernichtung des deutschen Handels verteidigen; allerdings müsse der Friedensschluß die Unteilbarkeit und Selbständigkeit der Herzogtümer bringen.

Aber nicht nur in Worten zeigte sich die Teilnahme der Nürnberger. Schon im April war ein Komitee zusammengetreten zur Entsendung eines Freikorps, natürlich gleich mit einem Aufruf an die „edlen Jungfrauen der alten Noris", eine Fahne zu stiften. Am 23. April war dann das etwa 25 Mann starke Freikorps nach der kirchlichen Weihe in der Lorenzkirche und nach der Abnahme des Fahneneids durch das Komitee unter den Tränen und Segenswünschen vieler Tausende in den Krieg gezogen, umjubelt und hochgefeiert in allen Städten. Doch kaum waren ein paar Wochen ins Land gegangen, da saßen die meisten wieder vergnügt in Nürnberg, und ihr Oberjäger veröffentlichte eine prunkende Erklärung: wie sie hierhin und dorthin marschiert wären, dann dem Korps v. d. Tann zugewiesen wurden, bis laut Korpsbefehl nur die Freiwilligen länger behalten wurden, die sich auf Kriegsdauer in die reguläre Armee einreihen ließen; da wären sie denn, von den Rendsburger Damen mit Ehrenzeichen geschmückt, wieder heimgezogen. Als nun aber die üblen Gerüchte über das Freikorps nicht verstummen wollten, wandte sich das Komitee an den Major v. d. Tann um Aufklärung in der „fatal gewordenen Sache". Unterdessen erließen die zurückgebliebenen Nürnberger eine Gegenerklärung: Der Oberjäger hätte schon nach den ersten Märschen seine Kameraden zur Umkehr bewegen wollen und

[1] Korrespondent 14. Sept.

dies solange, bis er die Mehrzahl herumbrachte. Sie gingen dann, ohne nur einen Feind gesehen zu haben, nach Rendsburg, wo sie sich in Kneipen mit gefälligen Damen die Zeit vertrieben und jedenfalls schon vor dem Befehl entschlossen waren heimzukehren. Dies bestätigte v. d. Tann, indem er zugleich dem Rest des Freikorps, der sich in mehreren Gefechten recht wacker schlug, alle Anerkennung zollte. Das Komitee für Schleswig-Holstein löste sich zu Anfang des Jahres 1852 auf, nachdem es im ganzen 17475 fl., davon 10000 fl. in Nürnberg gesammelt hatte. Der Fabrikbesitzer Heyne hatte allein auf seine Kosten 175 Freiwillige in die Herzogtümer gesandt.

Der unglückliche Krieg gegen Dänemark hatte deutlich die Notwendigkeit einer deutschen Flotte gezeigt. Schon im Mai regten die Zeitungen zu Sammlungen an, bald erschienen Aufrufe an die fränkischen Frauen vor allem, dann an die fränkischen Städte: „Das Gedächtnis dieser Thaten deutscher Vaterlandsliebe soll fortleben in der Flotte selbst, deren Schiffe die Namen der deutschen Stämme, die sie geschaffen, für ewige Zeiten tragen mögen. Glückauf Franken zur See!“ Und alle, alle kamen und steuerten bei, die kleinsten Dörfer, die meisten Schulklassen, allen voran die Frauen; einige Beamte forderten ihre Kollegen auf, zugunsten des auf Baiern fallenden Betrages auf einen Teil ihres Gehalts zu verzichten. Auch eine Menge Schmucksachen wurden auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt, silberne und goldne Ohrringe, Ketten, Nadeln, ein Granatengehänge, ein Bernsteinhalsgehänge, ein stählernes Kettchen mit Kreuz dazu, silberne Zirkel, Salzschaufeln, Stickzeuge usw. Endlich überwies C. W. Sauter v. d. Pegnitz, der „1. deutsche Reichsdichter“, einen Teil des Subskriptionspreises auf seine „Gedichte“ dem patriotischen Zweck. Die Schlußrechnung der Sammlungen ergab für Nürnberg 3340 fl. 44 kr., dazu noch von auswärts 1659 fl. 16 kr. Die Einsendungen wurden

in der Nationalversammlung mit lautem Bravo begrüßt. Es war das eine Opferwilligkeit, die an die Tage der Befreiungskriege erinnert. Der nationale Gedanke hat hier eine seiner schönsten Blüten getrieben. Welche Hingabe bei aller kleinstädtischen Naivität! —

Das vorige Kapitel hatte hauptsächlich von den großen, treibenden Ereignissen der ersten Wochen und dem Widerhall, den sie auf Nürnberger Boden gefunden, zu erzählen gehabt. Nun war die Bewegung in ruhigere Bahnen eingelenkt. Leute, die diese Sommermonate miterlebt haben, nennen sie eine trübe und schwüle Zeit. Zu Beginn des Sommers freilich herrscht eine echte und starke Begeisterung für die Frankfurter Versammlung des deutschen Volkes, und zwar bei allen Schichten der Bevölkerung. Wie groß die moralische Macht der Paulskirche in dieser ihrer ersten Zeit war, zeigte sich, wenn auch die Leute, die sich bald von ihr abzuwenden entschlossen waren, durch die allgemeine Begeisterung gezwungen ihr Gefolgschaft zu leisten hatten versprechen müssen. Denn der erste Satz im Programm auch der Demokraten Diezelscher Färbung ist der Gehorsam gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung.

Waren also hierin alle einig, so gingen bei den nächsten Fragen die Wege bald auseinander. Da tritt dann das große Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit zutage, dieses überspannte Souveränitätsbewußtsein der bairischen Krone. Freilich wo es ihren Zwecken dienlich scheint, respektiert sie die Nationalversammlung. Beweis dafür ist die Begründung der Verordnung, durch die die demokratischen Vereine verboten werden[1]: „In mehreren Orten Deutschlands haben sich unter dem Namen «Demokratische Vereine» Verbindungen gebildet, welche nicht nur der deutschen Nationalversammlung die fernere Anerkennung versagen, sondern auch zur Auflehnung gegen die

[1] Diezel: Baiern und die Revolution, S. 205.

Beschlüsse dieser Versammlung aufgefordert haben. Der staatsverräterische Charakter dieser Vereine ist hierdurch nach den in dem Königreich geltenden Strafgesetzen zur Genüge bezeichnet." Im August 1848 verfolgt also die bairische Regierung den als Staatsverräter, der sich gegen die Nationalversammlung auflehnt; ein Jahr später wendet sie, nachdem sie längst der Paulskirche gegenüber nur Mißachtung und offenen Trotz gezeigt hatte, dieselben Strafgesetze gegen die an, die sich erhoben hatten, um den Beschlüssen der Nationalversammlung Geltung zu verschaffen. Übrigens erschien die Verordnung sechs Tage nachdem die Regierung in der Huldigungsfrage für den Reichsverweser deutlich zu erkennen gegeben hatte, wie sie die Unterwerfung unter die Zentralgewalt verstünde.

Wir haben gesehen, daß diese Verordnung den Demokraten nicht mehr viel Schaden zufügen konnte. In Bamberg war zwar die Demokratie mit Erfolg bekämpft worden, dafür aber Nürnberg an seine Stelle getreten. Hier hatte sie die Massen gewonnen und fühlte sich nun schon so sehr Herrin der Stadt, daß sie das von früher her noch bestehende Komitee für Volksversammlungen, einst die Vertretung der Gesamteinwohnerschaft, stürzen und durch ein nur aus Mitgliedern des politischen und Volksvereins zusammengesetztes Komitee ersetzen konnte.

In der Haltung der bairischen Regierung zu dem deutschen Verfassungswerk und in dem Anschwellen einer immer radikaler werdenden Demokratie lagen Keime, die früher oder später den Konflikt hervorbringen mußten.

III.

Vom Septemberaufstand bis zur Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.

Schmerling mit dem teuflischen Diplomatengesicht wollte Cavaignac spielen, wie denn überhaupt die deutsche Revolution nur eine Parodie auf die französische ist. Um sich am Ruder zu erhalten, rief er die Truppen herbei und reizte so die Frankfurter. Wenn auch Lichnowskys Ermordung zu verurteilen ist, hat sie dieser doch selbst herausgefordert. So der Freie Staatsbürger.[1] Von ähnlicher Auffassung ausgehend entschuldigt die Mittelfränkische Zeitung[2] die „Reichstagsstürmer und Freischärler". Der satte Bourgeois könne diese Leute freilich nicht begreifen, die nur der Gedanke, die verletzte Ehre Deutschlands wieder herzustellen, in den Kampf trieb. Auch sonst hat die Mittelfränkische Zeitung manche Anschauungen mit dem Freien Staatsbürger gemein: „Die Galerien werden vom Präsidium der Frankfurter Versammlung mit unvergleichlicher Verachtung, ja Grobheit behandelt". „Und der Reichsverweser! Er ist ein guter alter Mann, bei seiner persönlichen Liebenswürdigkeit gerade gut genug, dem Volk als Puppe der Einheit vorgeschoben zu werden." Weitere Angriffe richten sich gegen Heckscher, als er den Waffenstillstand nach den Mitteilungen des preußischen Gesandten

[1] Freier Staatsbürger 26. Sept., 2. Okt.

[2] Mittelfränkische Zeitung 1. Sept., 7. Okt.

verkündet hatte, „wie ein Schulknabe, dem Rektors Magd verraten, was sie im Notizbuch ihres Herrn gelesen hat".

Tiefste und schmerzlichste Empfindungen rührte wie allerwärts die Kunde von den Wiener Vorgängen auf. Zu verwegenen Träumen hatte die Wiener Revolution den Freien Staatsbürger[1] fortgerissen. Von hundert Orten brachte er überschwängliche Nachrichten über den Fortgang und Sieg der Bewegung: „Die Oktoberrevolution in Wien ist der Anfang des Endes auf der einen, der Beginn der vollen Freiheit Deutschlands auf der andern Seite. In Berlin ist viel Zündstoff, wer weiß? In Schlesien sollen österreichische Sympathien laut geworden sein!" Aber ungewisse Ahnungen mußten bald der furchtbaren Gewißheit weichen, und so erschien der Freie Staatsbürger mit Trauerrand: „Das deutsche Wien ist gefallen. Slavische Würgerbanden durchziehen mit bluttriefenden Händen seine leichenbesäten Straßen." Er vergleicht Wien mit Magdeburg und stellt Jellachich Tilly und Alba an die Seite. Während der Nürnberger Kurier sofort ein Zitat aus Macbeth bereit hat: „Alle Wohlgerüche Arabiens werden diese Hand nicht mehr versüßen", findet die Mittelfränkische Zeitung[2] ursprünglichere Laute: „Wir denken an Wien und unsere ganze Natur empört sich; wir mögen wollen oder nicht, all unser menschliches Fühlen drängt sich hinaus in dem unwillkürlichen Schrei: Rache!"

Die Trauer um Blum war allgemein. Da bemerkt der Korrespondent[3]: „Solche Akte der Barbarei bringen der Sache des Gesetzes und der Ordnung, der sie dienen sollen, keinen Segen." So sehr er aber Blums Schicksal beklagt, ist er doch davon überzeugt, daß jener zu Recht erschossen worden ist: „Wer Wind säet, wird Sturm ernten, und wer den Schutz des Gesetzes für sich in Anspruch nimmt, muß vor allem das Gesetz

[1] Freier Staatsbürger 13., 18. Okt., 4., 9. Nov.

[2] Mittelfränkische Zeitung 19. Nov. — [3] Korrespondent 14. Nov., 16. Dez.

selbst achten". Für die allgemeine Gesinnung ist ein Zwischenfall im Theater charakteristisch. Als das Publikum die Wiederholung einer auf Blums Ende bezüglichen Einlage verlangt, erheben sich die anwesenden Offiziere und protestieren, ohne jedoch damit durchzudringen. Der Freie Staatsbürger bringt allen Ernstes die Nachricht, daß ein Kaufmann sein ganzes Personal mit Champagner traktiert habe auf die Kunde von Blums Erschießung, und daß der vornehme Pöbel den Aufruf zu Sammlungen für die Hinterbliebenen abgerissen habe. Von der Mittelfränkischen Zeitung darob um Namen gefragt, verkriecht er sich hinter der Ausflucht, er dürfe seine Gewährsmänner nicht nennen. Der politische Verein und die Turner hielten Totenfeiern für Blum und sammelten über 800 fl.

Nun folgte ein nüchterner Epilog. H. v. Raumer fragt im Korrespondenten[1]: Was hätte die deutsche Nationalversammlung den Wiener Wirren gegenüber tun sollen? Er verkennt nicht, daß Windischgrätz und Jellachich barbarisch verfahren sind, und die Reichskommissare zu wenig Entschlossenheit und Selbstgefühl gezeigt haben. Aber praktische Ratschläge hätten auch die Demokraten nicht gegeben: „Wollen wir es uns nicht verhehlen: Eine Macht, die Regimenter marschieren lassen und einen Windischgrätz und Jellachich verjagen kann, eine solche Macht ist das deutsche Parlament nicht; seine Macht ist eine rein moralische, im Volkswillen begründete."

Ebenso betrachtet Raumer die Vorgänge in Preußen mit scharfem Blick und spricht der preußischen Kammer die Glorie ab, mit der sie umgeben wird.[1] Ähnlich verurteilt Krafft den Beschluß der Steuerverweigerung und rechtfertigt die Verlegung des Parlaments, wie er auch die Berufung des Ministeriums Brandenburg als konstitionellen Akt ansieht.[2] Mit diesen Aus-

[1] Korrespondent 28. Nov. — [2] Korrespondent 29. Nov.

führungen steht er aber wieder der Mehrheit der Nürnberger gegenüber, die sich etwa ausdrückt in der Adresse des Volksvereins an die Nationalversammlung: „Wir beschwören Euch, diesen Unfug des preußischen Ministeriums nicht länger zu dulden .... Ihr habt das Recht der Fürsten gewahrt, rettet nun auch das der Völker, um dessentwillen man Euch berufen hat.“ Recht hübsch schildert der Nürnberger Kurier[1] das „Trauerspiel der Zeit“: 2. Akt, Ort der Handlung Berlin. „Von den ersten Schauspielern des Landes wird eine große heroische Tragödie angekündigt. Alba in den rebellischen Niederlanden, oder die Weihe des Schwerts, mit einem komischen Vorspiel Brandenburg über Alles. Aber das Volk ist abgeneigt, sich zur Rekreation eines hohen Adels und verehrungswürdigen Publikums niedermetzeln zu lassen. — — Der, welcher den Alba geben soll, hat sonst immer die Wachtmeister gespielt und besitzt durchaus keine Würde für seine Rolle und macht sich mit jedem Wort lächerlich. Und nun gar der Histrione, welcher als Philipp II. auftreten will, hat früher sich auf den Marquis Posa verlegt. Daher verwechselt er nun immer die Rollen und verspricht sich, daß es ein Jammer ist.“ —

Die Wirkung der Septemberereignisse, der Wiener Revolution, der Erschießung Blums, der preußischen Vorgänge war verschieden. Bei den Liberalen war die Stimmung gedrückt, schon halb verzweifelnd flehte man: Herr, bleibe bei uns, denn es will Abend werden. Im andern Lager werden manche bedenklich und scheuen zurück vor dem Weitergehen, zu dem die Schar derer drängt, die die allgemeine Stimmung für ihre bald greifbar hervortretenden Absichten benützen. Es hatte soweit kommen können, daß der Nationalversammlung wenig Beachtung mehr geschenkt wurde. Schon weist der Freie Staatsbürger seinen Korrespondenten in Frankfurt an, sich in den Parla-

[1] Nürnberger Kurier 25. Nov.

mentsberichten möglichst kurz zu fassen: „Man fürchtet und hofft nichts mehr von diesem Parlament". Noch sei eine merkwürdige Notiz beigefügt. Nach den Zeitungen ließen es sich auch in diesem Jahr die Nürnberger nicht nehmen, die in diese Zeit fallende Fürther Kirchweih wie früher durchaus „gemütlich und herzlich" zu feiern und auf ihre Weise Barrikaden zu stürmen, nämlich solche aus Bierfässern und Würsten.

In den Vereinen wird rege weitergearbeitet. Vielgeschäftig wie immer läßt der Volksverein keine Woche vergehen, in der er nicht seine zwei, drei und mehr Adressen versendet, ohne damit seine Aufgabe erschöpft zu sehen. Die höchsten wie niedersten Fragen im Leben des Staats und des Einzelnen zieht er in den Kreis seiner Betrachtung. Da setzt er eine Kommission ein, die sich den Kopf über einen Staatsschuldentilgungsplan zerbrechen soll, und zugleich löst er das Problem des lästigen und ungesunden Hutabziehens, dieser so unpassenden und zweckwidrigen Höflichkeitsform, indem er ein äußeres Zeichen à 12 und 18 kr. mit kleinem Abfall für die deutsche Flotte einführt, das den Inhaber von der Unsitte befreit. War einige Zeit vorher Ghillany aus dem Verein ausgeschieden, da man seinem Verlangen nach einem klaren Programm keine Folge geleistet hatte, so sahen sich jetzt die Führer selber zur Aussprache gedrängt, wohl veranlaßt durch die Septemberereignisse und die immer radikaler sich gebärdende Minderheit im Verein. Der Vorsitzende Schwarz hielt einen sehr diplomatisch abgefaßten Vortrag: Nicht die alte Monarchie und nicht die Republik, sondern eine ganz neue Staatsverfassung, der Staat als Eigentum des ganzen Volks; die Form an sich unwesentlich, doch jetzt wichtig; das schönste Ideal einer Verfassung ist zwar die Republik, aber die Mehrheit nicht reif dazu; so soll denn der erste Satz der Statuten des Vereins lauten: der Volksverein bekennt sich zu den Grundsätzen der Demokratie und strebt

dieselben auf gesetzlichen Wegen in der monarchischen Regierungsform zur Durchführung zu bringen. Nach langen Debatten wird der Vorschlag angenommen, eine Warnung des Freien Staatsbürgers an den Verein, das Wort „konstitutionelle Monarchie“ sei diskreditiert und fast gleichbedeutend mit Reaktion, richtet nichts aus. Die nächste Folge ist, daß der Volksverein den Berliner Demokratenkongreß nicht beschickt, da dieser Tendenzen verfolge, die mit denen des Vereins in Widerspruch stehen. Man dürfe sich nicht täuschen lassen durch den Namen „Demokratie“. Die neue Richtung kennzeichnet auch die Ablehnung des Antrages mehrerer Riegen, daß alle Beschlüsse der Nationalversammlung für ganz Deutschland bindend seien, „insofern sie der Souveränität des Volkes und der Ehre Deutschlands entsprechen“.

Als Ende Oktober eine Versammlung der fränkischen Vereine für Volksfreiheit in Nürnberg tagte, konnte sie in ihrer Mitte Diezel begrüßen. Ihn hatte nämlich ein Parteigenosse zum Paten seines Kindes bestellt, und die Polizei hatte ihm den Aufenthalt gestattet. Ungeheure Menschenmassen hielten die Straßen besetzt, durch die der Zug in die Kirche ging, das Militär in den Kasernen hatte Bereitschaft. Diezel sprach übrigens auf der Tagung für Gesetzmäßigkeit, erhielt einen silbernen Pokal und das Mandat zum Demokratenkongreß in Berlin.

Daß die militärischen Vorsichtsmaßregeln nicht unberechtigt waren, und daß die vorhandene Erregung bei der ersten besten Gelegenheit zum Ausbruch kam, sollte sich einige Tage darauf zeigen. Als nämlich bei der Lottoziehung infolge Fahrlässigkeit eines Dieners die nämliche Nummer doppelt gezogen wurde, schrie alles sogleich Betrug, und bildeten sich Ansammlungen vor dem Rathaus, dessen Fenster eingeworfen wurden. Von Zeit zu Zeit hörte man Hochrufe auf die Lotterie, die Republik,

Hecker usw., und auf dem Hauptmarkt versuchte man mit den dortigen Krambuden so etwas wie Barrikaden herzustellen. Als aber zahlreiches Militär angerückt kam und mehrere Verhaftungen vornahm, herrschte schon um 11 Uhr wieder völlige Ruhe, zumal auch diesmal wieder der ärgste Feind aller Revolutionen, ein ergiebiger Regen, störend dazwischen gekommen war.

Sah das nun auch nicht gerade schlimm aus, so taten doch solche Vorkommnisse der Sache der Demokratie Abbruch. Wie erwähnt hatten sich die Volksvereine immer weiter nach links treiben lassen. Die Haltung der Regierungen, dann die schleppenden Verhandlungen in Frankfurt waren einer Oppositionsstimmung günstig. So hatten es Diezel und Genossen mehr und mehr dahin gebracht, daß die Volksvereine sich der schärferen Richtung in der Demokratie anschlossen. Zu statten kam ihnen dabei, daß sich mit diesen Begriffen von Demokratie eigentlich nie eine feste Definition verband. Demokrat wurde schlechthin gleich Volksmann gesetzt, und nicht Demokrat sein hieß Reaktionär sein. Ferner hatten die Handwerksmeister, die Bauern, die Kleinbürger Gefallen gefunden an der kräftigen, derben Kost, die diese Agitatoren ihnen vorsetzten. Man spielte hier vielleicht auch gern mit den Gedanken und Phrasen von Republik, aber wenn es galt, ehrliche Schlußfolgerungen zu ziehen, so scheute man doch davor zurück. Wir haben das beim Volksverein beobachtet. Der lebte die nächsten Monate dann unter einem Programm allgemeiner und unbestimmter demokratischer Sätze, bis er später auf kurze, aber inhaltreiche Zeit wieder mit denen zusammenging, von denen er sich soeben losgesagt hatte. Diese ihrerseits bewegen sich von nun an ungebundner und ungestümer, der verschwommene Begriff Demokratie ist dem entschiedenen Bekenntnis zur demokratischen Republik gewichen.

Ihr böser Geist war Diezel. Daher bemühten sich auch seine Gesinnungsgenossen so sehr, durch Deputationen und Peti-

tionen beim Magistrat, bei der Regierung in Ansbach und beim Ministerium die Zurücknahme seines Ausweisungsbefehls zu erwirken. Welche Sprache nun sein Freier Staatsbürger führt, dafür einige Proben. Moosburg in der „bairischen Vendée" hat den Jesuitenchef Hofrat Buß aus Freiburg in einer Ersatzwahl zur Nationalversammlung gewählt: „Wenn auch solche Unken nur immer aus dem altbairischen Pfaffenpfuhl emporgewühlt werden, ist doch stets für uns Franken ein erniedrigendes Gefühl, wenn es reaktionärem und ultramontanem Menschenauswurf immer noch gelingen kann, bei uns in Baiern Stimmen zu erhalten . . ., wenn der Geist der Zeit und die öffentliche Meinung in den Nachbarländern schon längst den Stab über Charakter und Ehrenhaftigkeit solcher Individuen gebrochen und die Brandmarkung vollzogen hat." Ein andermal ist die Rede vom „stinkenden Ultramontanismus", von den „altbairischen Hottentotten", von München als der „Assekuranzanstalt ultramontaner Nachtwächter", von der Augsburger Postzeitung als der „jesuitischen Weihrauchbüchse der Pfaffen". Oder wenn er eine Schilderung der Fürsten gibt: „Hier Einer, der sich dem Trunk ergibt und zugleich ein Comödiant, dort ein dummer Teufel, hier Einer, dessen liebstes Geschäft darin bestand, seine Untergebenen zu quälen und die Verfassung mit Füßen zu treten, dort Einer, der, obwohl schon in grauen Haaren, doch mit Tänzerinnen zu allgemeinem Skandal Buhlerei treibt, hier Einer, der Kornwucher übt und seine Unterthanen, wenn sie sich dem widersetzen, zusammenschießen läßt, dort ein frommer Betbruder, der mit sich anfangen läßt, was man will." Besonders schlecht kommt der König von Preußen weg als „Unterknäs von Potsdam", „Hofschauspieler von Sanssouci"; ihm reihen sich an der Kartätschenprinz, der Schurke Mathy, der Kneippräses Soiron, der Narr und bezahlte Verräter Eisenmann, der Hanni (= Reichsverweser), wohingegen Hecker als der Florian Geyer des 19. Jahr-

hunderts gefeiert wird. Seit 14. November bringt der Freie Staatsbürger auch die ständige Rubrik: Vereinigte Staaten von Deutschland, und lädt zum Abonnement im neuen Jahr mit den großen Worten ein: „Der Freie Staatsbürger wird die Ereignisse, welche sich im Verlauf unserer europäischen Revolution ergeben, im Lichte des demokratischen Gedankens und als Entwicklungsmomente zur Verwirklichung eines europäischen Völkerbundes darstellen. — Noch ist Deutschland nicht verloren.“

Noch einmal sollte ein Fest- und Freudentag, die Jubelfeier der Einführung der deutschen Grundrechte, alle Parteien und Stände vereinigt sehen. Am Vormittag des 18. Januar zog ein ungeheurer Festzug, sämtliche Gewerbe, die Gesang-, Turn- und politischen Vereine der Stadt und der Umgebung, zum Teil in Volkstracht, durch die geschmückten Straßen hinauf zur Burg, wo man vaterländische Lieder sang und die Schuljugend über die Bedeutung des Tages belehrte. Eine Tafel mit den Grundrechten, geschmückt mit Eichenlaub und von weißgekleideten Jungfrauen umgeben, wurde im Zuge mitgeführt. Nachmittags gab es dann noch Festversammlungen mit Gesängen und Reden, abends Fackelzug und als Festvorstellung Wilhelm Tell. Man hatte auch kirchliche Feiern erwartet; da aber die Behörden bei der oben wehenden Luft nicht ohne höhere Weisungen handeln wollten, so unterblieben sie. An dem Festzug nahm der konstitutionelle Verein nicht teil, obwohl er vorher seine Zustimmung ausgesprochen hatte; der Freie Staatsbürger fragt, warum auch dieser Verein die Grundrechte feiern solle, sein Grundrecht sei der Geldsack.

Um so mehr führte dann die Oberhauptsfrage die Parteien auseinander. Der Korrespondent[1] protestiert gegen die Ausschließung Österreichs und gegen den preußischen Partikularis-

[1] Korrespondent 5., 7., 18., 27. Jan., 9. Febr. 1849.

mus, der sich jetzt den schwarzrotgoldnen Mantel über den schwarzweißen Rock umgehängt habe. Die Ausfälle gegen Preußen, zu denen jetzt auch für den Korrespondenten der Malmöer Waffenstillstand, der 18. März, die Person des Königs herhalten müssen, verwickeln ihn in eine Fehde mit der Deutschen Zeitung, die ihm vorwirft, daß er in dem Zustandekommen der einheitlichen Zentralgewalt die größten Gefahren für die bairischen Interessen sehe und Sonderbund Baierns mit Österreich anrate. Und wirklich schreibt der Korrespondent unterm 9. Februar: „Soll Süddeutschland nicht zu politischer Nichtigkeit herabsinken und von dem preußischen Übergewicht überwältigt werden, so dürfen die süddeutschen Regierungen und Völker sich nicht von sentimentalen Rührungen berücken lassen". Der Bundesstaat ohne Österreich wäre der materielle Ruin für Baiern, und der zur Verzweiflung gereizte Gewerbsstand würde die Regierung morgen wieder zum Austritt zwingen. Darum solle die Regierung offen erklären, daß sie in der Stiftung eines erblichen Kaisertums einen Eingriff in die seit der ersten Einigung Deutschlands bestehende und allezeit unverbrüchlich festgehaltene Wahlfreiheit der deutschen Nation erblicke und daß sie sich einem Bundesstaat ohne Österreich nicht anschließe.

An positiven Vorschlägen vertrat der Korrespondent[1] zuerst die offizielle Triaspolitik, dann die Bundesdirektoriumspläne als Übergang zum Kaisertum: „Fürchten wir nicht, daß diese Zeit des Übergangs allzulange dauern wird. Wir gehen großen, welterschütternden Ereignissen entgegen, noch immer aber hat eine große Zeit einen großen Mann geboren." Vorläufig ist die Errichtung des „Reiches" gescheitert, da sich mangels einer großen, überragenden Individualität keine selbständige Reichsgewalt über die Einzelgewalten ausbilden konnte. Jetzt

[1] Korrespondent 2., 24. Dez., 24. Jan., 5. März 1849.

bleibt nur der Bundesstaat übrig. Während das „Reich“ die Mediatisierung aller Einzelstaaten gefordert habe, läßt dieser sich auf dem Weg der Vereinbarung erzielen. Jedenfalls sichert er das Verbleiben Österreichs im Bunde. Diese von München aus beeinflußten Ansichten entsprechen der Vergangenheit des Korrespondenten. Dazu wurzelten die österreichischen Sympathien tief im Herzen der Nürnberger, genährt durch alte geschichtliche Erinnerungen, denen in neuerer Zeit wirtschaftliche Momente den nötigen Rückhalt gaben. Im letzten Grunde gehen diese Gedanken des Bundesdirektoriums auf Rohmer und Bluntschli[1] zurück, von diesem auch dem König nahegelegt, Gedanken, die dem wittelsbachischen Souveränitätsgefühl ebenso entgegenkamen wie der bairischen Großmannssucht. Im Parlament fanden sie in dem „Direktorialextrakt der Herren v. Rotenhahn u. Co.“[2] ihre Vertretung und ein schnelles Begräbnis. Als Zugeständnis hätte der Korrespondent noch den Vorsitz im Direktorium beständig an Preußen überlassen.

Da kam die Oktroyierung der österreichischen Gesamtstaatsverfassung vom 4. März 49; auch der Korrespondent[3] machte die Wandlung Welckers mit: „Wir Großdeutsche — gestehen wir es nur offen — sind eine geschlagene Partei, geschlagen nicht durch die Macht oder die Gründe unserer Gegner, sondern durch den Verrath im eignen Lager, durch den Abfall eines Bundesgenossen, für den wir gewirkt und auf dessen aufrichtige Hülfe wir hinwiederum im Interesse des Gesamtvaterlandes mit allzu vertrauensvollem Gemüthe Rechnung gemacht hatten“, gesteht er in seinen Bekenntnissen eines Großdeutschen und fordert jetzt, daß die Nationalversammlung nunmehr die Verfassung samt preußi-

---

[1] Fr. Rohmers Wissenschaft u. Leben, Bd. V, S. 522; J. C. Bluntschli: Aus meinem Leben, Bd. II, S. 90.

[2] W. Wichmann: Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche, S. 344.

[3] Korrespondent 17., 22. März 1849.

schem Kaisertum in Bausch und Bogen annehmen solle. Baiern darf sich durch keine Vor- und Nachteile behindern lassen, dem Gebot der nationalen Ehre zu folgen und vor allem den Beschlüssen des Parlaments sich zu fügen, wenn es auch für uns unbequem ist, Reichsgrenze zu sein und Zollschranken vor der Tür zu haben. Zahlreiche, jetzt gegen Österreich gerichtete und für Preußen eintretende Artikel sollen darlegen, daß der Umschwung in den Anschauungen des Korrespondenten kein Gesinnungswechsel sei.

Wenn er[1] dann auch für den Welckerschen Antrag und das preußische Erbkaisertum überhaupt unter einigem Vorbehalt eintritt, so vermag er doch nicht in das Triumphgeschrei der Erbkaiserlichen einzustimmen, da für ihn das allgemeine Wahlrecht in dieser schrankenlosen Ausdehnung nicht bloß „republikanischer Natur, sondern eine Einrichtung der permanenten Revolution“ ist. Ein heftiger Angriff auf das allgemeine Wahlrecht und das Veto schließt mit den Worten: „So ist die Konstituierung des Deutschen Reiches zustande gekommen, ein Werk, das vermöge der Art seiner Entstehung den Stempel der Intrigue und Unsittlichkeit an sich trägt und durch den innern Widerspruch der ihm zugrunde gelegten Prinzipien den Keim der Fäulnis und des Verderbens in seinem Schoße birgt. Heißt das nicht die rettende Tat der Oktroyierung mit aller Macht provozieren?“ Um einen so hohen Preis hätten die Erbkaiserlichen, die noch dazu eine Spaltung in der bisherigen kompakten konservativen Mehrheit hervorgerufen hätten, die Vollendung ihres Werks nicht erkaufen dürfen. Die Absage des preußischen Königs traf dann den Korrespondenten um so unerwarteter, als er geglaubt hatte, daß die Erbkaiserpartei ihre Direktiven aus Berlin empfienge. Nun da die Nationalversammlung alles auf eine Karte gesetzt und verspielt hat in-

[1] Korrespondent 27., 31. März, 12., 30. April, 2. Mai 1849.

folge der Überschätzung ihrer souveränen Macht, muß sie sich zur Vereinbarung bequemen oder ganz zurücktreten; dann haben die Regierungen das Werk der Einheit in der Hand. Jedenfalls aber tut Warnung not vor den Plänen der Erbkaiserlichen, die ehedem die Revolution schließen wollten und nun mit dem Radikalismus liebäugeln, um über den Bundesstaat hinaus durch die unitarische Staatsform Deutschland für immer von seiner Zersplitterung zu heilen. Werden sie nun „Vereinbarung" suchen oder die „reine Demokratie" verfechten? — Nach langem Schweigen schließt sich der Korrespondent wieder der bairischen Regierungspolitik an und kehrt ins großdeutsche Lager zurück auf lange Jahre hinaus.

Auch der Nürnberger Kurier[1], früher ein entschiedener Gegner der preußischen Hegemonie, neigt sich ihr einige Zeit merklich zu. Er erklärt das vor allem aus der Fülle getäuschter Hoffnungen. Im März 48 habe er gegen eine verblaßte Auffrischung des an Altersschwäche zu Grabe gegangenen deutschen Kaisertums protestiert, das dem einheit- und freiheitsehnenden Volk aus der theoretischen Schatzkammer festgerannter Professorenweisheit vordoktriniert wurde. Nun haben sich die doktrinären und vormärzlichen Oppositionsmänner sechs Monate ausgeschwätzt, die Zentralgewalt ist eine armselige Spätgeburt ohne Lebensfähigkeit und Zukunft. Nimmt Friedrich Wilhelm IV. an, so ist die Antwort Protest der Fürsten und Bürgerkrieg, lehnt er wie wahrscheinlich ab, so werden die Fürsten eine Verfassung oktroyieren, die sich vom alten Bundestag nur durch den Namen unterscheidet. Später kommt der Nürnberger Kurier wieder auf seine früheren Pläne vom Direktorium zurück mit Ausschluß Österreichs, aber mit der Möglichkeit des Eintritts der deutsch-österreichischen Provinzen.

[1] Nürnberger Kurier 28. Jan., 22. März, 4., 12. April 1849.

„Vor einem erblichen Kaiser bewahre uns der Himmel!“ Daran hält die Mittelfränkische Zeitung[1] fest, so kraus auch sonst die Gedanken ihres politisch befähigten Kopfes durcheinandergehen. Da sollen die Fürsten von Österreich, Preußen, Baiern nach einer gewissen Reihenfolge als Oberhaupt des Reiches wechseln, Hannover, Württemberg, Sachsen das Amt des Verwesers erhalten. Ein andermal beliebt man lebenslänglichen Kaiser, der zuerst aus Österreich, dann aus Preußen kommen soll; bei Minderjährigkeit des Kaisers ist der König von Baiern Reichsverweser. Endlich schlägt sie Einteilung Deutschlands in 8 Reichsregierungsbezirke zu je 5 Millionen Einwohnern vor, deren Fürsten von 5 zu 5 Jahren sich in der Reichsregentenwürde ablösen sollen. „Eine weitere Frage begegnet uns aber: Soll die Reichsregierung nicht möglichst wenig kostspielig werden?“ Ja, deshalb kein Prunk, kein Kaisertitel, sondern nur Reichsregenten. Als Residenzstadt ist am geeignetsten natürlich Nürnberg mit der Kaiserburg und dem Rathaussaal für das Volks- und Staatenhaus. Baiern würde wohl nicht anstehen, die Kaiserburg unentgeltlich dem Reich abzutreten, Nürnberg würde wieder freie Reichsstadt.

Der Volksverein erklärt, daß er sich gemäß seinem Programm den Beschlüssen der Nationalversammlung fügen wolle. Vorher hatte er jedenfalls mit mehr Begeisterung in einer Adresse für das großartige Wahlgesetz gedankt, das der Korrespondent für nicht ganz so großartig halten mochte, als er sich gegen die niederträchtige, arithmetische Basis der modernen Wahlgesetze ereiferte und ständische Gliederung in fünf Klassen verlangte mit der Begründung, daß Bildung und Besitz die Grundlagen eines Staates wären. Im Gegensatz zum Volksverein vertritt der konstitutionelle Verein im vornherein auf Antrag Kraffts das preußische Erbkaisertum; ihm schließt sich der Verein für Freiheit und Ordnung an,

[1] Mittelfränkische Zeitung 19., 30. Jan., 13. April 1849.

läßt aber die Erblichkeit fallen. Sein Vorsitzender Ghillany bringt in einem Vortrage über die Frage auch konfessionelle Gründe herbei und warnt vor den ultramontanen Machenschaften, die sich jetzt in dem Sehnen nach Österreich äußerten. Wahrscheinlich haben burschenschaftliche Ideen bei der ganzen Haltung beider Vereine mitgespielt. Die Wahl eines Friedrich Wilhelms IV. mußte natürlich den politischen Verein in Harnisch bringen, und so spart er denn auch nicht mit kräftigen Worten in einer an die Linke der Paulskirche abgehenden Adresse: „Man will das Gespenst eines deutschen Kaisers heraufbeschwören und glaubt schon den Helden für diesen Fastnachtsspuk gefunden zu haben. ... Und wie wir gegen dieses „alte Fabelwesen“ überhaupt protestieren, so verwahren wir uns insbesondere gegen das Kaiserthum Friedrich Wilhelms von Hohenzollern. Ein Mann, der von der Großmut seines Volks verschont, nicht bloß an diesem Volk, sondern an seinem eigenen Volk zum Verräther geworden, ist ebenso unfähig, einen Eid zu leisten, als in Empfang zu nehmen. Nur die Gewalt könnte ihn dem deutschen Volk aufnötigen. Kommt es dahin, so erwarten wir, daß Ihr uns zur Vertreibung der Gewalt, daß Ihr uns zu Thaten aufruft.“

In diese schrillen Töne stimmt fröhlich der Freie Staatsbürger[1] ein in dem Kampfe gegen das schnapsbeduselte Gottesgnadentum, gegen die Kaiserlinge, plappersüchtigen Professoren und Intriguanten der Frankfurter Waschküche, hirnverbrannten Burschenschafter, gegen den Komödianten und hohlen Schwätzer Gagern; wird er jetzt abtreten? Kaum, es gilt nun noch einen Orden oder ein Trinkgeld bei den Königen zu verdienen. Dann nach der Wahl: Hundejubel in Berlin ob des Nationalgötzen, die Hundeherzen fließen über vor Freude. Die Frankfurter Komödie naht sich ihrem Ende. Der König wird ihr Aner-

[1] Freier Staatsbürger 24. Febr., 17., 22. März, 7., 8., 16. April 1849.

bieten mit Verachtung zurückweisen, dann Auflösung der Nationalversammlung durch preußische und österreichische Bajonette. „Die Auflösung der Nationalversammlung in Frankfurt ist die offizielle Proklamierung der Revolution in ganz Deutschland." — Und dann eine Extrabeilage: die Deputation nach Berlin ist mit einer langen Nase und einem Eisele-Beisele-Diner abgespeist worden. Hochauf steigt der höhnische Jubel über die Jammergestalten, die begossenen Reichspudel, den Erbkaiserbankrott: „die Worte Friedrich Wilhelms IV. gießen Öl in das Feuer der deutschen Revolution. So weit muß es kommen, daß kein ehrlicher Mensch mehr in Deutschland lebt, der nicht einen Fluch und einen Dolch bereit hat für die Verräter in Frankfurt." Da der Abgeordnete Krafft zur Kaiserdeputation gehört hatte, bekommt er auch seinen Teil ab: „Der verunglückte Kaiserfabrikant ist wieder in Nürnberg. So lange die Herren hinter den Bayonetten sicher saßen, hielten sie auf den Bänken der Paulskirche aus. Oder will er den achtzig Nürnberger Konstitutionellen, die sich auf seinen Antrag hin für die deutsche Kaiseridee aussprachen, Bericht über seine Berliner Aprilsendung erstatten?"

Unter solchen Umständen konnten die äußeren Ereignisse wenig Teilnahme finden. Der Sieg von Eckernförde geht vorüber ohne lebhaftere Begeisterung zu wecken, ja der Freie Staatsbürger protestiert gegen den unsinnigen Siegesjubel in einem Kampf, wo sechsunddreißig gegen zwei Millionen kämpfen. Vorher hatte die Wahl Louis Napoleons nur beim Korrespondenten mehr Beachtung gefunden. Er nennt sie das wichtigste Ereignis seit dem Februar 1848, von unermeßlichen und vorläufig unberechenbaren Folgen; die Republik muß über kurz oder lang der Monarchie weichen. Dazu bemerkt der Freie Staatsbürger: Sollte Frankreich wirklich jetzt Kriege führen wollen, so würden diese Frankreich keinen Herrn geben, wohl aber die andern Völker von ihren Herren erlösen.

In dem Wirrwarr politischer Meinungen werden jetzt hie und da bisher ungehörte Klänge vernehmbar: kommunistische Phrasen, die sich der radikaler werdende Republikanismus aus Frankreich verschrieb.

Bis jetzt war das die Taktik des Korrespondenten gewesen, Republikaner und Kommunisten zusammenzuwerfen und mit den alten Ammenmärchen dem zitternden Philister Angst und Grauen einzuflößen vor den kommunistischen Kulturzerstörern. Freilich im April 1848, als die Wogen höher und höher gingen, erglühte er wie jedes für Menschenrechte empfängliche Herz in — wie zugestanden sein mag — echter Begeisterung bei dem Gedanken, daß die Perfektionabilität des Menschen noch nicht erschöpft sei, daß nach tausendjähriger Unmündigkeit die Völker zum Gefühl der Notwendigkeit jener sozialen Freiheit, die allein die volle sittliche Entfaltung des individuellen Menschen gestattet, erwachten. Zeuge dieses bewunderungswürdigen Entpuppungsprozesses sein und zugleich die sicheren Grundsteine für die Wohlfahrt künftiger Geschlechter legen zu dürfen, das ist das Glück der Jetztlebenden, dessen Wert kein Wohlgesinnter verkennen möge. Jenes Volk wird am besten nach außen gerüstet sein, das den inneren Feind besiegt und ihn zum Bundesgenossen umgewandelt hat. Dieser Bundesgenosse ist das in seinen Rechten anerkannte, geschützte, zufriedengestellte Proletariat. Als aber die Gefahr abgewendet war, pfiff man in einem andern Ton, wie etwa das schöne Gedicht vom 20. Juni 1849 zeigt:

Was, sozialer Geist ist dein Begehren?
Zu welchen Lehren wirst du uns bekehren?
Zur Sozialität von jenen Tieren,
Die wühlend statt der Sitte Borsten führen.

Im übrigen bekannte sich der Korrespondent zur sozialpolitischen Maxime des Huhns im Topf, das er auch dem Aller-

ärmsten nicht nur sonntäglich sondern alle Tage gönnte, wenn er es nur auf dem Wege der Gesetzlichkeit, Ruhe und Ordnung erwarb. Weiter vertrat er noch die Gedanken, die in den sozialen Schriften des Rohmerschen Kreises niedergelegt waren, so in K. Braters Reform des Erbrechts zugunsten der Notleidenden, vor allem in Fr. Rohmers Schrift. Der 4. Stand und die Monarchie, jenem Fürstenspiegel für Napoleon III., dessen Quintessenz war: die Initiative der Krone für den 4. Stand ist die Grundlage der Monarchie. Die Meinung der andern Zeitungen ist rasch wiedergegeben. Während der Nürnberger Kurier ellenlange Artikelreihen über alle diese neuen Schlagworte aus irgendwelchen Handbüchern abschreibt, behandelt die Mittelfränkische Zeitung die ganze Frage nebenher, hält Pauperismus und Proletariat für notwendige Übel und die Systeme Owens, L. Blancs, Fouriers und Proudhons für Hirngespinste. „Der Zustand Deutschlands ist geradezu hoffnungslos, ohne Wunder wird es nicht besser."

Um der sich mehrenden Not und Erregung zu steuern, vereinigten sich Staat, Gemeinde und Private zu mannigfachen Veranstaltungen. Es wurde ein Hilfsverein für die notleidenden Gewerbe gegründet, wozu die Regierung 40 000 fl. gewährte, und im Herbst 1848 wurden viele Notstandsarbeiten unternommen. Natürlich erschien auch eine Fülle von Verbesserungsvorschlägen: Schaffung einer Nationalgarde des Armenwesens aus dem bemittelten weiblichen Teil der Bevölkerung mit Sitz und Stimme im Armenpflegschaftsrat, Gründung einer Arbeitsnachweisungsanstalt, einer Sparlade zum gemeinsamen Einkauf der Bedürfnisse usw.

Wir erinnern uns der sozialen Verhältnisse, wie noch nicht die Fabrik, obwohl von steigender Bedeutung, den wirtschaftlichen Charakter der Stadt bestimmt, sondern das Handwerk mit seinen Meistern und Gesellen. Von den Fabrikarbeitern hören wir lange nichts. Um so mehr sind die Gewerbe

in die Politik verflochten. Die Handwerksmeister waren fast alle dem Volksverein beigetreten und ausschlaggebend für dessen Haltung geworden. Die Gesellen hielten zum politischen Verein und bildeten wohl die Stammtruppe, die für jede Volksversammlung, Katzenmusik und überhaupt jeglichen Radau zu haben war.

Die Arbeiter der Fabriken organisierten sich in einem eigenen Verein[1]. Zuerst traten sie hervor mit einem Protest gegen den Gewerbekongreß in Frankfurt, der sich für die Vertretung des ganzen Handwerkerstandes ausgäbe, aber nur Zunftkongreß der Meister wäre. Auf diesem von 116 Handwerksmeistern besuchten Kongreß, der von Mitte Juli bis Mitte August tagte, waren die Gewerbe Mittelfrankens durch zwei Abgeordnete aus Nürnberg vertreten. Beschlossen wurde dort eine halb reaktionäre, halb fortschrittliche Handwerker- und Gewerbeordnung, die der Nationalversammlung als ein „feierlicher, von Millionen Unglücklicher besiegelter Protest gegen die Gewerbefreiheit“ überreicht wurde.

Mit dem Anwachsen des radikalen Republikanismus gewann auch der Kommunismus Eingang bei den Massen. Nicht als ob sich irgendwo ein Verständnis für die Ideenwelt des kommunistischen Manifestes zeigte, als ob irgendwie die philosophischen und wirtschaftlichen Grundlagen der neuen Lehre untersucht würden. Für die sich eben entfaltende deutsche Sozialdemokratie und ihre großen Begründer zeigte man wenig Verständnis, höchstens daß man einmal ein revolutionäres Lied aus der Rheinischen Zeitung übernahm. Im allgemeinen strebte man dem französischen Kommunismus als dem vielbewunderten Ideal nach; des öfteren werden in den Zeitungen Mitleser für französische kommunistische Blätter, besonders für Proudhons Peuple

[1] Das Material für den ganzen Abschnitt ist äußerst dürftig, und es läßt sich kaum ein richtiges Bild der Entwicklung der Arbeiterbewegung geben.

gesucht. Aus diesen nimmt auch der Freie Staatsbürger, der sehr bald das Wehen des neuen Windes verspürt hatte, mit der Zeit immer mehr Artikel, je schwülstiger und blutrünstiger desto besser. Im ganzen also kein klassenbewußtes Proletariat, fortschrittliche Ideen in buntem Gemisch mit reaktionären, Hemmung durch die noch unentwickelteren Gesellen der Gewerbe, Unreife, Unklarheit, Phrasen. Die Forderungen des Arbeitervereins sind in einer Adresse an die bairische Kammer enthalten: Ersetzung der indirekten Steuern durch progressive Einkommensteuer, Aufhebung oder wenigstens Minderung des stehenden Heeres, dafür Volksbewaffnung, nationale Handelspolitik, bessere Schulen, Regelung der Gewerbeordnung, allerdings weder unbeschränkte Gewerbefreiheit noch Monopolisierung u. a.

Als am 25. Februar der politische Verein den Jahrestag der französischen Revolution feierte, da erklang wieder und wieder von Beifallsstürmen begrüßt der Marseiller Revolutionsmarsch. Wenig später veranstalteten die Arbeiter ein Bankett zur Feier der Berliner Märzrevolution, „welche durch die Fäuste der Arbeiter siegte und jetzt den niederträchtigen Schlichen der privilegierten Faullenzer wieder zu erliegen droht“. Den Festsaal schmückten die Büste R. Blums und die Namen der „Erzväter der Republik“, eines Franklin und Washington, L. Blanc, Ledru Rollin, Hecker und — Professor Winkelblech. Dieser Name allein kennzeichnet die verschrobenen und beschränkten Anschauungen des Proletariats zu Beginn der Arbeiterbewegung.

Zur Hebung der materiellen und sittlichen Verhältnisse der Arbeiter wurde auf den 2. April nach Nürnberg ein allgemeiner bairischer Arbeiterkongreß ausgeschrieben. Das Berliner Zentralkomitee der in der „Arbeiterverbrüderung“ vereinigten Arbeitervereine hatte schon seit Monaten an der Schaffung einer festen Organisation gearbeitet und wohl auch diesen Kongreß angeregt.

Auf ihm erschienen 20 Abgeordnete aus 46 bairischen Vereinen, ferner Gäste aus Württemberg und Leipzig. Die Nürnberger zünftigen Gewerbe stellten 2, die Fabriken 1 Vertreter. Alle Zeitungen rühmen den Takt und die Fähigkeit der Führer, der Freie Staatsbürger bringt ein schwungvolles, aber von Härten nicht freies Begrüßungsgedicht:

„Das Bruderwort soll uns zum Kampfe mahnen
Trotz Feindes Spott und Hohn;
Und freudig schreiben wir auf uns're Fahnen:
Association."

Zu Beginn der Verhandlungen wurde „Bürger" Born, die Seele der ganzen Arbeiterverbrüderung, zum Präsidenten erwählt. Gleich erhob sich eine lebhafte Debatte über die Gewerbefreiheit, die mit kleinen Einschränkungen bei allen Bemühungen Borns nur mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Weitere Forderungen des Programms ergeben sich aus einer Adresse an die Kammer: Errichtung von Volksbibliotheken und Fortbildungsschulen durch die Behörden, Verminderung der stehenden Heere, einjährige Dienstzeit, allmählich Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere, Arbeitsministerium, Schiedsgerichte und Gewerbekammern, dazu Errichtung von Arbeiterwerkstätten. Zu diesem Punkt gibt „Bürger" Born ausführliche Erläuterungen: Die Associationen haben die Aufgabe, den Arbeiter aus seiner Abhängigkeit von dem Kapitalisten zu befreien. Die Association wird der Welt eine neue Gestalt geben: sie allein ist es, die die schmählichen Ungleichheiten im Besitztum möglichst ausgleichen kann, sie wird das Elend aus der Hütte und den Müßiggang aus den Palästen vertreiben. Born berücksichtigte so die politische Unreife der Arbeiter, indem er an die praktischen, zum Teil auch allgemeinen demokratischen Forderungen nur eine leise, wohl kaum ganz verstandene Andeutung des Endziels anfügte. „Wollte Born die Arbeiter als

Klasse organisieren, so mußte er mit dem Gedankenkreise rechnen, worin sie sich vorläufig erst bewegen konnten."[1] Auf dem Kongreß wurde noch die von Born und andern herausgegebene Zeitung Verbrüderung zum Organ des Verbandes gewählt und Beschluß über die Agitation gefaßt. Daraufhin erließ der Nürnberger Verein einen Aufruf an alle Arbeiter Frankens: „Brüder, Arbeiter! Der Nürnberger Arbeiterverein hat ... die Aufgabe erhalten, überall in Mittelfranken Arbeiter- und Bauernvereine zu gründen. Wenn Ihr erwägt, unter welchem Druck des Kapitals Ihr seither geschmachtet, so erhebt jetzt die Stimme für die Vereinigung der arbeitenden Kräfte, die aus dem Rohprodukt Alles schaffen und erzeugen, was das Leben angenehm und heiter macht, die aber von all diesen Erzeugnissen leider das Wenigste genießen. Das einzige Mittel dem wucherischen Kapital und dessen Besitzern gegenüber ist: Vereinigung und zwar aller Arbeiter Deutschlands. Das Band der Vereinigung der arbeitenden Klasse umschließt bereits ganz Deutschland, ja es geht noch weiter bis England und Frankreich. Ihr fränkischen Brüder, an Euch ist es, dem großen Bruderbund sich anzuschließen."

Vor dem Kongreß hatte der Korrespondent in einer Reihe von Artikeln, die dann auch als Broschüre gedruckt und verteilt wurden, sich zu der Frage geäußert: Kann die Demokratie den Arbeitern helfen? Die Demokratie wird definiert als die Herrschaft der ärmern und untern Klassen über die höhern und besitzenden vermöge des Rechts der Majorität. Ihre Hauptanhänger sind Arbeiter, vielfach jetzt auch die Bauern, die dabei doch alles zu verlieren hätten, besonders die Jugend und als schlimme Zugabe die Liederlichen und Schlechten: „Ist irgendwo

[1] Fr. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. II. Überhaupt stellen sich M. allgemeine, hier mitbenützte Ausführungen in den betreffenden Kapiteln an dem Einzelbeispiel Nürnbergs bis ins kleinste als richtig dar.

ein verabschiedeter Staatsdiener, ein verarmter Edelmann, ein bankerotter Kaufmann, ein versoffner Handwerksmeister, ein durchgefallner Kandidat, ein verliebterter Literat, ein relegierter Student, ein entlaufner oder entlassner Sträfling, ist irgendwo ein herrsch=, diebs= oder raubsüchtiges Genie — es wäre wunderbar, wenn es nicht ein eifriges Mitglied der Demokratie würde". Die Befriedigung der Arbeiterforderungen würde Milliarden kosten, dadurch aller Besitz entwertet; die Kapitalisten würden auswandern und Deutschland so sein „Lebensblut, das Geld" verlieren. „Indem muß es doch wahrhaft auf platter Hand liegen, daß z. B. Geld nur solange Werth hat, als es ungleich unter alle vertheilt ist, und nur dann zum Lebensblut wird, wenn es durch Mangel und Fülle wechselnd im ganzen Leibe sich umhertreibt." Es wird dann noch der Kommunismus mit den alten Schlagworten bekämpft. Der Widerlegung dieser Ausführungen widmete Diezel eine ganze Nummer seines Freien Staatsbürgers, in der er acht Seiten lang den Kommunismus verherrlicht und zum Schluß begeistert ausruft: „Nur eine neue Organisation der Gesellschaft, von den Weisen und Sehern längst vorausgesagt, kann die mit jedem Tag unerträglicher werdenden Leiden der großen Mehrzahl der Menschheit lindern und heilen. Und nicht ein Einzelner, nicht eine Kaste, heiße sie Aristokratie oder Bourgeoisie, kann das Heilmittel schaffen, sondern nur das gesamte Volk. Darum sey es noch einmal kühn in die Welt hinausgerufen, allen Pfaffen und Bourgeois zum Trotz: Nur die Demokratie kann den Arbeitern helfen." — —

Die ganze Zeit über ging der politischen Bewegung die kirchliche zur Seite.

Die Nürnberger, weit entfernt von Kopfhängerei, hatten immer einem praktischen, mehr der Erde als dem Himmel zugewandten Christentum angehangen. Noch standen bei ihnen die freigesinnten Prediger Witschel, Seidel, Beillodter in gutem Ge=

denken. Seitdem der Ultramontanismus mit Abel die Herrschaft an sich gerissen hatte, gewann auch eine kleine Pietistensekte beherrschenden und bald bedrückenden Einfluß auf die protestantische Kirche, besonders als der ob seines starren Luthertums berüchtigte Roth das Präsidium des Konsistoriums übernommen hatte. Auf die Ultramontanen als seine natürlichen Bundesgenossen gestützt suchte er den alten Dogmenglauben mit allen Mitteln zu stärken, dadurch daß er orthodoxe Geistliche ungebührlich vorzog, rationalistische Studenten bald gar nicht mehr zum Examen zuließ, das gebräuchliche Gesangbuch durch ein neues, orthodoxes ersetzen wollte.

In Nürnberg regte sich bald der Widerstand. Während der Korrespondent seiner ganzen sonstigen Stellung entsprechend es mehr mit den Altgläubigen hielt, wurde die Mittelfränkische Zeitung das Kampforgan der Rationalisten. Anfangs wurde der Kampf noch leiblich geführt, im Vordergrund standen G. Z. Platner, einer der verdientesten Bürger, und der Bibliothekar Ghillany; als Eidhelfer dienten D. F. Strauß, Wislicenus und Uhlich. Da mochte es wohl vorkommen, daß noch manche Fehde von den Studentenjahren her ausgetragen wurde, so bedauert wenigstens später der streitbare Germane von ehedem Ghillany, daß er so lange den Abgeordneten Krafft, der einst der sittsamern und strenglutherischen arministischen Richtung angehört hatte, angegriffen und verkannt habe.

Hauptsächlich drehte sich der Streit um die Verdrängung des bisherigen Gesangbuches. Die Rationalisten zogen zu Felde wider die eklatanten Proben mittelalterlicher Versifikation, die deplorablen Machwerke einer rohen, vorzeitlichen Anschauungsweise, die papiernen Marterkanonen voll Blut, Sünde, Fluch, Tod, Hölle, Teufel und dergleichen, Popanze einerseits und einfältige Gemütsausflüsse andrerseits. „Wie würde einem Dichter der Neuzeit von der unbefangenen, strengen Kritik mitgespielt

werden, wenn er ein solches Lied durch die schwerfällige Muse seiner Poesie zustande brächte?" Sie wollen nicht dieses Schwelgen und Baden in Blut, diese wahrhaft kannibalische Andacht, die nur aus einer tiefgesunkenen und verwilderten Menschheit hätte hervorgehen können, sondern eine genießbare Form der Lieder. Für das neue Gesangbuch der Mucker schlug einmal der Freie Staatsbürger zwei Verse vor, „richtige Goldkörner":

Du Himmelsjäger, hetz von unten,
Mich Sündensau mit Gnadenhunden,
Zieh mir dein Glaubenswammes an,
Dann bin ich stattlich angethan.

Ferner:

Herr Jesu, nimm mich Hund beim Ohr,
Wirf mir den Glaubensknochen vor
Und schmeiß mich Sündenlümmel
In deinen Gnadenhimmel.

Am 19. März 48 sandten Platner und Ghillany eine von 800 Bürgern mitunterzeichnete Adresse an den König mit der Bitte um zeitgemäße religiöse Fortentwicklung: Unsere Zeit verträgt jenen altlutherischen, die Menschenwürde so tief verletzenden Glauben nicht mehr; Erziehung der Kinder in edlerem Geist, der sie nicht zu wimmerlichen Kreaturen niederbeugen will, die dieses Erdenleben für ein elendes Jammertal ansehen sollen; Absetzung Roths. Eigentlich war eine Versammlung geplant gewesen, aber die Behörden hatten Bedenken gehabt, daß dadurch die allgemeine Aufregung noch gesteigert würde. Da auch die Pfälzer ähnliche Erklärungen abgehen ließen, wurde Roth wirklich aus dem Konsistorium entfernt. Zu derselben Zeit schickte auch die Gegenpartei ihre Adresse an den König zur Wahrung der Rechte der protestantischen Kirche. Natürlich wurde auch das geringste Vorkommnis hüben und drüben mit unzähligen Erklärungen und Gegenerklärungen kommentiert. So brachte

ein großes Plakat gegenüberstehend die Auslegungen der Orthodoxen und Rationalisten über die Streitpunkte Tod, Seele, Jesus, Bibel usw. im Sinne plattester Nüchternheit. Wenn auch viel gegen die Ultramontanen, Jesuiten und die Ausstellung der Heiligenknochen gewettert wurde, richtete sich doch der Kampf im ganzen gegen das starre Luthertum.[1] Wenn dieses nun meinte, die Bewegung durch Verteilung pietistischer Traktätchen hemmen zu können, so sah der gesunde Menschenverstand nur mit bedauerndem Lächeln auf diese Mittel grassester Verdummung herab. Es half auch wenig, daß die „Finsterlinge" in den Zeitungen durch wohlgeformte, maßvolle Betrachtungen ihre Mitbürger belehren wollten, daß der Rationalismus in der Wissenschaft Schiffbruch gelitten habe und sich jetzt auf die halbgebildeten Massen werfe. Im Lauf der Zeit nahm natürlich die Politik die Gemüter mehr und mehr gefangen, so daß die religiösen Fragen uns ganz aus dem Gesicht entschwänden, würde nicht die Mittelfränkische Zeitung, der im Freien Staatsbürger ein scharfer Mitstreiter erwachsen war, noch alle paar Tage ihre lichtfreundlichen Geschichten vorsetzen.

Zu Beginn des neuen Jahres setzte die altlutherische Partei, die im stillen eifrig gearbeitet hatte, die Abhaltung der Generalsynode durch. Die Rationalisten hatten sich dagegen erklärt aus dem Grunde, weil unter den derzeitigen Verhältnissen keine Neigung für religiöse Erörterungen bestände, diese nur noch die allgemeine Verwirrung steigern könnten. Von 1400 wahlberechtigten Bürgern hatten auch nur einige vierzig gewählt und einen Altluthe-

[1] Als dessen Bollwerk sah man Erlangen mit seinen muckerischen Professoren an. Sogar die dortigen „sogenannten modernen Prediger, die dem abgestandenen Kohl durch moderne Phrasen einen haut goût zu geben und das Wort Gottes mit dem bekannten Anstand eines gebildeten Frankfurter Oberkellners zu servieren" wissen, finden vor Diezel keine Gnade. (Baiern und die Revolution, S. 166.)

raner abgeordnet. Nun forderten Platner und Ghillany in einer Adresse von der Synode, daß die Lehren von der Vergötterung Christi, vom Teufel und von der Erbsünde aus dem Bekenntnis entfernt würden, und daß eine große deutsche Nationalsynode einberufen würde, die das Glaubensbekenntnis für ganz Deutschland verbessern sollte. Ihrer Eingabe schrieben es die Rationalisten zu, daß die Synode nach dreiwöchiger Tagung erfolglos auseinanderging, nachdem sie sich noch über diese Adresse entrüstet hatte. Dann forderten die beiden Vorkämpfer des Rationalismus die Behörden aller größeren deutschen Städte auf, für eine neue Kirchenreformation zu wirken, und ersuchten den Pastor Uhlich in Magdeburg, er solle für diesen Plan werben in der Weise, daß man sich kommenden Herbst in einer Stadt in der Mitte Deutschlands zu einer Art kirchlichem Vorparlament zusammenfände. Diese Nationalkonzile tauchten damals noch öfter auf, so regte der Nürnberger Kurier ein Konzil aller deutschen Katholiken an, und ein katholischer Geistlicher wünschte im Korrespondenten Konzile, Reichs- und Landessynoden für seine Kirche. Übrigens sah dieser Einsender im Gegensatz zu den Tagespolitikern sehr scharf: er wollte keine Trennung von Kirche und Staat, da dies nur der jesuitischen Hierarchie zugute käme, und die niedere Geistlichkeit sowieso schon genug unterdrückt wäre; die religiösen Parteien könnten politischen Charakter annehmen, und das Vaterland stünde am Rande eines Abgrundes, der es verschlingen könnte.

Ende Dezember kam J. Ronge, jetzt schon mehr ein Apostel republikanischer und sozialistischer Ideen, nach Nürnberg zur Gründung einer freien christlichen Gemeinde. Jubelnd begrüßt ihn die Mittelfränkische Zeitung, den wahren, biedern, deutschen Volksmann, der so ganz vom Geist Gottes und der Zeit durchdrungen sei; doch gibt sie auch zu, daß seine Predigten mehr politische als religiöse Färbung hätten. Ghillany meint,

wäre Ronge zwei Jahre früher gekommen, würde ihm die ganze Bürgerschaft Beifall geschenkt haben. So schadete es seiner Sache sehr, daß er sich den Republikanern anschloß und auf der Kanzel politische und sozialistische Vorträge hielt. Die neue Gemeinde, der die Katharinenkirche überlassen wurde, soll angeblich 5000 Mitglieder gezählt haben[1]; unter dieser Zahl ist aber wohl nur eine allgemeine Schätzung der Rationalisten überhaupt zu verstehen, denn die Volkszählung vom Dezember 1852, als freilich manche wieder abtrünnig geworden waren, weist der freien Gemeinde 335 Anhänger zu. Als Prediger wurde Bäthig, bisher an der freien Gemeinde in Glogau, eingesetzt. Dieser, als Mann von Bildung, guter Redner, bescheiden in seinem Wesen gerühmt, gewann in der Stadt außerordentlichen Beifall, zumal er die Politik mied. Viele Bemittelte, voran Platner, zeichneten namhafte Beiträge, um sein Auskommen zu sichern, ohne selbst zur Gemeinde, die meist nur aus Unbemittelten bestand, überzutreten. Bald kamen weitere Prediger, Bierdimpfel, der in Erlangen angestellt wurde, Dumhof und Ruf, katholische Geistliche, die wegen unsauberer Konflikte mit dem Zölibat übergetreten waren, in Nürnberg ihre erste Predigt hielten und hier und in Fürth ordiniert wurden. Aus allen Städten Frankens kamen Deputationen an den „Reformator des 19. Jahrhunderts", an vielen Orten, in Fürth, Schweinfurt, Wunsiedel, Altdorf usw. wurden Gemeinden gegründet, sogar in das mystische Nest Erlangen legte Ronge ein Ei, aus dem der Aar der Geistesfreiheit seine Schwingen entfalten wird.[2]

So hätte es den Anschein, als ob die Bewegung allerorten siegreich vor dem Ziele stände, die Macht der Gegner endgültig

[1] Mittelfränkische Zeitung und Ferd. Kampe: Geschichte des Deutschkatholizismus, 4. Bd. der Geschichte der religiösen Bewegung der neuen Zeit, 1860.

[2] Natürlich Mittelfränkische Zeitung 9. März 1849.

gebrochen wäre, — wenn wir der Mittelfränkischen Zeitung trauen wollten. Aber in merkwürdigem Gegensatz zu dem fortwährenden Triumphgeschrei steht die täglich sich steigernde Leidenschaftlichkeit, die längst den Kampf ins Persönliche hinüberspielte, eine wachsende Roheit und Speichelleckerei. Da wird Ronge zur bedeutendsten Persönlichkeit des deutschen Volks; gleich den Propheten des alten Bundes hat er es allein gewagt, die Unmenschlichkeiten und die Barbarei dieses Jahres vor den Richterstuhl der Menschlichkeit und Tugend zu ziehen. Da muß es sich wohl auch ein Pfarrer gefallen lassen, daß ihm die trauernd Hinterbliebenen in der Zeitung[1] also danken: „Seine eifer- und geifervolle Grabrede sei ein einfältiges Gesalbader, das in unsere Zeit nicht mehr paßt, wo die Erkenntnis aller menschlichen Verhältnisse selbst über das Grab hinaus von helleren geistigen Strahlen genährt ist als früher, wo die Herren Geistlichen den Menschen beim ersten Lallen in Empfang nahmen und am Gängelbande hielten, solange Leben in ihm war. Das hat Gott sei Dank aufgehört."

Ronge selbst war während seines Aufenthalts in Nürnberg vielseitig tätig. Neben seinen vielen Predigten, die immer sofort gedruckt wurden, schrieb er auch viel für die Zeitungen. Da rechnete er den Lesern der Mittelfränkischen Zeitung in seinem Neujahrswunsch die Kosten der hohen Geistlichkeit vor und wünschte Verminderung der Bischofssitze und -gehalte in Baiern. Mit den Pfarrern Nürnbergs lag er in beständiger Fehde, seitdem diese ein gegen ihn gerichtetes Hirtenwort an die Glieder der Diözese Nürnberg erlassen hatten. Dazwischen fielen noch viele Reisen und Disputationen. Doch mußte man seinem Ruhm bereits mit so elenden Mittelchen zu Hülfe kommen, daß etwa die Mittelfränkische Zeitung verkündete, es hätte sich gegen ihn eine Ver-

[1] Mittelfränkische Zeitung 13. Juni 1849.

schwörung in Nürnberg gebildet, die ihm nach dem Leben trachtete. Der Korrespondent führte fortwährend einen stillen Kampf gegen den „neuen Reformator unter der Firma eines guten Handlungshauses“; an die Stelle des schweren Geschützes langatmiger Widerlegungen traten bald wirksamere Verschen, die meisten herzlich schwach, das ein und andere hübsch zugespitzt:

Was du nie erfaßt,
Das willst du meistern?
An der heil'gen Arche Mast
Deine papierne Fahne kleistern?

Auch in der Gemeinde sah es nicht zum Besten aus. Zunächst erfuhr sie noch einen Zuwachs im April 1849, als die rationalistische Partei zerfiel. In einer Versammlung der Unterzeichner der Adresse an die Synode erklärte Dr. Barthelmeß, es könne noch mehrere Jahre dauern, bis eine Reformation in Deutschland durchgeführt werde; man brauche aber dringend für die Kinder einen vernünftigen Religionsunterricht, vernünftige Formeln bei Taufe und Abendmahl. Es sei daher das Beste, vorläufig zur freien Gemeinde überzutreten. Ghillany dagegen wie auch Platner weisen darauf hin, daß die Reformation nicht mehr so fern sei, und daß der Austritt das Recht auf die Kirchengüter vergebe. Die Einführung der Grundrechte müsse die Verhältnisse rasch ändern, da dann keine Staatskirche mehr existiere, und die Gemeinden die kirchlichen Angelegenheiten in die Hand bekämen. Der Rationalismus habe seine Berechtigung innerhalb der protestantischen Kirche, in der sie verbleiben wollten. Vierzig Familienväter traten mit Barthelmeß über. Hiebei spielten auch die politischen und sozialen Gegensätze mit. Hatte der Rationalismus auch vor allem im Kleinbürgerstand Anklang gefunden, so gehörten doch manche seiner Bekenner den gebildeten und besitzenden Kreisen an. Diese mußten sich um so mehr abgestoßen fühlen, je mehr der Radikalismus die Ober=

hand bekam und manche für die Besitzenden wenig angenehm klingenden Geschichten, mochten sie immerhin der Bibel entnommen sein, in den Vordergrund der religiösen Betrachtungen zu stellen wußte.

In das innere Gemeindeleben ist uns ein Einblick ermöglicht. Als 1851 die Prediger Dumhof und Ruf wieder abtrünnig wurden, rief der Abfall gewaltiges Aufsehen hervor, um so mehr, als die protestantische Geistlichkeit diesen zweifelhaften Gewinn unvornehm genug für ihre Zwecke ausbeutete. Hüben und drüben erschienen aufklärende Schriften, die alle innern Vorgänge vor dem Publikum ausbreiteten; doch sind sie mit einiger Kritik zu lesen, da auch die beiden Prediger nicht die besten Brüder waren. Die Religion soll in den freien Gemeinden völlig ersetzt worden sein durch Politik und stete Reden über die nahe Umwandlung aller staatlichen und sozialen Dinge. Mancher Meister, der keinen Kunden hatte, manches Frauenzimmer, das einen Roman gelesen, fühlte in sich Kraft und Beruf, die Welt zu beglücken. Mütter erzählten mit Wohlbehagen, welche Wahrheiten ihre Sprößlinge dem Pfarrer oder Lehrer ins Gesicht gesagt hätten. Bei der Verkündung der Abendmahlsfeier äußerten viele, sie würden ein Stück Braten dem Abendmahlsbrot vorziehen. Um die letzten Erinnerungen an die alte Kirche abzustreifen, hatte Barthelmeß angeordnet, daß künftig den Liedern neuere Melodien untergelegt würden; so sang man also etwa nach der Melodie von „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ oder „So leb' denn wohl, du stilles Haus“. Für den Jugendunterricht wurde der religiöse Stoff verringert zugunsten geographischer und naturwissenschaftlicher Notizen; im ganzen nahm man aus der Bibel nur das, was „Sinn“ hatte, wobei bei diesen Krämern nicht viel übrig geblieben war. Die Verwaltung bestand aus dem Vorstand und einem Ältestenkollegium, für Kompetenzstreitigkeiten und innere Zerwürfnisse

war ein Schiedsgericht vorgesehen. Die Nürnberger Gemeinde gab auch eine unbedeutende „Zeitschrift zur Förderung der neuen Reform“ heraus: Der fränkische Morgenbote (erschien wöchentlich vom 2. Quartal 1850 bis dahin 1852). Häufige gemeinschaftliche Ausflüge der Mitglieder sollten die Geselligkeit heben. Der Gemeinde war ein sich sehr fortschrittlich gebärdender „Verein deutscher Frauen“ angegliedert, der auf sozialem Gebiet manches Gute gewirkt haben mag.

Noch einmal kamen frohe Tage für die Neukirchlichen, als in den Januartagen 1850 unter dem Vorsitz von Barthelmeß eine Synode der freien christlichen Gemeinden abgehalten wurde, an der fünfzehn bairische und pfälzische Gemeinden und neben andern die Prediger Bierdimpfel und K. Scholl teilnahmen. Der veränderten Lage entsprechend wurde jetzt betont, daß nicht im entferntesten eine Einmischung der religiösen Bewegung in die Angelegenheiten des Staates beabsichtigt würde. Bald darauf wurde die Nürnberger Gemeinde von den Behörden anerkannt. Ihrer Sache aber schadete sehr der Übertritt der beiden Prediger zur protestantischen Kirche 1851, der von der Gegenseite mit größtem Gepränge veranstaltet wurde. Nun besah sich auch die Polizei die Gemeinde näher. Es folgten dann polizeiliche Bedrückungen aller Art, Haussuchungen, Konfiskationen, Vorladungen usw., bis die Regierung im November 1851 die Gemeinde und den Frauenverein ganz auflöste. Der „Vater“ der Gemeinde suchte in Amerika eine neue Heimat, bei seiner Abreise noch mit manchen Geschenken seiner dankbaren Glaubensgenossen bedacht.

IV.

Von den Mai-Erhebungen bis zum vollen Sieg der Reaktion.

Da von nun an die innerbairischen Verhältnisse mehr Beachtung verlangen, sei hier ein Rückblick gegeben, mit welchen Hoffnungen und Wünschen Nürnberg die Entwicklung der Dinge im engern Vaterland begleitet hat.

Seit langen Jahren schon war Abgeordneter zum Landtag der zweite Bürgermeister der Stadt Bestelmeyer, ein Mann durchaus alten Schlages, ganz ungeeignet zu jeder, wenn auch noch so zahm gearteten Opposition, und jedenfalls jetzt in den stürmischen Tagen am allerwenigsten am Platz. Er hatte eben in den ersten Tagen des März 1848 in einem Antrag an das Gemeindekollegium, worin er die Wahl eines Ersatzmannes forderte, das Mandat einer jüngeren Kraft übergeben wollen. Eine große, von zweitausend Bürgern besuchte Versammlung bewog ihn jedoch, zum nächsten Landtag die Wahl wieder anzunehmen. Das Gemeindekollegium sprach ihm daraufhin mit größter Mehrheit sein Mißtrauen aus, in gleichem Sinn äußerte sich eine von den Advokaten ausgehende Erklärung, die darauf hinwies, wie Bestelmeyer in Sache Rungaldier seinerzeit die Interessen der Stadt schmählich preisgegeben hätte und sich vom Minister Abel mit eitlem Lobe

seiner Person hätte abspeisen lassen. Dabei ist interessant, daß Krafft zu den Urhebern des Mißtrauensvotums gehörte, daß die Mittelfränkische Zeitung sich entrüstete über dieses Gebaren dem verdienten Abgeordneten gegenüber, daß endlich die breiten Massen der Bürgerschaft begeistert für den selbst von dem konservativen Gemeindekollegium aufgegebenen, reaktionären Wackelmann eintraten. Es waren das eben die Leute, die in den ersten Tagen des Völkerfrühlings aus Gefallen an der Sache in jede Versammlung liefen und jedem Redner und jeder Sache Beifall klatschten. Das Ganze ein Beispiel für die politische Reife der Nürnberger zu Beginn der Bewegung.

Natürlich ging an den Landtag wieder eine Unmenge von Wünschen ab: Emanzipation der Juden, Ministerverantwortlichkeit, Auflösung der Kammer, Abschaffung des Reichsrats, Wahlgesetz auf breitester Grundlage usw., abermals verlangten die Gemeindebevollmächtigten Öffentlichkeit der Sitzungen, diesmal mit der Drohung, daß sie bei Nichterfüllung ihres Wunsches binnen vier Wochen ihr Amt niederlegen würden. Die adeligen Gutsbesitzer erkannten jetzt die Not des Landvolks und baten von der Kammer ein Gesetz über Umwandlung und Ablösung aller mit dem Grundbesitz verbundenen Lasten, das aber auf Gerechtigkeit basiert sein müßte. Die Verhandlungen des Landtags werden bald als wenig erfreulich bezeichnet; mit Unwillen, ja Ekel sieht man, wie manche Abgeordnete dem Alten das Wort reden, sagt jetzt die Mittelfränkische Zeitung unterm 17. Juni.

Bei den Neuwahlen im Dezember 1848 hatte der Wahlkreis Nürnberg, dem die Bezirke Pleinfeld, Schwabach und Altdorf angegliedert waren, drei Abgeordnete zu wählen. Der Volksverein schlug nun ein gemeinsames Vorgehen der Vereine vor und zu diesem Zweck die Einsetzung eines Komitees aus Vertretern der Vereine, das sich durch Zuwahl von Bürgern,

die keinem Verein angehörten, ergänzen sollte. Der Vorschlag wurde angenommen, und dann ein gemeinsamer Wahlaufruf erlassen, der bei aller Anerkennung der konstitutionellen Monarchie doch die Forderungen der Demokratie in den Vordergrund rückte, so die Beschränkung des Vetos der Krone und des Rechtes der Kammerauflösung, unbeschränkte Initiative der Abgeordneten, unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung bei Androhung der Steuerverweigerung. Diesen Aufruf der kartellierten Vereine zählt der Korrespondent zu den Aktenstücken, „welche als Dokumente der politischen Bildung in Deutschland in das Archiv der Gegenwart einzureihen sind", da er den völligen Sieg der Demokratie bedeute. Die Beteiligung des konstitutionellen Vereins war wohl nicht ganz freiwillig, vom Strome mitgerissen mußte er mittun, um nicht zu völliger Bedeutungslosigkeit herabzusinken; auch mochte der wachsende Widerstand der bairischen Regierung gegen das Einheitswerk bei den alten Burschenschaftern viel Groll aufgeregt haben.

Ferner einigte sich das Komitee noch über eine Anzahl von Männern aller Parteien, wieder meist Burschenschaftern, aus denen die Abgeordneten dann genommen werden sollten. Die Konstitutionellen hatten dazu auch liberale Minister wie Lerchenfeld und Heintz und vor allem Fr. Rohmer vorgeschlagen, waren aber nicht durchgedrungen. Bald ging auch die Einigung in Brüche. Während die Konstitutionellen nun den Einfluß der Vereine auf die Wahl für beendet hielten, verbreitete der politische Verein am Abend vor dem Wahltag eine Menge gedruckter Wahlzettel, auf denen nur Wahlmänner seiner Partei standen, und der Volksverein tat dasselbe mit lithographierten Zetteln. Obwohl das Wahlrecht an die Entrichtung direkter Steuern und an die Ableistung des Verfassungseides geknüpft war und obwohl damals das Militär noch mitwählen durfte, konnte doch der Freie Staatsbürger die Wahl

als einen Wendepunkt in der Geschichte Nürnbergs bezeichnen, das endgültig mit dem mittelalterlichen Zunft- und Zopfwesen, dem die mittelalterliche Polizeiwirtschaft fortsetzenden Bourgeoisregiment gebrochen hätte.

Um nun wenigstens noch einen Teil der Wahlmänner zu sich herüberzuziehen, verlegten sich die überrumpelten Konstitutionellen auf die einfältigsten Mittel. Da erschien am Tag vor der Abgeordnetenwahl ein poetischer Aufruf[1]: Der Gang zur Wahl. Dunkle Nacht. „Da tritt aus dem Hause der wählende Mann die denkende Stirn voll Falten.“ Er ruft zum Himmel um innere Erleuchtung, schaut noch einmal zum Hause zurück, wo die „liebende Frau, auf dem Arme das Kind“, steht und ihm nachruft:

„Mann, wähle mit Gott und mit redlichem Muth,
Befrage getreu dein Gewissen;
Wirk mit, daß die Ordnung uns wieder ersteht,
Die wirrende Frevler zerrissen,
Daß Freiheit erblüht durch das heil'ge Gesetz,
Daß verwegenes Wühlen verschwinde,
Das lebsam wieder das Leben doch wird
Uns selber und unserem Kinde!“

Am Friedhof vorbeigehend hört er die Stimme seines Vaters über die Freiheit reden, hört weiter dann drei Wanderer singen: Was ist des Deutschen Vaterland, tritt in eine Kirche ein und bald kommt er zurück:

„Aus dem leuchtenden Blick
Strahlt ruhige Klarheit der Seele;
Sein Tritt ist so sicher, er weiß, was er will,
Mit Entschiedenheit spricht er: Ich wähle“.

---

[1] Freier Staatsbürger 8. Dez.

Nicht mit Unrecht bemerkt dazu der Freie Staatsbürger: „Wir möchten zwar noch immer bezweifeln, ob der wählende Mann wirklich weiß, was er will, wir aber wissen ganz gewiß, daß die Reaktion nicht zu fürchten wäre, wenn sie stets in solcher abgeschmackten Poesie und nicht in der Prosa der Bayonette und Schrapnells aufträte“.

Die Wahlmänner aber ließen sich durch die Poesie nicht umstimmen und wählten die Kandidaten des politischen Vereins Kaufmann Jakob Schmitt und Lehrer Tröger. Der den Konstitutionellen zugehörige Erlanger Professor v. Scheurl konnte, obwohl er sich auf das Kartellprogramm verpflichtet hatte, nur mit Mühe durch Beeinflussung der ländlichen Wahlmänner durchgebracht werden. Die Wahl hätte fast die Auflösung des Volksvereins herbeigeführt. Da die Mehrzahl seiner Mitglieder für den radikalen Tröger statt für den Lehrer Hoffmann stimmte, der im Volksverein eine führende Stellung inne hatte, traten dieser und seine Freunde aus dem Verein, der sich nur durch den Übertritt vieler Mitglieder des politischen Vereins halten konnte. Überhaupt hatte die Landtagswahl allgemein peinliche Überraschungen gebracht: die ultramontane Partei übermäßig stark, die Intelligenz verdrängt durch den Mittelstand, die liberale Mittelpartei kaum angedeutet.

Die Unzufriedenheit und das Mißtrauen nahm zu, als der liberale Minister Lerchenfeld Ende Dezember 1848 aus seinem Amte schied. Die Zeitungen spendeten ihm viele Lobeserhebungen, und der konstitutionelle Verein widmete ihm, dem Schützling der liberalen Bourgeosie, eine Dankadresse. Die Kammer wurde bald wieder geschlossen, angeblich damit Inhaber von Doppelmandaten bei der Entscheidung in der Oberhauptsfrage in Frankfurt nicht fehlen sollten, in Wahrheit weil die berüchtigten griechischen Anleihen zur Sprache gebracht werden sollten. Alle Zeitungen standen dabei hinter dem Kolbschen

Antrag, daß König Ludwig die an Griechenland überwiesenen Staatsgelder aus eigner Tasche zu ersetzen habe. —

Wenn auch die allgemeine politische Bewegung abgeflaut hatte, so schwoll sie von neuem an, als die bairische Regierung der Annahme der Grundrechte beharrlich Widerstand entgegensetzte. Am Jahrestag der königlichen Proklamation vom 6. März 1848 waren an allen Straßenecken Plakate mit deren Text angeschlagen, darunter stand in riesengroßen Zahlen 1848! 1849?

Wie weit hatte doch dieses Jahr die ehemaligen Freunde auseinandergeführt! Jetzt müssen der konstitutionelle Verein und der Korrespondent vor den Märzvereinen und deren Vater Eisenmann warnen, so daß der „politische Rockumdreher" in bittern Worten sich über die Sprache der alten Freunde zu beschweren Veranlassung hat. Anderseits nehmen Nürnberger Kurier und Mittelfränkische Zeitung alle Programme und Artikel des Märzvereins auf, dem auch der Volksverein, überhaupt alle fränkischen Vereine für Volksfreiheit beitreten. Dabei wirkte Diezel dem Anschluß der fränkischen Demokraten an den Münchener Zentral-Märzverein entgegen und drang auf unmittelbare Unterordnung unter das höchste Organ der gesamten deutschen Demokratie; die sogenannte Demokratie in München schien ihm nur ein zahmer Konstitutionalismus zu sein. Sogar der Freie Staatsbürger geht eine tüchtige Strecke Weges mit, bis der Märzverein konstitutionelle Zeitungen empfiehlt, besonders Eisenmanns deutsches Volksblatt, als dieses der Konkurrenz demokratischer Blätter zu erliegen drohte. Von nun an schimpft er auf die „Destillation des Frankfurter Zentralmichels".

Darin aber stimmten alle überein, daß die ganze Zukunft davon abhänge, daß man Baiern zur Aufgabe seiner Sonderbestrebungen zwinge. Dies wird einige Monate hindurch immer und immer wieder gepredigt, in allen Zeitungen, in allen Vereinen, in allen Versammlungen. Eine von Tau-

senden besuchte Volksversammlung in der Arena (dem damaligen Sommertheater im Freien, späterem Prater) — da jetzt eine Ministerialentschließung die Benützung der Kirchen zu politischen Zwecken verbot — erklärte drohend das Ministerium bei längerm Widerstand gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung des Hochverrats schuldig. Schon verlangt auch der Freie Staatsbürger[1] Steuerverweigerung und Versetzung der Minister in den Anklagezustand unter heftigen Ausfällen auf Baiern, „das überhaupt die lächerliche Prätension hat, eine europäische Großmacht spielen zu wollen". Das Volk muß auf der Hut sein, „denn der Volksverrath ist jetzt an der Tagesordnung". Wochenlang fordert er am Kopf des Blattes: Schickt Adressen nach München um Einführung der Grundrechte. Da die Ultramontanen und ihnen beistimmend der König sich der Einführung der Grundrechte widersetzen: „Tausendmal eher wird Franken seine Blicke nach Norden wenden und an ein an und für sich gar nicht beliebtes nordisches Königtum sich anschließen, bevor es sich noch einmal unter die erniedrigende Herrschaft jener ekelhaften und verächtlichen Pfaffenpartei beugt". „Die Franken werden sich erinnern, welche Segnungen ihnen die Herrschaft der Dynastie Wittelsbach gebracht hat .... und wie man im protestantischen Teil Frankens den protestantischen Geist schmählich unterdrückt." Doch kaum hatte der Freie Staatsbürger die bairische Regierung die „personifizierte Eselhaftigkeit" genannt, da erschienen die Schergen und verhafteten den Redakteur Lang. Doch wurde er schon am nächsten Tag gegen Kaution wieder freigelassen. Zur Abwechslung schimpft dann der Freie Staatsbürger auf die Nürnberger „Großbourgeois und Geldkönige", die geäußert haben sollten: „Es ist

---

[1] Freier Staatsbürger 10., 31. Jan., 13., 24. Febr., 14. März, 4. April.

schrecklich mit diesen Burschen; kaum haben wir den einen fortgebracht, so ist schon wieder ein andrer da".

Sichtlich verfolgten die Demokraten einen bestimmten Plan. Je mehr sich die bairische Regierung auf die ultramontane Partei stützte und ihren Schwerpunkt in das „vertierte" Altbaiern verlegte, um so mehr galt es, das fränkische Stammesbewußtsein zum Kampf aufzurufen. Hier in dem geistig regsamen, wirtschaftlich und politisch vorgeschrittenen Franken mußte die Frage nach des Deutschen Vaterland lautern Widerhall finden als in den altbairischen Provinzen. Dazu weckte das Anschwellen des Ultramontanismus auf protestantischer Seite lebhafte Besorgnisse. Zündstoff war genügend vorhanden, um die nationalen Leidenschaften hellauf lodern zu lassen. Wie nun, wenn es den Führern gelang, die Massen in Bewegung zu setzen?

Was würde der bairische Staat zu seinem Schutze tun? Was hatte er bisher getan? Bis jetzt hatten die Land- und Stadtwehren die Ordnung zur Not aufrecht erhalten. Allzu militärisch stramm scheint diese Truppe nicht gewesen zu sein, wenigstens nach zwei Einsendungen in der Mittelfränkischen Zeitung zu schließen: „Zu der am Sonntag den 10. September stattfindenden Promenade des 3. Bataillons der Landwehr, das nach dem Leyher Wald sich begibt und dortselbst bis zum Abend bivouakiert und menagiert, laden ein geehrtes Publikum ergebenst ein die Musiker". Ein anderer schlägt vor, beim nächsten Manöver die Kanonen zu verwenden, die Kosten für Munition und Bespannung durch freiwillige Beiträge zu decken. Die Bürgerschaft nahm natürlich Anteil an ihrem Militär, so überreichten die Frauen und Jungfrauen drei gestickte seidene Schleifen in den altdeutschen Farben, mit denen unter großen Feierlichkeiten die Fahne der Landwehr geschmückt wurde. Auch war das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaft lange sehr herzlich, wie denn

auch die Soldaten ihrem Kommandeur, dem Oberpostrat v. Sundahl, einen Ehrensäbel widmeten zufolge dem in richtigem Amtsdeutsch abgefaßten „Gesuch des Kommandos des Landwehrregiments Nürnberg ... um die Genehmigung der Führung eines zum Geschenk erhaltenen Ehrensäbels durch den Generalmajor der Landwehr v. Sundahl betreffend". Mit einiger Bosheit wird man behaupten können, daß in dieser Truppe die alte, vielgepriesene Bürgerwehr wieder auflebte, jener unerschöpfliche Stoff der Nürnberger Volksdichter.

Nachdem schon im Mai 1848 die Regierung eine Heeresabteilung in der weitern Umgegend zusammengezogen hatte, was der Korrespondent mit der außerpolitischen Lage begründet hatte, wurde man nach Diezels Ausweisung ängstlicher, so daß die Mittelfränkische Zeitung schreiben konnte: Hier ist eine Gespensterseherei Mode geworden, die wirklich ins Aschgraue geht. Alle kleinen Eingänge wurden mit Wachposten besetzt, angeblich weil die Erlanger Studenten Diezel mit Gewalt zurückführen wollten, oder nach der amtlichen Lesart, um die Einfuhr gefrevelten Waldholzes zu verhüten. Später kam eine Batterie des Würzburger Artillerieregiments unter starker Kavalleriebegleitung „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung". Auch die andern demokratisch gesinnten Städte Mittelfrankens wurden mit Militär belegt, Fürth, Schwabach, Erlangen mit je zwei Regimentern, die gegebenenfalls sofort gegen Nürnberg verwendet werden konnten. Natürlich fragte die Opposition, welche Reaktionäre denn die bisher ruhige Stadt bei der Regierung verleumdet hätten, und der Volksverein warnte seine Mitglieder vor Zusammenstößen mit dem Militär. Öfters fanden Versammlungen von Soldaten und Bürgern statt zum Zweck der allgemeinen Annäherung und Verbrüderung.

Neue, nun schon schärfere Maßregeln wurden getroffen, als die Märzereignisse sich jährten, zumal zu derselben Zeit der

Arbeiterkongreß stattfand, und die Opposition gegen den bairischen Partikularismus drohende Formen annahm. Damals wurden der Frauen- und Spittlertorturm zur Aufnahme von Soldaten hergerichtet und mit einigen „Alarmkanonen“ besetzt, „um für unvorgesehene Fälle die beiden Eisenbahnhöfe zu decken“. Auf diese amtliche Erklärung hin fragten die Zeitungen spöttisch, wie man mit Alarmkanonen einen Bahnhof decken könne. Ferner durchzogen Kavalleriepatrouillen mit blankem Säbel die Stadt; angeblich waren auch in der Nacht des 18. März die Glockenstränge in allen Türmen aufgezogen, um ein Sturmläuten unmöglich zu machen. Wenn Abordnungen der beunruhigten Bürgerschaft beim Magistrat Beschwerde erheben, verschanzte sich dieser hinter nichtssagenden Ausflüchten. Allgemein wies man auf die Regierung in Ansbach hin, die Nürnberg in München verleumdet hätte.

An der Spitze Mittelfrankens stand damals der Regierungspräsident v. Welden, der bestgehaßte Mann in Franken. War er auch an seinem schlechten Ruf nicht ganz unschuldig, so wird man ihm doch bezeugen müssen, daß er in ernster Gefahr mannhaft auf seinem Posten stand. Ihm vor allem ist es zu danken, daß die Beamten bis auf den letzten Mann bei der Fahne blieben, und daß ein so schmählicher Zusammenbruch der Regierung wie drüben in der Pfalz außerhalb der Möglichkeit blieb.

Inzwischen schwoll die Bewegung wegen des fortgesetzten Widerstandes der Regierung gegen die Anerkennung der Grundrechte immer mehr an. Es waren gerade die gemäßigten und konstitutionell gesinnten Kreise, darunter die Beamten und Offiziere, die am nachdrücklichsten den König beschworen, von einer zweiten Auflage der Metternichschen Sündenpolitik abzulassen; sie waren ja schließlich auch am meisten kompromittiert, während die Republikaner im stillen doch ihre Freude an dem

prächtigen Agitationsstoff halten. Jetzt durften auch die Vertreter der Bürgerschaft nicht länger zurückstehen. Auf Antrag des Silberarbeiters Bock beschloß das Gemeindekollegium eine würdevolle, eindringliche Adresse an den König für Anerkennung der Reichsverfassung: „Die Geschicke Deutschlands stehen an ihrem Wendepunkt; sie werden sich erfüllen, und was im Augenblick mit leichten Opfern erreicht werden kann, dürfte in Zukunft durch die schwersten nicht nachzuholen sein". Die Adresse ging von der Bürgerschaft mitunterzeichnet mit 3854 Unterschriften ab. Bock, früher eifriges Mitglied des Volksvereins, soll einige vierzig Demokraten zu der betreffenden Sitzung eingeladen haben, und diesem Umstand schreibt man es zu, daß sein Antrag glatt erledigt wurde. Der Magistrat hatte zuerst eine Beteiligung abgelehnt; heftige Angriffe und Adressen der Bürger, die den „kühnen Griff des Gemeindekollegiums" freudig bejubelten, veranlaßten ihn dann, ebenfalls dem König die gefährliche Stimmung in der Stadt zu schildern und ihn zum Nachgeben zu bewegen.

Verschärft wurde die Lage durch die Erklärung der Regierung vom 23. April, die klipp und klar abermals die Ablehnung der Reichsverfassung enthielt. Die Mittelfränkische Zeitung brachte diese Erklärung gar nicht mehr, um nicht damit bessern Artikeln den Platz wegzunehmen. Neue, stürmische Volksversammlungen folgten. Ein brausendes Hoch auf die Schwaben, die eben ihren König zur Annahme der Reichsverfassung gezwungen hatten, eröffnete, ein Hoch auf das souveräne Volk von Franken beschloß die „denkwürdige" Versammlung vom 26. April. Schon wurde die Adresse des Gemeindekollegiums als zu lahm beiseite geschoben unter Verunglimpfungen Bocks, eine schärfere „aus dem Volk hervorgegangene" angenommen: „Das ohnehin schwache Vertrauen der unterzeichneten Einwohner Nürnbergs zu unserer Staatsregierung hat durch die abermalige Vertagung der

Kammer einen tödtlichen Stoß erlitten". Weiter wurde eine Adresse an die Kammer in Stuttgart beschlossen, ohne daß man geahnt hätte, welche Folgerungen daraus gezogen würden: „Das württembergische Volk ist im Kampfe für unbedingte Anerkennung der von der souveränen deutschen Nationalversammlung endgültig beschlossenen Verfassung mit einem glorreichen Beispiel vorangegangen, das alle deutschen Stämme zur Nacheiferung begeistern muß.... Auch an uns wird die Reihe des Handelns kommen und auch wir werden beweisen, daß das Beispiel des württembergischen Volks und seiner Vertreter für uns kein verlornes ist. Auch wir sind bereit, Ihrem erhabenen Beispiel zu folgen und mit größter Entschiedenheit für Deutschlands Einheit, Freiheit und Ruhm mit Gut und Blut einzustehen."

Einige Tage später beraten auch die Offiziere der Land- und Stadtwehr einen Protest gegen die Erklärung der Regierung, der gegen eine ansehnliche Minderheit angenommen und den Kompagnieen vorgelegt wird: „Wir sprechen es offen aus, daß wir nicht gesonnen sind, auf irgend eine Weise uns gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung gebrauchen zu lassen".

Ebenso erließ das Komitee für Volksversammlungen als Zentralkomitee für die drei Franken einen Aufruf an die fränkischen Mitbürger: „Die Erklärung ... bringt die Früchte unserer Revolution in Gefahr. Das Volk hat nunmehr die Aufgabe, durch die entschiedene Erklärung, daß es die Reichsverfassung mit aller Macht, auch mit seinem Blute schützen werde, die Regierung zu besserer Gesinnung zu bringen. Haltet Volksversammlungen, in welchen ihr dem Volke die dringende Gefahr des Vaterlandes zeiget, und sorget überall für die thatkräftigsten Erklärungen zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung!" Gleichzeitig laden J. Prell, Ultsch, Morgenstern die Mitglieder der Linken und des linken Zentrums in der Kammer

für den 2. Mai nach Nürnberg zur Besprechung ein. Auf diesen Tag hatte auch das Komitee eine große Volksversammlung ausgeschrieben.

Auf diese Erregung im Innern wirkten nun noch die äußeren Ereignisse ein: Noch einmal reicht die Vorsehung ihre Hand, das siegreiche Ungarn schwächt Österreich, das dem Staatsbankrott nahe ist, Bems Heldentaten beweisen, daß Rußlands Heere nicht unbesieglich sind. Aufreizender als der Nürnberger Kurier ruft der Freie Staatsbürger beim Einmarsch der Russen in Ungarn: „Wer noch in gutmüthiger Dummheit darüber in Zweifel war, welcher Scheußlichkeiten unsere Fürsten fähig sind, um sich auf ihren blutgekitteten Thronen zu erhalten, der muß jetzt enttäuscht sein. . . . Nur eine Erhebung der Völker kann Europa und die Zivilisation retten."

Überhaupt tritt jetzt der Freie Staatsbürger[1] in seiner Sünden Maienblüte. So brandmarkt er die Manöver der Kontrerevolution: „Damit die Fürsten ruhig schafen können, ist nöthig, daß alle Republikaner in Deutschland ermordet werden. Zu dieser Bartholomäusnacht treffen die Schergen des Fürstenthums jetzt schon ihre Anstalten. Gewisse Blätter kündigen die Mordnacht schon an, indem sie sagen, die Republikaner bereiteten Aufstände vor, man müsse ihnen zuvorkommen. In Nürnberg werden alle Vorbereitungen zur Beschießung getroffen. Dabei kein Exzeß der Bevölkerung oder der Demokraten. Es darf vielmehr behauptet werden, daß das Interesse für Politik und die Vereinsversammlungen auf einen großen Teil der Bevölkerung einen sittlichen Einfluß ausübte." Die Reaktion aber will das Volk zu Exzessen herausfordern, um das Standrecht zu proklamieren, so wurden plötzlich 2—300 Erdarbeiter entlassen. „Welch ein greuelvolles, unsittliches, scheußliches,

---

[1] Freier Staatsbürger 1., 4., 11. März, 30. April.

verworfenes System ist das, welches sich nur dadurch fristen kann, daß es Exzesse provoziert." Und dann fällt die letzte Hülle, der Freie Staatsbürger macht aus seinem Herzen keine Mördergrube: „Dem fränkischen Volksstamm ist durch die neueste Erklärung der kgl. bair. unverbesserlichen Staatsregierung eine historische Rolle zugefallen. . . . Die Aufgabe des fränkischen Volkes ist die That." Und als mehrere Mitglieder des Arbeitervereins die Veranstaltung eines Balles gewünscht hatten, bemerkt er dazu, es sei allerdings Zeit, einen Ball zu veranstalten, nicht im Tanzsaal sondern auf dem Feld der Ehre, wo es einen schönen Reihen zu tanzen gebe und Schwerterklang die Musik ersetzen könne. Übrigens nichts charakteristischer für die gutmütige, zahme Stimmung und die politische Verständnislosigkeit und Unreife weiter Kreise als ein solches Verlangen in so ernsten Tagen.

Von größter Bedeutung wird nun der Kongreß der fränkischen demokratischen Vereine in Bamberg am 29. April unter dem Vorsitz Diezels. Der stellte dort den Antrag, Aufrufe an das fränkische Volk und an die Soldaten im Namen der fränkischen Demokratie zu erlassen. In dem Aufruf an das fränkische Volk heißt es in der von Diezel vorgelegten Form: „Wir fordern Euch auf, in jeder Stadt, in jedem Dorf in Volksversammlungen Euren Willen kräftig auszusprechen, Ausschüsse zu wählen und diese zur Leitung der großen Bewegung zu ermächtigen, welche von einem Ende Frankens bis zum andern sich fortpflanzen wird. Eine Versammlung von Abgesandten aus allen fränkischen Gauen wird bald dem Willen des Volkes einen einheitlichen Ausdruck geben, und wenn die Regierung es wagen sollte, das Aussprechen dieses Willens mit Gewalt zu verhindern, so wird das Volk in Masse aufstehen und den Beweis liefern, daß der kräftige Wille eines einigen Volkes alle Hindernisse vor sich niederwirft."

Die unter den Kongreßmitgliedern herrschende Erregung wurde noch gesteigert durch die eben eintreffenden Nachrichten von der Auflösung der preußischen und hannöverschen Kammer und durch den Aufruf mehrerer Abgeordneter der Frankfurter Linken an ihre Kollegen, sich sofort auf ihren Posten einzufinden. Jetzt, wähnte man, sei der Augenblick gekommen, wo sich die sogenannten gesetzlichen Vertreter des Volkes gegen die Gesetzlosigkeit der Fürsten an die Spitze des Volkes stellen würden. Man erinnerte sich, daß in wenigen Tagen eine Versammlung von Abgeordneten der Mehrheit der bairischen Kammer in Nürnberg stattfinden sollte. An sie richtete man die folgende Adresse: „Der in Bamberg versammelte Kongreß der fränkischen Demokratenvereine spricht gegen die Abgeordneten der Majorität der bairischen Volkskammer und namentlich gegen diejenigen aus Franken die bestimmte Erwartung aus, sie werden unter dem Eindruck der neuesten bairischen Erklärung und der gegen die Volksvertretung in ganz Deutschland ergriffenen Gewaltmaßregeln sich sofort, einstweilen in Nürnberg, konstituieren, öffentlich über das, was jetzt zum Schutz der deutschen Freiheit durch das Volk geschehen muß, sich beraten und sich permanent erklären, bis entweder die Reichsverfassung in Baiern unbedingt anerkannt oder der Zusammentritt der bairischen Volkskammer möglich wird". Die Deputation, die diesen Beschluß den in Nürnberg versammelten Abgeordneten überreichte, wurde mit einigen honnetten Redensarten abgefertigt.[1]

Endlich wurde noch eine Ansprache „an unsere Mitbürger im Heer" angenommen. Da dieser Aufruf eine versteckte Aufforderung zum Treubruch enthielt, ließ ihn der Magistrat, als er eben als Plakat gedruckt werden sollte, konfiszieren „als Auf-

[1] Der Bericht über den Kongreß nach Diezel: Baiern und die Revolution, S. 273.

reizung zu staatsverrätherischem Aufruhr". Das bezeichnet dann der Freie Staatsbürger als Verleumdung, da der Aufruf nur zu „Demonstrationen" aufforderе. Es sei dies ein neuer Beweis, wie Recht und Freiheit von dieser Regierung und ihren Schergen mit Füßen getreten werde; die Vereine sollten die Ansprache möglichst rasch nach dem Freien Staatsbürger drucken und verbreiten lassen. Weiter sagt der Freie Staatsbürger: Man will hier den Belagerungszustand an den Haaren herbeiziehen, v. Welden organisiert ihn. In den Kasernen werden die Soldaten fanatisiert.

Die Behörden, voran Welden, hatten den Ernst der Lage erkannt. Neue Verstärkungen kamen, Chevauxlegers aus Ansbach und Neumarkt, Artillerie aus Triesdorf; die Burg wurde mit Kanonen besetzt, und nicht nur Alarmkanonen, das Rathaus und die Kirchen von Posten bewacht, die Garnison in Bereitschaft gehalten, die Beurlaubten einberufen. Auf diese Maßregel gibt der Freie Staatsbürger die Antwort: „Die Zeit des Handelns ist gekommen, und jeden Tag kann der Ruf zu den Waffen erschallen. Die Fürsten spielen die letzte Karte aus, das Volk wird sich bereit zu halten haben." In richtiger Erkenntnis der Lage begab sich Welden selber nach Nürnberg und traf persönlich alle Maßregeln zur Sicherung der Stadt; darob sollen die Wohlgesinnten in Ansbach besorgt fragen: Wer wird künftig deine Kleinen lehren, Speere werfen uud die Götter ehren?[1] Der Nürnberger Magistrat beschwor seine lieben Getreuen väterlich, kein Unheil anzurichten und die Versammlung am 2. Mai nicht zu besuchen. Kräftiger fuhr Welden drein: „Die Feinde der öffentlichen Ruhe und Ordnung wollen die Bewohner Nürnbergs zur Revolution bewegen und die traurigen Vorgänge in Sachsen nachahmen. Wir leben in einer Zeit der politischen Begriffs-

[1] Nürnberger Kurier 7. Mai.

verwirrung, wo Selbstgetäuschte wieder Andere täuschen und so mit sich in den Abgrund des Verderbens ziehen. Vertraut auf den Landtag. Volksversammlungen mit Mordwerkzeugen werden unterdrückt und bestraft."

Unbeirrt aber hetzt der Freie Staatsbürger weiter: „Herr v. Welden, der böse Dämon Mittelfrankens, organisiert vom Roten Roß aus die bewaffnete Kontrerevolution. Sollen wir warten, bis uns die Schlinge um den Hals gelegt wird? Die Revolution ist von der Ehre geboten, man lasse sich nicht einschüchtern durch kriegerische Rüstungen, man halte nicht für Stärke, was nur maskierte Schwäche ist. Die Soldaten werden nicht gegen ihre Brüder kämpfen. Die Bürgerschaft Nürnbergs wird den Mut haben, Deutschland ein großes Beispiel zu geben. Eine Tat, und es kann Nürnberg die Ehre zufallen, die Nationalversammlung in seinen Mauern zu empfangen. Blickt auf die Rheinpfalz, die von Bayern abfallen will. Glaubt, daß sofort bei einer Erhebung Frankens Hülfe kommt von Baden, Thüringen, Hessen-Darmstadt, Kurhessen. Ein Sturmwind jagt die bayrische Regierung weg, sie steht nur auf Pfaffentrug und Bureaukratenwirtschaft. Was in diesem Augenblick Nürnberg zum Widerstand täte, wäre für ganz Franken getan."

So knüpften sich alle Hoffnungen und Befürchtungen an die Volksversammlung vom 2. Mai, nach dem Freien Staatsbürger „eine der großartigsten und bedeutungsschwersten Demonstrationen". Alle Innungen und Vereine auch der Umgegend zogen mit ihren Fahnen in stundenlangem Zug nach dem Judenbühl, an 15000 Männer. Dort eröffnete der Abg. J. Schmitt die Versammlung mit einem Hoch auf die Freiheit, damit es hintöne nach Nymphenburg zu den Ohren eines übelberatenen Königs, damit er erkenne, was das fränkische Volk wolle. Das Volk steht auf dem Boden der Reichsverfassung, wer also sind die Rebellen? — die Fürsten! scholl es tausendstimmig zurück.

Dann sprach er noch davon, daß der Bamberger Kongreß für den äußersten Fall an eine Lostrennung Frankens von Baiern gedacht hätte — öfter als zehnmal erscholl der begeisterte Zuruf, daß das Volk alles wagen wollte —, aber dazu sei es noch nicht Zeit, die Nationalversammlung, die Reichsgewalt müsse dabei mitwirken. Ähnlich mahnte auch der Vorstand des Arbeitervereins Stettner, Ruhe und Gesetzlichkeit zu wahren, „bis es Zeit zum Handeln wäre". Und das Ende vom Lied: Schwarz legt die übliche Adresse vor mit der Forderung der Entlassung des Ministeriums. Der Abg. Tröger rügt, daß darin der Ausdruck Ew. Majestät enthalten sei, er kenne keine andere Majestät als die des Volks. Schmitt schloß mit der Erwartung, daß das fränkische Volk in den Soldaten seine Brüder sehe, und daß diese, trotzdem sie an der Versammlung nicht hätten teilnehmen dürfen, doch den brüderlichen Zuruf vernehmen würden. Bei der Rückkehr in die Stadt brachten die Teilnehmer der Versammlung den Soldaten an der Wache des Laufertors ein Hoch, was von diesen erwidert wurde.

Und der Freie Staatsbürger — der schreibt resigniert: Die Aufregung in der Stadt hat sich gelegt, trotzdem daß die Umstände, die die Erregung hervorriefen, sich nicht änderten. Mit der gemütlichen Philisterhaftigkeit der Adressen und mit der Aufforderung, entscheidende Nachrichten aus der Pfalz und die nächste Volksversammlung am 13. Mai abzuwarten, ist die Bewegung auf eine unbestimmte Zeit vertagt.

Anders die Mittelfränkische Zeitung, die in den letzten Zeiten recht kleinlaut wurde, als die Kanonen kamen. Jetzt jedoch, wo die Versammlung den Mund so voll genommen hatte, wirft sie sich mutig in die Brust, reißt die Flinte von der Wand und stürmt hinaus zum Kampf und Tod für die Freiheit — aber mit der Devise: Immer langsam voran! Was haben jetzt die drei Franken zu tun? Zunächst wollen wir noch einmal

Versammlungen halten und Adressen an den Thron bringen, ehe wir ihn auf dem vulkanischen Boden der Zeit seinem Schicksal überlassen. Dann laßt uns kampfgerüstete Bürgerwehren bilden zum Schutz der Reichsverfassung, die Pflugschar und die Sense müssen zum Schwert werden, wenn man uns länger knechten will. Als letztes Wort des Friedens Monstredeputationen nach München: Entweder unbedingte Anerkennung der Verfassung oder Frankens Provinzen stehen allein zur deutschen Sache und weihen sich mit Weib und Kind eher dem Tode, als daß sie die Knechtschaft aufs neue auf sich laden. Sollte dies nicht gehört werden, so ziehen wir heim und warten auf den Moment, in dem ganz Deutschland sich erheben wird. Will man uns Söldnerheere in unsere Gaue legen, dann erinnern wir unsere Söhne im Heer an ihre Pflichten gegen Vater, Mutter, Bruder, Schwester. Wenn man nicht anders will, laßt uns den Kampf auf Leben und Tod wählen. Der Artikel schließt mit den geschmackvollen Worten: „Russen- und Dynastieenfurcht brauchen wir nicht zu haben, wenn wir Schwaben werden; wo Schwaben sind, kommen die Russen nicht auf".

Einen Tag nur hatte der Freie Staatsbürger die Fassung verloren, dann bricht der alte Fanatismus wieder durch. Das seit Jahrzehnten in Nürnberg liegende 5. Infanterieregiment soll wegen demokratischer Bestrebungen und Sympathieen mit der Bürgerschaft ausmarschieren, entweder gegen die Pfalz oder zur Sprengung der Nationalversammlung. Die Nürnberger sollten doch ernstlich den Ausmarsch verhindern. In ähnlichen Fällen sei es dabei schon öfters zu Unruhen gekommen. Überhaupt soll damals der Geist der fränkischen Soldaten der Demokratie günstig gewesen sein; es war nicht ein Geist der Meuterei, sondern des Patriotismus und der Freiheit, der sie beseelte. Der Freie Staatsbürger und die Mittelfränkische Zeitung

bringen einen Aufruf[1], der von einer Abordnung fränkischer Soldaten, die zu ihrer Truppe in Eichstädt einrücken mußten, dem Nürnberger Komitee übergeben worden war. Seine Echtheit ist trotz den ausdrücklichen Versicherungen Diezels nicht über alle Zweifel erhaben. Er lautet im Auszug: „Männer in Franken! Eure Heimath will man Euch zur Hölle machen, Euer Vaterland will man zu einem Sklavenstaate machen? Euer heiligstes Gut, die Freiheit, will man Euch rauben, morden? Und Ihr schlaft noch? Ihr greift noch nicht zu den Waffen? Blickt hin nach Rheinbayern, blickt beschämt hin! Dort haben sie die Sklavenketten zerhauen; sie haben eine provisorische Regierung eingesetzt; sie haben ihre Söhne unter dem Militär zurückberufen! Ihr sendet faule Adressen ab und bittet, Seine Majestät möge huldvollst geruhen, die Reichsverfassung anerkennen zu wollen, es möchte sonst bei der aufgeregten Stimmung des Volks schlimme Folgen haben. Ja, es wird schlimme Folgen haben, es wird Blut fließen, viel Schurkenblut, viel Bubenblut, aber auch viel Männerblut! Fliege hin, du Ruf, nach Nymphenburg, zu dem Thron des Königs; er möge hören, wie sein Heer gesinnt ist! König! Wenn Du Kämpfer brauchst gegen einen äußern Feind, dann verlasse Dich auf uns, wir werden kämpfen bis auf den letzten Blutstropfen. Wenn Du aber Kämpfer brauchst gegen die Freiheit, gegen unsere Väter, Brüder und Freunde, gegen unsere Mütter, Schwestern und Bräute, dann, König, verlasse Dich nicht auf Dein Heer, auf die Kinder des Volkes. Zugleich ein Lebewohl an Euch, Franken! Wir gehen mit knirschenden Zähnen in unser Sklavenhaus, weil wir wissen, daß man uns nicht gegen einen äußern Feind führt, sondern gegen das Volk. Wir müssen dem Zwangsbefehl folgen, weil Ihr uns nicht zurückbleiben heißt. Der

[1] Abgedruckt bei Diezel: Baiern und die Revolution, S. 280 f.

Kampf wird in wenig Tagen losbrechen, wir wünschen und hoffen es. Bleibt standhaft, seid mutig! Dieß rufen Euch Eure Brüder und Söhne zu, die wieder königliche Soldknechte werden sollen. Ihr seht uns als schon freie Männer, oder mit Euch für die Freiheit kämpfend, wieder. Lebt wohl! Die beurlaubten Soldaten in Franken."

Der Fanatismus des Freien Staatsbürgers[1] und Diezels — denn er ist es wohl, der sich hinter den verschiedenen Chiffren verbirgt — artet in Scheußlichkeiten aus in dem Artikel gegen den „Mordhund von Sanssouci" und seine in Sachsen einrückenden Truppen, diese „reißenden Bestien, giftiges Ungeziefer": „Ein Schwur insbesondere muß jetzt das ganze Volk, Jung und Alt, Greise und Kinder, Frauen und Jungfrauen durchzittern, der heilige Schwur: Jeder fremde Soldat, der gegen einen für seine Freiheit aufgestandenen Volksstamm als Scherge des Despotismus die Waffen führt, hat seine Menschenrechte verwirkt; gleich einem giftigen Insekt ist er unschädlich zu machen, sey es im Felde, sey es im Quartier, ja selbst im Schlafe." Es wird ein verzweifelter Kampf werden, „denn die Hyänen, welche die Völker regieren, lieben den Leichengeruch und haben Wohlgefallen am rauchenden Blute des Volkes".

Am Nachmittag des 9. Mai rückte plötzlich Militär im Eilschritt aus in der Richtung nach Lauf. Ungeheuerliche Gerüchte durchschwirrten die Stadt, die Bauern ständen bewaffnet im Wald hinter Mögeldorf und wollten nach Nürnberg vorrücken. Die Ursache war, daß in der Frühe ein Unbekannter in die dortigen Dörfer gekommen war mit der Aufforderung, der Stadt Nürnberg, wo die Freikorps aufgehoben und andere Gewaltmaßregeln getroffen werden sollten, schleunigst zu Hilfe

[1] Freier Staatsbürger 11. Mai.

zu ziehen. Mittags fanden sich dann mehrere hundert bewaffnete Bauern bei Mögeldorf ein, wurden jedoch sofort durch die Vorstellungen besonnener Männer zur Heimkehr bewogen, so daß das Militär nicht einzuschreiten brauchte.

Neuer Stoff zur Beunruhigung ergab sich, als die in der Stadt liegenden Truppenteile, wohl um sie den Einwirkungen der Demokraten zu entziehen, bei anhaltendem Regenwetter im Freien lagern mußten. Der Freie Staatsbürger versichert, daß man durch die Entbehrungen eines Biwaks die Soldaten zum Haß gegen das Volk aufreizen wolle. Wir sollten uns rühren, um unsere Brüder im Heer vor diesen raffinierten Mißhandlungen zu schützen. Das Komitee für Volksversammlungen erläßt eine Aufforderung, die Bürger sollten die Soldaten in ihre Häuser aufnehmen, und sofort stehen Hunderte von Wohnungen bereit. Das Kommando lehnt das Anerbieten jedoch dankend ab, weil dadurch der Dienst zu sehr erschwert werde. Und mit immer neuen Mitteln weiß der Freie Staatsbürger die Soldaten anzulocken: „Wir bieten Euch Freiheit vom Junkerregiment. Es lebe die Gleichberechtigung aller Soldaten zu allen Stellen im Heer. In acht Tagen ist keine Löhnung mehr da, dann seid Ihr dem Hunger preisgegeben.“

Immer näher schien die blutige Entscheidung zu rücken: „Im Bewußtseyn unserer physischen Kraft und warmen Vaterlandsliebe“ beschließt der Arbeiterverein, um dem Verlangen nach Anerkennung der Reichsverfassung mehr Nachdruck zu geben, sich mit Sensen zu bewaffnen, und bittet um Beiträge und Waffen für seine 300, in zwei Kompagnien mit selbstgewählten Offizieren eingeteilten Mitglieder. Ein neugebildetes Scharfschützenkorps bittet ebenfalls um Geld und disponible Stutzen. Beide Korps werden aber sofort von der Behörde verboten, worauf es der Arbeiterverein jedem einzelnen überläßt, sich zu bewaffnen.

So schürzte sich der Knoten in der Tragikomödie. Auch hinter den Kulissen spielte sich damals eine wenn auch nicht so geräuschvolle Handlung ab. Das Komitee für Volksversammlungen hatte eine Zeitlang die Führung an die politischen Vereine abgegeben, war dann wieder zusammengetreten und jetzt der Mittelpunkt der Bewegung geworden. Hier nun hatte man den schon vorher im Freien Staatsbürger angeregten Beschluß gefaßt, die Nationalversammlung um Entsendung von Reichskommissaren anzugehen, damit diese die Leitung der Bewegung und zugleich die Verantwortung übernehmen sollten, da man sich über die nächsten Mittel nach den Adressen nicht klar war und jedenfalls vor entscheidenden Schritten zurückbebte. In diesen Tagen hatte auch die Linke des Parlaments den Ruf zu den Waffen ergehen lassen, und der eben in Frankfurt versammelte Vertretertag der Märzvereine hatte darin eingestimmt. So verlief bis jetzt die Bewegung in Franken parallel zu der in der Pfalz — die großen Landesversammlungen in Nürnberg und in Kaiserslautern am 2. Mai, das Verlangen nach Reichskommissaren —, nur daß die pfälzische von Anfang an ein mehr revolutionäres Aussehen hatte, während die Franken jetzt erst die Entwicklung der Dinge in der Pfalz abwarten wollten. Auf der Versammlung in Neustadt a. d. H. am 6. Mai, die endgültig die Revolution und Republik für die Pfalz proklamierte, überbrachten Abg. Morgenstern aus Fürth und Abg. J. Schmitt aus Nürnberg, dieser zur Deputation gehörig, die die Reichskommissare erwirken sollte, Grüße aus Franken; auch sollen sie für die Republik gesprochen haben.[1] Doch ist nicht daran zu denken, daß ein gemeinsamer Aktionsplan verabredet

[1] Der Wortlaut ihrer Reden ist nicht zu finden, die Deutsche Zeitung vom 9. Mai berichtet bloß: Noch drei Redner riefen zum sofortigen Aufstand auf. Schmitt hat jedenfalls die prächtige Gelegenheit große Worte zu sprechen nicht vorbeigehen lassen.

wurde; über allgemeine Redensarten werden die Franken nicht hinausgegangen sein.

Inzwischen mochte die Anhäufung von Truppen und der Fanatismus gewisser Leute doch manche zur Besonnenheit gebracht haben. Denn als am 9. März das Komitee neu gewählt und bei der ernsten Lage von 25 auf 35 Mitglieder verstärkt worden war, drangen die neu hinzugewählten Männer, unter denen sich auch liberale Bourgeois wie der Redakteur des Nürnberger Kuriers E. Feust befanden, mit einem Protest gegen die Berufung der Reichskommissare durch, worauf sogleich der Freie Staatsbürger vor der verräterischen Bourgeoisie warnte: man wolle anscheinend die Fränkische Bewegung in das zurücklenken, was die Philister „gesetzliche Bahn" nennen. Unbeirrt durch die Angriffe der Radikalen teilte dann, da falsche Gerüchte in der Stadt umliefen, das Komitee zur Aufklärung mit, daß die Versammlung vom 13. Mai nur mit gesetzlichen Mitteln operieren werde — das Wort gesetzlich wiederholt sich zehnmal in der Erklärung —, und daß niemand bewaffnet erscheinen dürfe. Ebenso erließ der Regierungspräsident wieder eine kräftige Erklärung.

Wenig Glück hatte man mit dem Gesuch an die Nationalversammlung gehabt. Der Adresse waren Beilagen mitgegeben, damit man in Frankfurt den Gang der fränkischen Bewegung für die deutsche Sache ersehen könnte: „Schon vernahm man Abfall, Lostrennung, Reichsunmittelbarkeit, und leicht könnte die entschiedene Haltung der Pfalz Nachahmung finden". „Wir bitten um eine Reichskommission von drei Mitgliedern der Nationalversammlung, die im Namen der Zentralgewalt die Bewegung in die Hand nehmen und leiten sollen. Sendet uns Männer, die das Vertrauen des hiesigen Volks genießen, die Namen Vogt, Simon von Trier und Raveaux haben guten Klang in Franken. Kommt die Kommission rechtzeitig, so ist

Alles gewonnen, — Alles gewonnen ohne Blut." Der Abgeordnete v. Reden begründete den Antrag, das Reichsministerium zur sofortigen Absendung der Reichskommissare aufzufordern im Sinne des unterm 10. Mai gefaßten Beschlusses (Antrag Redens vom 10. Mai, das Volk zur Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung aufzufordern und die Bewegung in Schutz zu nehmen). Die Reichsregierung wollte jedoch davon nach dem mißglückten Experiment mit Eisenstuck in der Pfalz nichts mehr wissen und kam mit dieser Ablehnung nur der veränderten Gesinnung der Nürnberger Führer entgegen. Wenn der Hauptredner der Linken K. Vogt mit nach Nürnberg kam, so kam er als Privatmann.

Der große Tag Frankens war gekommen: An 50 000 Männer aus mehr als 150 Gemeinden strömten an jenem Sonntag, dem 13. Mai, auf dem Judenbühl zusammen, viele auf festlich geschmückten Wagen, Abordnungen kamen aus den meisten Städten Frankens, aus Schwaben und Koburg, an dreißig Fahnen flatterten über dem Zuge. Schmitt als Vorsitzender ermahnt zur Ruhe und Ordnung, was einstimmig versprochen wird. Die Adresse der letzten Versammlung wird noch einmal angenommen, ebenso die Beschlüsse der bairischen Abgeordneten in Frankfurt, die den Widerstand der Regierung gegen die Reichsverfassung als „strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene gesetzliche Ordnung, jeden gewalttätigen Angriff hierauf als Hochverrat gegen die deutsche Nation" brandmarken. Jeder Bürger verpflichtet sich, mit Gut und Blut für das Reichsgrundgesetz einzustehen und jeden Angriff hierauf, mag er kommen, woher es auch sei, durch die Tat abzuwehren. Das Volk erklärt es für heilige Pflicht der Abgeordneten, in der Nationalversammlung auszuharren und einer Abberufung etwa durch die bairische Regierung nicht Folge zu leisten. Das Volk erklärt, daß es seine Abgeordneten allerwärts und unter

allen Umständen schützen werde. Schmitt läßt nun schwören. Fünzigtausend entblößen ihr Haupt, erheben die Rechte: „Ich schwöre Treue der deutschen Reichsverfassung, so wahr mir Gott helfe". In dem Augenblick, wo das Volk rief „ich schwöre" brach ein heller Sonnenstrahl durch das Gewölk, als wolle Gott ein Zeichen geben, daß dieser Schwur zum Himmel gedrungen, daß er Richter sein werde zwischen Volk und Fürsten. Jede Brust hob sich, das Herz schlug höher, in manchem Mannesauge sah man Tränen.[1]

Von unbeschreiblichem Beifallssturm empfangen beginnt der „Liebling des Volks" Vogt seine Rede. Er weist hin auf Sachsen, auf Dresden. Ohne Organisation, einem gut organisierten Militär gegenüber muß das Volk unterliegen. Der ist ein Verräter, der vereinzelte Unternehmungen beginnt, der das Volk in einen Verzweiflungskampf stürzt. Erst wenn alles fruchtlos ist, kommt die Zeit, die Hand ans Schwert zu legen, aber dann übereinstimmend, kräftig, vorbereitet. Die Regierung in ihrem Bollwerk auszuhungern, das ist euer Weg. Wenn sie dem Willen des Volkes nicht nachgibt, verweigert ihr die Mittel zu weiterer Existenz. Die Steuerverweigerung muß sie zum Nachgeben zwingen. Aber sie wird Bundesgenossen finden, wie Sachsen an Preußen. Für diesen Fall müßt ihr euch rüsten. Schafft Waffen an. Dann tritt das Gesetz der Notwehr ein:

Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht;
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte.

Hierauf wird wieder eine Adresse an den König beschlossen, obwohl dieser die Annahme der letzten aufs schroffste verweigert

[1] Mittelfränkische Zeitung 15. Mai.

hatte: „König der Bayern! Weisen Sie diese treugemeinte Stimme des Volkes nicht zurück, rufen Sie nicht den Bürgerkrieg wach.“ „Das fränkische Volk verlangt von Ihnen, daß Sie die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung sofort aussprechen.“ Ein Redner wendet sich besonders gegen den Minister v. d. Pfordten, der in Sachsen aus der Pforte hinausgeschmissen worden sei, der auf Reisen nach Ministerstellen gehe, wie ein Handwerksbursch nach Arbeit; wenn er überall wie in Sachsen 3000 fl. Pension erhalte und überall so lange Minister bleibe wie in Sachsen, werde er in zwei Jahren 100000 fl. Pension beziehen. Schmitt schließt dann die Versammlung mit Hochrufen auf das Heer, die Reichsverfassung, die Abgeordneten der Paulskirche, auf Vogt und seine Freunde. „Wenn ein Volk, das man durch ungeeignete Maßregeln noch aufzureizen sucht, eine solche Haltung bewahrt, wie die ungeheure Versammlung sie zeigte, wahrlich dann steht es so hoch und erhaben seinen Feinden gegenüber, daß der Sieg ihm nicht fehlen kann. Fahre so fort, wackres, braves Volk! Gott ist mit dir, er wird dir beistehen im Kampfe, den du für Recht und Freiheit führst.“ Mit diesen aus tiefem Herzen kommenden Worten schließt die Mittelfränkische Zeitung die Sondernummer, die sie dem großen Ereignis gewidmet hat.

Hat das fränkische Volk die Revolution gewollt? Diese Frage aufwerfen heißt sie verneinen. Alle diese letzten Veranstaltungen waren doch nur als moralische Mittel gedacht und von der weitaus größten Mehrzahl der Bevölkerung als solche betrachtet. Mochten immerhin die Herren Schmitt und Konsorten säbelrasselnd einherstolzieren und Ströme Blutes auf den Rednerbühnen verspritzen, die Massen jubelten den Kraftworten zu, ohne sich für die Tat zu verpflichten. Und diese breiten Massen sehen wir vereint, beseelt von den Gedanken der Einheit und Größe ihres Vaterlandes, durchglüht von reinem

Idealismus, mit kindlichem Vertrauen ihren Führern anhangend, ein erhebendes Bild, bei allen Unbeholfenheiten und Lächerlichkeiten, die mit unterlaufen mögen. Jedoch, daß nicht alle sich an der Milch der frommen Denkungsart genug sein ließen, das bewies nicht nur der Freie Staatsbürger allein. Die Behörden mochten schon einigen Grund haben zu der Befürchtung, daß die Republikaner sich durch einen Handstreich in Nürnberg festsetzen könnten, um von hier aus ganz Franken zu revolutionieren. Und wenn es dann einem verwegenen Haufen gelang, die aufgewühlten, schwankenden Massen zu verführen, zu entflammen, herüberzureißen, noch dazu wo die Landwehren und wenigstens das 5. Infanterieregiment unsichere Kantonisten waren! Erinnern wir uns, daß an eben dem 13. Mai die große Offenburger Volksversammlung das Signal zum badischen Aufstand gab. Ja wenn Franken in gleicher Weise wie Baden von Vereinen durchzogen gewesen wäre, die dem Nürnberger politischen Verein nacharteten! So glichen sie aber doch mehr dem piepmeyerischen, maulheldischen, vor Taten zurückschreckenden Volksverein. Ferner fehlte es auch an den Männern zur Revolution. Ob Diezel der Gewandtheit seiner Feder eine solche im Barrikadenbau zur Seite hätte setzen können, steht doch noch sehr dahin. Den andern Krakehlern erschienen blaue Bohnen als ein schwer verdauliches Gericht.

Franz Mehring[1] glaubt im Anschluß an Diezel, daß der „Reichsweinschwelg" die fränkische Revolution in Nürnberg abgewiegelt habe, weil ihm die nötigen Garantieen für seine persönliche Sicherheit fehlten. Nun sprach aber doch damals die Macht der Tatsachen, verstärkt durch 17 000 Bajonette, eine so deutliche Sprache, daß auch der hirnverbrannteste Fanatiker, wenn anders ein Rest von Verantwortlichkeitsgefühl für nutz-

[1] Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Bd. II, S. 162.

und sinnlos hingeopfertes Bürgerblut in ihm lebte, nicht anders handeln durfte. Hatte die Regierung in der Pfalz ihre Pflichten schmählich vernachlässigt, so sorgte sie in Franken wohl auf Antrieb Weldens um so besser. Sie ließ den Demokraten soviel Freiheit, daß sich die revolutionären Instinkte in ungezählten Reden und Adressen austoben konnten, allem weiteren beugte sie vor; ihr ist auch wesentlich mitzuverdanken, daß die Kanonen auf der Burg droben nicht in Tätigkeit zu treten brauchten. Auffallend ist, daß der Korrespondent und der Nürnberger Kurier die ganze Bewegung eigentlich ignorieren und nur mit Spott und Hohn von den Regierungsmaßregeln zu berichten wissen, ohne sich über die Gefährlichkeit der Lage im klaren zu sein. Richtiger schätzte diese die Regierung ein, als sie nach und nach um Nürnberg ein ganzes Armeekorps, etwa 17000 Mann, versammelte. Diese, im Gegensatz zum Regiment in der Stadt, dem König treuergebenen Bauernburschen hätten nicht viel Federlesens mit den Demokraten gemacht.

Und der Freie Staatsbürger[1], der noch kurz vor der Versammlung geschrieben hatte, man solle sich noch einige Tage organisieren, dann „hoffen wir das Zeichen zum allgemeinen Kampf zu erhalten“, — er freut sich jetzt, daß es Welden wieder nicht gelungen sei, einen Krawall zu provozieren. Im übrigen aber sei jetzt die schönste Zeit für ihn vorüber, schon bricht das Unglück herein. Der vergiftete Pfeil, den er gegen die preußischen Schergen abgeschossen hatte, sollte sich gegen den Schützen kehren. Eines schönen Tages erschienen in der Redaktion mehrere Offiziere, die alle Exemplare der betreffenden Nummer durch ihre Burschen, um das „Saublatt“ nicht selber in die Hand nehmen zu müssen, aufkaufen ließen. Damit wollten sie dann ihre Mannschaften fanatisieren. Angeblich

[1] Freier Staatsbürger 13., 14., 15., 17., 19., 26. Mai.

wurde auch den Soldaten erzählt, die Bürger hätten sie in ihre Wohnungen nehmen wollen, um sie zu vergiften. Nachts kommen dann noch mehrere Chevauxlegers, um den Redakteur Lang zu verhauen, fanden ihn aber nicht und prügelten dafür einen andern.

„Ein Gewaltschritt ohne Gleichen", rief der Freie Staatsbürger am 14. Mai, als sein Redakteur verhaftet wurde, und alle Papiere in Beschlag genommen wurden. Nachdem er einige Tage sein Erscheinen hatte einstellen müssen, geht es bald wieder weiter im alten Ton gegen die preußischen Truppen, „die ärger gehaust hätten als die verwilderten Söldlinge im dreißigjährigen Krieg", und gegen die Nürnberger Bourgeois mit ihrer „Gesetzlichkeit": „Auch in Franken ist die Bewegung von der Bourgeoisie verraten, vom Kleinbürgertum verhunzt und verpfuscht worden". G. Diezel, in Sachen Lang vorgeladen, antwortete unter vielen Beteuerungen seines Mannesmutes, daß er nicht kommen werde, da er dies „sich, seiner Sache und seiner Partei schuldig sei". Ein paar Tage später lesen wir im Korrespondenten einen Steckbrief gegen G. Diezel, 31 Jahre alt, untersetzt, gebürtig aus Mergentheim, verdächtig der Aufforderung zum Aufruhr, Aufenthalt unbekannt. Er hatte sich von Bamberg, wo er seit der Ausweisung aus Nürnberg lebte, nach Koburg in Sicherheit gebracht. Dort wurde er aber trotz des Wutgeheuls des Freien Staatsbürgers an Bayern ausgeliefert und vom Schwurgericht in Augsburg zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, die er auch absaß. Die nächsten Jahre hatte er dann unter fortwährenden polizeilichen Chikanen zu leiden; an allen Orten verfolgt, verhaftet, ausgewiesen, mußte er schwer für seine Sünden büßen.[1]

[1] Damals hätte er es sich wohl nicht träumen lassen, daß er bald in einem fürstlichen Schloß als geschätzter Gast eines Herzogs wohnen würde. Er hatte 1853 in einer Broschüre: Rußland, Deutschland und

Noch einmal machte man einen Versuch, den König umzustimmen. Magistrat und Gemeindekollegium schickten je zwei Deputierte nach München, um für die Anerkennung der Reichsverfassung zu wirken. Die Minister, sehr kordial, begegneten der Bemerkung, daß die Ablehnung Unruhen in Franken hervorrufen würde, mit dem Hinweis auf die 600 Adressen aus Altbaiern, die gerade die Ablehnung forderten, also müßten dort Unruhen bei der Annahme ausbrechen. Der König empfing sie kurz, aber herzlich und wies sie auf die Erklärung der Minister hin. Alsdann kehrte die Deputation wieder heim. Völlige Ratlosigkeit kennzeichnete auch die Tagung der konstitutionellen Vereine Frankens am 20. Mai in Nürnberg. Man müsse eben zuwarten; die republikanische Bewegung wolle man nicht und die Fürsten könne man nicht unterstützen. Die einheitliche Spitze sei festzuhalten, dagegen könne man das allgemeine Wahlrecht ohne Zensus nicht gutheißen. Allgemein beklagt man sich über die Lauheit der Besitzenden.

Am Tage vorher hatten 5—600 Soldaten des 5. Infanterieregiments eine Versammlung auf dem Judenbühl abgehalten, zu der sich auch viele Zivilpersonen eingefunden hatten. Als Redner traten nur Soldaten auf: Sie wollten nichts gegen die Monarchie und Disziplin unternehmen, sie hätten dem König, aber auch der Verfassung zugeschworen und könnten in ihren Vätern und Brüdern, in ihren Mitbürgern keine Feinde sehen. Die Unter-

die östliche Frage ohne jeden Radikalismus auf die Gefahren bei einem Siege Rußlands hingewiesen. Durch diese Schrift eingenommen ließ Ernst II. von Koburg den „guten Schwaben" kommen, nachdem ihm dieser ehrlich seine politischen Verirrungen und Leiden geschildert hatte. Die Ankunft des „Tendenzbären der demokratischen Partei" in Koburg rief dort einige Aufregung hervor. Diezel widmete dann seine Dienste dem eben (Mai 1853) gegründeten literarisch-politischen Verein des Herzogs. Ein früher Tod war ihm beschieden, er ertrank in Ostende beim Baden. Ernst II.: Aus meinem Leben, Volksausgabe, S. 351.

offiziere versicherten darauf sofort in den Zeitungen ihre Königstreue und erklärten jene Redner für nichtswürdige, zur Ausstoßung reife Subjekte, mit denen sie keinen Verkehr mehr hätten.

Für den nächsten Tag, den 20. Mai, hatte der Arbeiterverein alle Turn- und Gesangvereine, Arbeiter, Land- und Stadtwehrmänner zu einem Verbrüderungsfest mit dem Militär auf dem Burgzwinger eingeladen. Es kamen meist Infanteristen. Die Soldaten werden mit Bier regaliert, man wechselt die Hüte und läßt die Reichsverfassung immer wieder hochleben. Das Fest ging ohne Störung vorüber; zur Vorsicht hatten die Behörden einige Schwadronen aus Ansbach kommen lassen. Weil nun das Fest so schön verlaufen war, setzte man für den folgenden Abend eine Nachfeier an. Dabei erschienen auch Chevauxlegers und Artilleristen, die sich zu einem fürchterlichen Komplott verschworen. Während einer schönen Rede bringt plötzlich ein Tisch von etwa zwanzig Unteroffizieren unter grausigem Geschrei unzählige Hochs auf den König aus. Der Vorsitzende bietet alles auf, um den Konflikt zu vermeiden und fordert das Publikum auf, sich sogleich zu entfernen. Der Rückzug geschieht augenblicklich und in Masse, darob Wut bei den Militärs über die Vereitelung des Streites. Sie senden den dem Ausgang zudrängenden Massen einen Hagel von Biergläsern und Maßkrügen unter einem Hurra drauf nach. Sie zertrümmern alle Gerätschaften, sie ziehen blank und mit Berserkerinstinkten schlagen sie alles zu Boden. Sie verfolgen ihre Opfer im Sturmschritt über den Burgberg durch die Straßen, wetzen ihre Säbel auf dem Pflaster unter schauerlichen Tönen, singen Heil unserm König Heil und verüben die empörendsten Schandtaten. Der Freie Staatsbürger berichtet: „Die Bürger eilten, wenn auch aufs tiefste entrüstet, doch ruhig nach Hause". Anderwärts heißt es: „Von dieser Zeit an hatten die Verbrüderungsfeste ein Ende, und man ging den Soldaten gern aus dem Wege".

Einige der Gut- und Blutopferer waren aus Angst sogar in den Stadtgraben hinabgesprungen.

Bald darauf erwachte der Bürgermut und Bürgerstolz wieder. Städtler, ehemaliger Soldat im 5. Regiment, hält es im Namen vieler Zuhörer, die ebenso entrüstet waren als er, für seine Pflicht, folgenden Vorfall zu erzählen[1]: „Bei den gestrigen Exerzitien haranguierte Graf Reigersberg, Hauptmann der 6. Kompagnie, seine Leute ungefähr folgendermaßen: «Ihr habt gestern mit dem bürgerlichen Lumpenkorps fraternisiert; es wäre mir lieber gewesen, wenn Ihr dem Lumpengesindel das Bier ins Gesicht geschüttet und die Krüge an den Kopf geschlagen hättet, und wenn sich dann einer beschwert hätte, so hätte ich Jedem von Euch, der angeklagt worden wäre, noch 30 kr. Trinkgeld gegeben». Es ist diese bengelhafte Äußerung gewiß ganz eines gräflichen Sprößlings und Vollblutsaristokraten würdig, der mit Hohn auf die bürgerliche Kanaille herabsieht und ebenso sehr geeignet, dem Soldaten Liebe und Achtung zu seinen Mitbürgern einzuprägen. Wenn nur der raubritterliche Sprößling bedächte, daß seine Ahnen, wie alle Adeligen, vom Raube am Volke sich reich gemacht, vom Schweiß des Volkes sich gemästet haben. Wenn nur der raubritterliche Sprößling bedächte, daß er und seine Ahnen und seine ganze faulenzende Clique weit mehr den Namen Lumpengesindel verdienen, als wir bürgerliche Kanaillen, die wir ehrlich und im Schweiß unseres Angesichts unser Brot verdienen." — Und mit welchem Behagen mögen späterhin die freien Staatsbürger in ihrem Leibblatt gelesen haben, daß die zur Dämpfung des Aufstandes abgeschickten Truppen in der Gegend von Aschaffenburg alles geraubt und gestohlen hätten, und daß viele Offiziere von den Soldaten durchgeprügelt worden wären! —

[1] Freier Staatsbürger 24. Mai, 20. Juni.

Die Nationalversammlung begegnete in diesen Wochen nur mehr der allgemeinsten Teilnahmslosigkeit. Da tauchte noch einmal ein halb Vergessner auf, der Abgeordnete Krafft erklärte in den Zeitungen die Gründe seines Austritts. Zuerst nach dem Austritt auch der Ehrenwertesten hätte er doch noch ausharren zu müssen geglaubt. Jetzt aber, nach der Ablehnung des Antrages Vertagung zu beschließen, bis das Parlament durch Ersatzwahlen wieder vollzählig würde, scheide auch er mit H. v. Raumer, v. Herzog, Zeltner, Stahl und andern aus. Es war am 24. Mai. Er hatte treu und redlich die einmal übernommenen Pflichten erfüllt, so daß der Ausfall des Nürnberger Kuriers, der vomRatteninstinkt sprach, unberechtigt war. „Schmachvollsten Verrat, die elendeste, feigste Niederträchtigkeit" nennt der Freie Staatsbürger diese Austritte, „die deutsche Geschichte ist durch jenen Volksverrat, durch jene feige Ausreißerei um ein schandbeflecktes Blatt reicher geworden." Dann bringt er die Nachricht, daß das Parlament aus Frankfurt verlegt werde, „dem Schauplatz des scheußlichsten Verrats, den die verschwornen Fürsten mit einer Rotte ehrvergessner Schurken und unfähiger Thoren an Deutschland geübt haben". Wenn die Versammlung in Stuttgart etwas zustande bringen will, muß sie revolutionär sein und dazu sich durch jüngere Kräfte verstärken. Diese können aber jetzt nicht auf gesetzlichem Weg gewählt werden, es genügt die Wahl durch eine große Volksversammlung. Die andern Zeitungen beschränken sich bei dem Ende der Nationalversammlung auf die Bemerkung, daß die 230. Sitzung die letzte in der Paulskirche gewesen sei.

Die Anregung des Freien Staatsbürgers, Nürnberg solle ganz Deutschland vorangehen und aus eigener Machtvollkommenheit einen Abgeordneten zum Rumpfparlament wählen, fand Gehör. Das Komitee für Volksversammlungen lud in einem schwülstigen Extrablatt zur Versammlung am 17. Juni auf dem

Judenbühl ein: Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Jetzt ist es Zeit zu handeln. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen durch die vom Bürgerblut triefenden Bayonette preußischer Kroaten. Die ausschließlich von Demokraten besuchte Versammlung beriet nur den Wahlmodus. Der Wahl selbst wurde man durch die Sprengung des Parlaments am 18. Juni enthoben. Anderseits nahm Krafft wie auch H. v. Raumer an den Beratungen in Gotha Ende Juni teil, von da ab hielt er sich bis an sein Lebensende 1864 von der Politik zurück.

Resignation — das ist die Sprache, die jetzt aus allen Berichten zu uns spricht. Der Korrespondent verzichtet schon seit geraumer Zeit auf eigene Leitartikel und benützt dafür ausgiebig die großdeutsche Korrespondenz. Sein Epilog zur Bewegung lautet:

„Werft Ihr der Freiheit Perlen vor die Schweine,
Dann fraget nicht, warum die Freiheit weine.
Wenn dumm geworden ist der Freiheit Salz,
Dann geht es wie in Baden und der Pfalz."

Ebenso hat sich der Nürnberger Kurier fast ganz von der Politik zurückgezogen, nur neigt er mehr zur preußischen Seite hin aber unter einigem Vorbehalt: Denn wie Schnee so weiß, aber kalt wie Eis ist das Liebchen, das du dir erwählt. An dem preußisch-deutschen Kaiser will auch Ghillany festhalten. Er läßt im Herbst 1849 ein „Wort zur Verständigung" erscheinen. Wenn auch die Lage immer trüber sich gestalte, so hofft er doch von einem neuen Reichstag die Entscheidung. Zwar sein Herz zieht ihn mehr nach Österreich, aber der Verstand zwingt ihn für Preußen zu entscheiden. Damit will er aber nicht für immer auf Österreich verzichten und hofft auf späteren Anschluß. Vorderhand soll die Krone lebenslänglich an Friedrich Wilhelm IV. übergehen, und nach dessen Tod die ganze Frage endgültig von

Volk und Fürsten geregelt werden. Das Beste wäre, wenn der österreichische und preußische Herrscher abdanken würden, und die Krone also an den Prinzen von Preußen käme. Sonst tritt Ghillany noch für ein Wahlgesetz nach Art des preußischen Wahlrechts, für eine deutsche Flotte, für Schutzzölle gegen das Ausland, für die Tabaksteuer und die üblichen Forderungen ein.

Die Mittelfränkische Zeitung beneidet die in Baden Gefallenen, da der Tod jetzt dem Leben vorzuziehen sei, läßt aber nicht alle Hoffnungen fahren, zumal es jetzt in Frankreich wieder losgehe, und Deutschland immer seine Impulse von Frankreich empfange. Dann bringt sie „politische Schlagschatten" bis zu fünfzig und mehr Fortsetzungen, redselige Glossen zur jüngsten Vergangenheit voll der besten Ratschläge, wie man es hätte anfangen müssen. Auch hält sie es an der Zeit, ihr kgl. bair. Herz wieder zu entdecken: Die Fürsten sind oft besser als ihr Ruf. Wäre nur ein anderes Ministerium am Ruder! Baiern könnte jetzt ein Blatt der Geschichte füllen, das die Nachwelt mit Staunen lesen würde, indem es sich jetzt an die Spitze der deutschen, wirklich großen Bewegung stellte. Baiern würde ganz Deutschland retten, Max enthusiastisch von der ganzen Nation als Kaiser begrüßt werden, wenn er nach dem Willen seiner aufgeklärten, freiheitliebenden Provinzen die Reichsverfassung annähme. Die Bewegung endigt bei der Mittelfränkischen Zeitung mit langatmigen Schimpfereien auf die Minister und die Bourgeois.

Wie das letzte Grollen eines fernabziehenden Gewitters tönt aus dem Freien Staatsbürger noch hie und da ein hartes Wort gegen die „göttlichen Käsekrämer, Bierbank- und Mauldemokraten, Gut- und Blutunterschreiber". Eine Zeitlang bringt er begeisterte Nachrichten über den ungarischen Aufstand unter der Rubrik Republik Ungarn. Doch die Ereignisse wirkten auch auf ihn lähmend ein: „Mit der Unterdrückung der badischen Erhebung", bemerkt er tiefsinnig, „ist die deutsche

Revolution an einem bedeutungsvollen Ruhepunkt angelangt". Er, der so lange den wilden Mann gespielt hatte, begnügt sich jetzt, mit einem schönen Bild im Anzeigenteil zur Besichtigung eines „wilden Mannes oder Eskimos in seiner Nationaltracht" auf der Messe einzuladen. In der Folge leidet er sehr an Geldmangel. Er begnügt sich dann mit der Rolle eines radikalen Oppositionsblattes und wird Organ der bairischen Linken.

Auch in den Vereinen ist es recht still geworden. Nur der Arbeiterverein wirkt noch eifrig, eben will er ein Lesezimmer einrichten zur Bildung der Arbeiter in der Überzeugung, daß der jetzige große Kampf nicht um politische Privilegien, sondern um Befreiung des Arbeiterstandes geführt werde: „die Geschichte, welche einige Jahrzehnte hindurch scheinbar still gestanden, um gleich der Erde im Winter auszuruhen und neue Kräfte zu sammeln zu frischem Erblühn und früchtereichen Thaten, sie hat auch uns Arbeiter mit ihrem Donnerruf aus dem Schlafe gerüttelt, aus einem Schlafe, der, wenn er noch einige Zeit angedauert hätte, unsere gänzliche Vernichtung als denkende Menschen und freie Staatsbürger zur Folge haben müßte". Der Wandlung der Zeiten folgend gibt sich jetzt der politische Verein neue Statuten. Doch das Interesse an den Versammlungen war erschöpft. Einmal mußte sogar eine Volksversammlung wegen schlechten Besuchs vertagt werden, was bisher für schier unmöglich gehalten wurde.

So konnte die Obrigkeit ohne Befürchtungen dem Besuch des Königs entgegensehen. Der Empfang war besser, als man erwartet hatte, wenn auch die Zeiten vorüber waren, wo wie 1833 der Magistrat bekanntmachen durfte: „Ihre Kgl. Majestäten wird die ganze Versammlung ehrfurchtsvoll bis zum Wagen geleiten, und Allerhöchst dieselben werden Allerhöchst Ihren Weg durch das Frauentor zu nehmen geruhen". Nun hatte der Magistrat sogar den Mut, die städtischen Gebäude mit bairischen

und deutschen Fahnen zu schmücken, während die königlichen nur die Landesfarben aufwiesen. Von Privatgebäuden waren wenige geschmückt, und selten erschollen Hochrufe aus der Menge. Die Linie bildete Spalier. Als die Landwehr zum Ausrücken kommandiert war, erschienen außer den Offizieren nur einige 40 Mann von etwa 1500; daraufhin legten die Offiziere ihre Chargen nieder, zumal ähnliche Subordinationsvergehen schon öfter stattgefunden hatten. Am 22. Juni hielten dann der König und die Königin Parade ab und besuchten am Nachmittag das „wahrhaft gemütliche, echt deutsche Bürgerfest" in der Rosenau und abends den Ball der Gesellschaft Museum, umdrängt von den Kreisen, die in der ganzen Zeit hübsch hinterm Ofen hockten, als es galt, das Königtum gegen die andrängenden Gewalten zu verteidigen. Es soll eine ergötzliche Szene gewesen sein, als abends im Museum der zweite Bürgermeister plötzlich im Nebenzimmer verschwand und dort mit heißem Bemühen die deutsche Kokarde von seinem Hut abtrennte. Schon vor der Vorstellung hatte der Regierungspräsident die Herren um Entfernung der Kokarden ersucht, wobei ihm die Leute zu allererst Folge leisteten, die am eifrigsten in den Adressen um Anerkennung der Reichsverfassung Gut und Blut geopfert hatten. Die Demokraten hatten eine Gegenkundgebung anläßlich des Besuches des Königs geplant. Doch durfte der Fackelzug zu Ehren des Abgeordneten Schmitt, an dem 700 Mann, meist Turner und Arbeiter, teilnahmen, nicht an dem Abend stattfinden, an dem der König seinen Einzug hielt.

Jetzt fühlte sich die Regierung stark genug, ihrerseits zum Angriff überzugehen. Die Reaktion, so oft an die Wand gemalt, brach nun wirklich herein. Auf die Denunziation eines Schuhmachers hin fand die Polizei in der Wirtschaft zum Täubchen eine Anzahl gradgebogener und scharfgeschliffener Sensen, die zur Bewaffnung des Arbeitervereins bestimmt waren.

Gleichzeitig wurden dessen vier Vorstände verhaftet. Da die Sensen den Soldaten im Rathaussaal gezeigt wurden, bemächtigte sich bald große Aufregung des Militärs. Schon vorher wollte man Äußerungen gehört haben wie: „Wenn das Zivil was sagt, haut sie gleich über die Köpfe", und zur Abwechslung warfen einmal Soldaten Fensterscheiben ein. Nun aber verfolgten abends die Soldaten jeden, der sich etwa mit einem Freischärlerhut oder dem Abzeichen der Stadtwehr sehen ließ, unter Bemerkungen wie: „das ist auch so einer". Eine Truppe des Amberger Infanterieregiments stürmte im Stöpselgäßchen das Haus des Abgeordneten Schmitt, der sich noch rechtzeitig hatte retten können. Die Exzedenten ließen erst von ihrem Zerstörungswerk ab, als eine gegen sie gesandte Abteilung scharf lud. Schmitt aber verließ die Stadt „auf den bringenden Wunsch seiner Familie". Die Exzesse dauerten noch wochenlang fort, öfters wurden auch Soldaten in den Wirtshäusern geprügelt, auf der Weberskirchweih erschoß ein Chevauxleger unnötigerweise einen Arbeiter, eingeleitete Untersuchungen wurden vom Kommando niedergeschlagen.

Gleichzeitig mit den Vorständen des Arbeitervereins waren auch die Mitglieder des Komitees für Volksversammlungen verhaftet worden, die seinerzeit am 26. April im Namen des demokratischen Frankens den Aufruf an das württembergische Volk erlassen hatten. Unter den acht Verhafteten, meist Handwerksmeistern und Kleinbürgern, befand sich auch Dr. Schwarz, der Buchdruckereibesitzer Tümmel und Bierbrauereibesitzer Lederer hatten noch rechtzeitig den Staub Nürnbergs von den Füßen geschüttelt und wurden steckbrieflich verfolgt. Auch sonst wurden in Baiern allenthalben die Vorstände der Märzvereine und die Teilnehmer des Bamberger Kongresses verhaftet. Diese Verhaftungen und dazu die Hinrichtungen durch Pulver und Blei in Baden erfüllten ihren Zweck, sie schüchterten ein. Alle Par-

teien wetteiferten indessen in der Unterstützung der Opfer, wie sich denn besonders die Konstitutionellen an den Sammlungen beteiligten. Eine von 4000 Bürgern unterzeichnete Adresse bat den König um Amnestie.

Die Neuwahl der aufgelösten Kammer im Juli stellte noch einmal die Parteien gegenüber. Die Regierung hatte die Städte Nürnberg und Fürth zu einem Wahlkreis mit zwei Abgeordneten zusammengelegt, die Landkreise mit Erlangen zur Wahl von vier Abgeordneten vereinigt, um so das Land dem demokratischen Einfluß zu entziehen und die zu erwartende Zahl der demokratischen Deputierten möglichst zu beschränken. Nun wählte aber Erlangen doch vier Demokraten, ebenso Fürth fast lauter demokratische Wahlmänner, die dann auch in Nürnberg die Niederlage der an Zahl überlegenen Konstitutionellen herbeiführten. Gewählt wurden der Lehrer Tröger, einflußreiches Mitglied des politischen Vereins, und der Konzipient Dr. Morgenstern aus Fürth, dazu als Ersatzmänner der in Nürnberg völlig unbekannte Zeugmacher Ott aus Fürth und der Redakteur Dr. Ringler aus München. Allgemeine Entrüstung folgte diesem Resultat besonders bei den Bemittelten ob des Wahlgesetzes, das nur dreißig Kreuzer Steuer gefordert hatte, und bei den Konstitutionellen, die diesmal sich sehr rührig gezeigt und 52 Wahlmänner gegenüber 40 demokratischen durchgebracht hatten. Die Entrüstung wandte sich namentlich gegen die Fürther Juden, die einen wesentlichen Einfluß auf das Ergebnis gehabt hatten.

Während der vergangenen Landtagssession hatten gewisse Kreise noch einen Entrüstungssturm gegen den Abgeordneten Scheurl[1] in Szene gesetzt. Das anmutige Spiel der Miß-

[1] Im germanischen Museum, Kupferstichkabinett, H. B. 7017 befindet sich ein Spottbild auf Prof. Scheurl. Ein blöder Gelehrter spricht: „Meine Herrn! Ich bin stolz darauf, Professor zu sein; denn ich denke: das ist keine Schande!" [Anm. Noch ein Solcher und der Landtag kostet 20 000 fl. mehr.]

trauenskundgebungen, Abberufungsadressen, Protestversammlungen usw. hatte wieder eine Zeitlang gewährt, ohne daß sich der Abgeordnete darum kümmerte. Dann wurde es von selbst stille.

Im neuen Landtag kam es nun bei der Beratung des Amnestiegesetzes zu einer großen Erörterung der ganzen fränkischen Bewegung.[1] Namentlich bekannte sich Döllinger in einer glänzenden Rede als Gegner der Amnestierung, indem er alle hochverräterischen, auf die Lostrennung Frankens abzielenden Umtriebe geschickt zusammenstellte und gegen die Demokraten schwere Vorwürfe schleuderte, gegen die sich diese nur schwächlich verteidigten. Der ehemalige Minister Lerchenfeld erwähnte die große Versammlung vom 13. Mai, an der er selbst als Zuschauer teilgenommen hatte, und fand die Erklärung für die Mäßigung Vogts in den 10—12 Schwadronen. Der Versammlung wäre eine großartig organisierte Verführung der Soldaten durch Geld und Dirnen vorhergegangen; der Freie Staatsbürger hätte mit Offenheit ausgesprochen, was bei vielen im Herzen verborgen gewesen wäre. Demgegenüber wußte sich Morgenstern sehr harmlos zu geben. Er wies darauf hin, daß in jenen Monaten in Franken größter Sinn für Gesetzlichkeit geherrscht hätte, die gemeinen Verbrechen sich gemindert, sogar die Sonntagsraufereien abgenommen hätten. Noch zahmer und vorsichtiger trat Tröger auf: Demokrat sein hieß in Nürnberg nichts anderes als die gesetzliche Autorität der Nationalversammlung anzuerkennen, die Durchführung der Reichsverfassung zu erstreben. Er protestiert feierlich gegen die Richtung der Demokratie, die der Freie Staatsbürger im April und Mai vertreten hätte. Wenn man diese Grundsätze als demokratisch bezeichnet, dann habe er aufgehört Demokrat zu sein. Diese Ausführungen Trögers riefen bei den ehemaligen Freunden

[1] Stenographischer Bericht der Kammer der Abgeordneten, 1849, 29.—32. Sitzung.

Entrüstung hervor. Einer, der es verschmäht, den Mantel nach dem Wind zu hängen, findet diese Schmähungen verächtlich und die ganze Haltung des Abgeordneten mindestens sehr zweideutig. So muß Tröger das Schicksal Bestelmeyers, Eisenmanns, Kraffts, Scheuerls teilen, wie man denn nachgerade sagen kann: das souveräne Volk von Nürnberg hat aus der Abgeordnetenstürzerei eine Gewerbe gemacht. Daran anschließend muß auch die demokratische Partei Wirrungen durchgemacht haben, nach der versteckten Notiz der Mittelfränkischen Zeitung: „Unsere Partei trägt auch nicht gerade Glacehandschuhe, und ihre Reden duften ebensowenig von Moschus und Rosenöl".

Durch das Amnestiegesetz erhielten Ende Dezember die verhafteten Komiteemitglieder außer Schwarz ihre Freiheit wieder. Viele Leute holten die nach halbjähriger Haft Befreiten an der Frohnveste ab und zogen die Wagen, da die Pferde nicht gleich zur Hand waren, selbst bis zum nächsten Wirtshaus, woselbst man gemeinschaftlich trank. Am Sonntag darauf wurde den Märtyrern zu Ehren eine musikalische Abendunterhaltung gegeben und dabei der Beschluß gefaßt, das durch die Ereignisse gesprengte Komitee unter dem Namen Bürgerausschuß wiederherzustellen. Im Laufe des Januars kehrten die Arbeiter aus der Haft zurück, während Schwarz noch bis zum 24. Juli 1850 im Gefängnis bleiben mußte. Er war zunächst in der Kaiserstallung auf der Nürnberger Burg in leichter Haft gehalten worden. Da durchgrub er in einer Nacht die Wand seines Zimmers, aber statt zu entfliehen weckte er den Wärter und zeigte ihm seinen Fluchtversuch an. Daraufhin wurde er nach Augsburg übergeführt. Als er endlich die Freiheit erhalten hatte, dankte er in einem Extrablatt[1] für die Beweise von Treue und Anhänglichkeit: „Nie, Mitbürger, habe ich irgend Schritte

[1] Städt. Bibliothek, Nor. 574. 2°.

bereut, die ich als Beauftragter der revolutionstreuen Partei unserer Stadt getan habe, außer diejenigen, die nicht entschieden genug waren". Doch beteiligte er sich hinfort nicht mehr an der Politik, wenn er auch sein Leben lang den demokratischen Idealen treu blieb. —

Der Schluß des Jahres findet Deutschland sehr herabgestimmt, schreibt Ghillany in der Chronik. Das deutsche Volk ist jetzt ziemlich passiv. Seitdem man sah, daß der Weg zu einer gesunden Freiheit ein schmaler ist, daß man dabei Gefahr läuft, dem Unverstand der Massen und ihrer Herrschaft in die Hände zu fallen, wollen die Besitzenden und überhaupt alle, die ein geordnetes, friedliches Regiment wünschen, lieber mehr Gewalt wieder in den Händen der Fürsten wissen. Diese ihrerseits werden diese Stimmung mehr und mehr benützen. In Nürnberg hing nun das Interesse des Tages an den zahlreichen, jetzt öffentlich geführten politischen Prozessen, die besonders bei freisprechenden Urteilen mitunter zu so lärmenden Kundgebungen Anlaß gaben, daß Militär einschreiten mußte.

Die Regierung führte jetzt einen Schlag nach dem andern. Die Landwehr wurde auf längere Zeit in „ruhende Aktivität" versetzt, die Stadtwehr mußte ihre Waffen in das Zeughaus abliefern. Im Juni 1852 wurde die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung nach dem Erlaß vom 6. März 1848 außer Wirksamkeit gesetzt, und die Abnahme eines neuen Diensteides verfügt. Zuerst war der Arbeiterverein der Auflösung zum Opfer gefallen, ihm folgte der Turnverein, dann sogar die freiwillige Feuerwehr[1], die seit ihrer Gründung 1848 sich durch anerkennenswerte Tätigkeit ausgezeichnet hatte, endlich der politische Verein im August 1851 und die freie christ-

[1] Als sie einige Zeit später neugegründet wurde, mußte der Name Feuerwehr, hinter dem man Gemeingefährliches witterte, in Feuerlösch- und Rettungskorps umgewandelt werden.

liche Gemeinde im November 1851. Zu welchen Lächerlichkeiten sich die Reaktion verstieg, zeigt der Regierungserlaß vom 29. November 1850, der den Schullehrern, Schulgehilfen und Verwesern „das Tragen von Schnauz-, Knebel- und sonstigen auffallenden Bärten" untersagte, „indem es bei deutschen Schullehrern nicht Sitte sei, Bärte zu tragen, und das Publikum dieselben für unschicklich halte". Es wurde den Trägern unter Einschärfung des Amtsgeheimnisses eine Woche Zeit zur Abnahme ihrer „undeutschen" Bärte gewährt.

Immer mehr nahm in diesen traurigen Zeiten die Auswanderung zu, für manche die letzte Hoffnung, für die Patrioten ein Grund zu steter Besorgnis und Klage. Schon im September 1848 war im Korrespondenten ein Mann von nicht alltäglichem Geschmack aufgetaucht. Der Baron Hallberg aus Cham, Komtur des persischen Sonnenordens, hatte Gleichgesinnte zur Auswanderung aufgefordert, „müde des Geschwätzes für Freiheit und Gleichheit, Volksglück und Republik, alles unmöglich in Europa". Aber auch nach Amerika haben wir unsere Zivilisation schon gebracht. „Die Freiheit wohnt nur bei Wilden und in den Steppen des Orients, bei den Arabern, Persern, Türken, Beduinen, bei den Kalmücken, Tartaren und Kirgisen. Pferde, Kameele, Kühe, Ziegen, Esel und schöne Mädchen gehen frei umher. . . . Man kocht, schläft, raucht Tabak mit seinem Mädchen, baut seine Hütte an einer Quelle und genießt, begleitet von seinem Harem, das gewaltige Schauspiel der aufgehenden Sonne." Es ist nicht bekannt, ob er Reisegenossen gefunden hat. Weiter vertrat Eisenmann immer wieder seine Lieblingsidee, den Strom der Auswanderer in die Donaufürstentümer zu lenken und diese zu germanisieren. Andere wollten die Auswanderung als Nationalangelegenheit betrachtet und von der Nationalversammlung mit Zuschüssen unterstützt wissen, damit sich so die Gemeinden ihrer Armen

entledigen könnten. Der Chronist, seit Januar 1850 der bürgerliche Magistratsrat und Lokaldichter Schnerr, beklagt namentlich auch den Verlust des baren Kapitals, das mitauswandere, während das sich immer mehrende, papierne Scheingeld im Lande zurückbleibe. Er verzweifelt schon an der Zukunft Europas:

Asia thät längst zum Schlaf sich legen,
Europa betet den Abendsegen,
Und jenseits überm Ozean,
Da dämmert es und kräht der Hahn.

Doch sieht er, an der Grenze der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stehend, bei allem Rückwärtstrachten Einzelner oder Vieler die ersten 50 Jahre reich an Vorschritten zum Bessern. „Und so begrüßen wir denn den neuen Zeitabschnitt mit wenn auch nur mäßigen Hoffnungen. Möchten wir des Guten mehr als des Schlimmen aufzuzeichnen haben.“

Schlußbemerkungen.

„Es darf vielmehr behauptet werden, daß das Interesse für Politik und die Vereinsversammlungen auf einen großen Teil der Bevölkerung einen sittlichen Einfluß ausübte", hatte seinerzeit der Freie Staatsbürger versichert. Dem wäre die Gegenbehauptung entgegenzusetzen, daß eine der häßlichsten Begleiterscheinungen des tollen Jahres auch für Nürnberg die Verwilderung von Anstand und Sitte war. Kein Geistlicher, Lehrer, Beamter im weiten Frankenland, der nicht einmal der Rachsucht eines politischen oder persönlichen Gegners zum Opfer gefallen wäre. Alle diese Anzeigen und Rügen wirken um so erbärmlicher, als sie natürlich meist unter dem Schutz der Namenlosigkeit sich in den gemeinsten Verdächtigungen der persönlichen Ehre und im Auskramen der Familienangelegenheiten ergehen. Dabei werden die Angegriffenen teils mit vollen Namen genannt, teils in nicht zu verkennender Weise umschrieben und angedeutet. Alle trüben Gewässer ergießen sich zu einem schmutzigen Strom in die Spalten der Mittelfränkischen Zeitung und des Freien Staatsbürgers, der dann alles wohlgeordnet unter drei schönklingenden Rubriken bringt: Zur Geschichte des bairischen Paschatums, Pfaffentums und der Säblokratie.

Glücklich konnten sich die preisen, die mit einem blauen Auge davonkamen, wie der Schullehrer W. in T., dem sehr geraten wird, sich des edlen Gerstensaftes in Erlangen mehr zu enthalten, oder der Pfarrverweser R. in K., der am 10. ds.

Mts. wieder begeistert war, nämlich vom Biergeist, was keine Seltenheit bei diesem Seelenhirten ist; bei dieser Gelegenheit wird ihm noch bemerkt, daß er seine Nächstenliebe nicht gerade auf eine einzige Person ausdehnen solle. Ein andermal berichtet der Freie Staatsbürger von einem S—hirten und Pfarrer K. oder von einem bureaukratischen Hanswurst, der mehr Schulden als Verstand besitze und das ganze Jahr nicht nüchtern anzutreffen sei, da sein Normalzustand die höchste an Ekstase grenzende Bierbegeisterung sei. Oder die Mittelfränkische Zeitung bringt das Eingesandt: „Aus ganz Deutschland sind die Jesuiten verjagt, aber noch lebt einer davon in einer kleinen Stadt bei Nürnberg, wo er seit 15 Jahren seinen geistlichen Unfug treibt. Dieser Seelenverkäufer will evangelischer 1. Pfarrer seyn, welcher nur gegen ein schönes Trinkgeld seine Leichen- und Lügen-Predigten hält und den Leuten die letzten Kreuzer aus der Tasche nimmt, um diese Silberlinge auf die Bank zu seinen 30000 fl. zu legen. Dieser Mann ist durch seine Schuld der gerechten Verachtung verfallen und sollte schon längst von der Kanzel und aus der Stadt gejagt worden seyn. Die gutgesinnten Bürger dieser Stadt."

Gar mancher Beamter wollte nicht glauben, daß die Tage der alten patriarchalischen Idylle vorüber sein sollten, und versuchte es mit gütlichem, väterlichem Zuspruch. Typisch dafür ist der Landrichter von Kadolzburg in seiner im Korrespondenten veröffentlichten Ansprache an die Gemeinden, deren Mitglieder bei einer demokratischen Versammlung beteiligt waren: Die von einem Unbesonnenen um schnöden Gewinnes willen veranlaßte Volksversammlung hat leider mehr Teilnehmer oder Neugierige gefunden, als sich von dem gesunden Sinn der Umwohner erwarten ließ. Dort wurde auch der Landrichter beschimpft, den doch diese Leute gar nicht kennen, und der sie nicht kennt. Betrübend war es, daß keiner der Gutgesinnten ihn verteidigte,

was sich nur aus der natürlichen Schüchternheit des einfachen Landmannes erklären läßt. Aber Mißbilligung und Reue hat dieser Umstand gewiß bei Vielen erregt. Denn sie kennen ihren Beamten, der 15 Jahre väterlich für sie sorgte. Wie edel war dagegen der Charakter der (konstitutionell gerichteten) Volksversammlung in L. Nun müssen allen Leuten die Augen aufgehen und mit ihrem Beamten werden sie um so treuer dem monarchisch-konstitutionellen Prinzip anhängen. So müssen denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen. Die Gemeinden aber wollen von dieser väterlichen Sorge und von Dankbarkeit nichts wissen, der Landrichter habe ihnen die Kosten einer Militärabteilung von 50 Mann 30 Tage lang = 2036 fl. wegen einiger unbesonnenen Menschen aufgebürdet.

Ein andres Bild. Die Mittelfränkische Zeitung bringt folgende Rüge: „Als die bei dem Bäckermeister S—f vom 2. Februar bis 4. April in Diensten gestandene Stillamme in ganz bescheidener Weise die ihr lange vorenthaltene Gebühr von täglich 1 Maas oder auch nur 1/2 Maas Bier verlangte, wurde sie von ihrer Dienstherrin mit bitterm Tadel überhäuft und ihr sogar vorgeworfen, daß auch sie die gegenwärtigen politischen Verhältnisse zur Stellung ungemessener Forderungen mißbrauche . . . Möchten doch alle Geizhälze beherzigen, daß selbst den Sklaven in der Barbarey — wenn auch die Freiheit, doch die nöthige Nahrung nicht entzogen ist, um folgegerecht auch die nöthigen Kräfte zu ihrem sauren Beruf zu behalten.“

Doch sei auch nicht vergessen, daß sich besonders in der ersten Zeit manche Beweise der Anhänglichkeit verzeichnet finden. Da bitten 1008 Familienhäupter der Stadt Lauf für ihren Landrichter um die ihm schon längst gebührende Beförderung zum Landgerichtsvorstand, oder die Schüler des Gymnasiums Hof erlassen ein Vertrauensvotum für ihre von politischen Gegnern angegriffenen Lehrer. Da protestieren etwa die Gemeinde-

ausschüsse von vierzehn Dörfern gegen einen Schmähartikel, der den Zweck haben solle, das richterliche Ansehen ihres Gerichtsvorstandes „für immer zu vernichten, seinen Namen im Angesicht des Publikums zu brandmarken und ihn zu einem Donnerwort zu machen, mit dem man Kinder schreckt . . . Hält Nemesis ihren Arm noch lange eingezogen ob solchen Höllengezüchts? . . Ohne sich verhaßt zu machen, wandelt er in seiner Amtsführung die goldene Mittelstraße, wobei Gefühl und Erhabenheit die Hand sich reichen, seinem Stande nichts vergebend, mit männlichem Ernst. Attribute der Gerechtigkeit werden sein Grab zieren . . . Daß unser Herr Gerichtsvorstand es nicht der Mühe werth hielt, den widerspruchsvollen Schimpfworten eine Entgegnung werden zu lassen, finden wir ebenso würdevoll als passend, nachdem der rachelechzende, falsche Prophet auch in diesem Falle auf seinem Steckenpferd Entstellung und Lüge reitet. Ihn zu charakterisieren ist hier nicht Raum genug: Eugen Sue's Rodin[1] dürfte Platz machen." — In der Hochflut demokratischer Begeisterung gab es auch noch andre wackre Männer, die sich dem Pöbelsinn verworrner Geister entgegenwarfen; einer von ihnen war Konrad Kugler: „Den vielseitigen Beschuldigungen, daß ich Demokrat, wo nicht gar Republikaner sey, mit einem Mal ein Ende zu machen, finde ich mich veranlaßt, hiemit nachdrücklichst zu erklären, daß ich Aristokrat im vollsten Sinn des Wortes bin". Da wußten andere besser im Strome mitzuschwimmen, ein betriebsamer Lehrer der Tanzkunst veranstaltete des öftern „Demokratenbälle", zu denen er die Mitglieder der Vereine für Volksfreiheit einlud, und ein Ungenannter forderte im Freien Staatsbürger zur Gründung eines bürgerlichen „Museums" auf unter entsprechenden Ausfällen auf die Exklu-

[1] Wenn damals ein Buchhändler seine Leihbibliothek empfiehlt, vergißt er nicht, die 106 Bände französischer Literatur, davon allein 41 Bände Dumas, besonders hervorzuheben.

sivität, die hohen Mitgliederbeiträge und den Frackzwang der alten, damals viel angefeindeten Gesellschaft gleichen Namens. Alle diese eben erwähnten Angriffe und Rügen verschwinden mit wunderbarer Schnelligkeit gegen Mitte 1849 und machen wieder ehrbaren Einladungen — „eines hohen Adels und geehrten Publikums" — zu Preiskegelschieben, Metzelsuppen, Tanzmusiken und dergleichen Platz.

Manche Absonderlichkeiten zeugen von einem kleinlichen Geist, der kein Maß für die Beurteilung der Dinge kannte, z. B. die Brotgeschichte. Man hatte Grund, über schlechtes Schwarzbrot zu klagen, Hunderte von Artikeln, Verbesserungsvorschlägen, Angriffen, Widerlegungen befaßten sich damit, ein Brotverein erstand, mehrere Volksversammlugen wurden deshalb berufen, und ein Hauptschreier fuhr nach München zur Audienz beim König, wofür ihm eine Dankadresse zuteil wird: „Viele Ihrer Mitbürger halten es für eine heilige Pflicht, Ihnen für Ihr kräftiges und deutsches Auftreten in Wort und That hinsichtlich des schwarzen Brotes ihren tiefgefühltesten Dank auszudrücken. Nehmen Sie diese Huldigung als einen Tribut der bisher unterdrücktesten Klassen der bürgerlichen Gesellschaft." Bei einer andern Gelegenheit ruft einmal der Nürnberger Kurier vom 11. August 1848 begeistert aus: „Deutschlands erster Schritt zur Civilisation. Mit dieser einen That hat sie (die Nationalversammlung) sich ein ewiges Denkmal, wenn auch nicht in dem Buch der politischen Geschichte, so doch in den Annalen der Entwicklung der Menschheit errichtet. Die Todesstrafe ist in Deutschland abgeschafft, und damit hat unser Vaterland endlich die Grenzlinie überschritten, welche den Barbarismus von den civilisierten Staaten scheidet." Diese Verschrobenheit im Urteil, dieses gedankenlose Nachplappern irgendwelcher Parteimeinungen kennzeichnet alle Zeitungen. Die höhere Aufgabe, erzieherisch auf die Massen einzuwirken, liegt ihnen fern.

Nicht besser wird das Bild, wenn wir etwa die Theaterverhältnisse als Wertmesser für die geistige Höhe heranziehen. Da waren Birch-Pfeiffer, Raupach, Angely, Benedix, Dumas vielgefeierte Götzen, und man erfreute sich an Stücken wie: Die Verschwörung auf Kamtschatka, die Wilden auf der Insel Otaheiti, Sobry der ungarische Räuberhauptmann, die Drachenhöhle bei Röthelstein oder der Hammer um Mitternacht. Und welche Genüsse versprach erst Kotzebues Ritterschauspiel: Der Graf von Burgund! „Zum Schluß öffentliche Verlosung des im Stück erscheinenden weißen Lammes; jedem Kassabillet wird ein Freilos beigegeben." Natürlich berücksichtigte das Theater auch den Zeitgeist: Ein Mann aus dem Volk oder feurige Kohlen, Maria Anna das Weib aus dem Volke, die verhängnisvolle Nachtmusik oder 3 Tage aus dem Jahr 1848, endlich die Freiheit in Krähwinkel (I. Akt: die Sturmvögel, II. die Revolution, III. die Reaktion). Doch wollten auch diese Stücke nicht recht verfangen, sogar die Festvorstellungen vom 31. März 48 und 18. Januar 49 gingen bei leerem Haus vor sich. Manchmal fanden Vorstellungen wegen ungenügenden Besuches überhaupt nicht statt. Das Personal wurde immer schlechter, und die Direktoren folgten einander im raschen Wechsel, wobei der neue gewöhnlich mit noch mehr Schulden das Weite suchte als sein Vorgänger. So litt das Theater sehr unter der Ungunst der Verhältnisse und mußte längere Zeit ganz geschlossen werden.

Als charakteristisch für die Zeit dürften auch die je länger je mehr sich häufenden Weissagungen anzusehen sein. Da tauchen Prophezeiungen auf des Papstes Gregor XVI., der Somnambule Maria Stiefel, der Seherin Lenormand, des Nostrodamus, des Lehniner Mönches, und Schriften wie: Das Heraneilen der 2. Zukunft des Herrn zur Gründung des 1000jährigen Reiches oder: Europas bevorstehende politische Verwesung als notwen-

dige Folge der Nichtübereinstimmung aller bisherigen Staatshaushaltungen mit der göttlichen Staatslehre. Es scheint, daß diese Gattung Literatur reichlich Früchte in Nürnberg getragen hat, denn späterhin ist kaum eine Zeitungsnummer ohne derlei Anzeigen. Natürlich ließen sich einen solchen Profit auch die Organe für Aufklärung und vernunftgemäßen Glauben nicht entgehen.

Diese wenig erfreulichen Züge durften in dem Bild nicht fehlen. Wie überall damals gingen auch in Nürnberg der großen Linie der Ereignisse, dem hohen Schwung der Gedanken Kleinlichkeiten und Lächerlichkeiten zur Seite; vielleicht nahmen sie sogar mehr Platz ein, als gut gewesen ist. Vielerorts wäre mehr Selbstzucht und Ehrlichkeit zu wünschen gewesen. Die Macht der Phrase war auf ihrem Höhepunkt angelangt. Wer nur immer mit der nötigen Emphase die neuen Schlagworte: Nichts gelernt und nichts vergessen, mit Füßen treten, Rechnung tragen, Gut und Blut, wie ein Mann, breiteste Unterlage, Volkssouveränität usf. vorzusetzen wußte, der war gleich der „biedere Volksmann". Überhaupt muß die Beliebtheit des Wortes „bieder" verdächtig erscheinen. Als bedeutendstes Verdienst des Reichsverwesers pries man, daß er ein „deutscher Biedermann" sei, und wer ein übriges tun wollte, der ging ins Theater und erbaute sich am „Biedersinn in Franken".

Aber das allein ist nicht der Inhalt von Achtundvierzig. Es waren doch Ereignisse, wie seit den Tagen der Reformation keine mehr den deutschen Menschen in allen Gegenden und in allen Schichten gepackt hatten, und wenn auch das unmittelbare Ergebnis gering anzuschlagen ist, so wurde doch köstlicher Same für kommende Tage ausgestreut. Da ist es nötig, das Bleibende und Wesentliche herauszuschälen aus dem Zufälligen. Darum müssen wir noch einmal die ganze politische Entwicklung in großen Zügen, frei von allen Einzelheiten betrachten.

Der Ausgangspunkt ist und muß sein die französische Revolution, deren Wirkung ungeheuer ist und heute kaum mehr nachempfunden werden kann. Gewiß gab es manche, denen der Schrecken in die Glieder fuhr, und die mit ängstlichem und schuldbewußtem Herzen die Störung der hergebrachten Ordnung fürchten mußten. Aber die Bürgerschaft in ihrer Gesamtheit atmet auf bei den ersten Nachrichten und fühlt das Herankommen einer neuen, schönern Zeit. Am lebhaftesten werden natürlich die Kreise ergriffen, die schon bisher mit Bewußtsein die politischen Kämpfe der Zeit miterlebt hatten. Das war die liberale Bourgeosie. Hier hatten schon des längern die von den vormärzlichen Wortführern ausgebildeten liberalen Anschauungen im Verein mit nationalen Empfindungen Boden gefunden, vornehmlich bei den studierten Herren, die meist schon in der Burschenschaft für Vaterland und Freiheit geschwärmt hatten. Nicht daß wir es hier mit einer großen, fertigen Partei zu tun hätten, es waren kleine Kreise, in denen unklare Pläne einer bessern, zukünftigen Gestaltung Deutschlands und die konstitutionellen Ideen des Tages lebendig waren. Und hinter den Advokaten und Ärzten standen die Fabrikanten und Kaufleute, die schon aus wirtschaftlichen Erwägungen nach einem starken und im Innern freien Deutschland verlangen mußten.

Diese Leute also wurden die Führer in der sofort beginnenden politischen Bewegung, und es war nur natürlich, daß die Massen, denen politische Befähigung, ja auch nur politisches Interesse bis jetzt abgegangen hatte, sich ihrer Leitung willig anvertrauten. So trug in den ersten vier, sechs Wochen die Bewegung einen einheitlichen Charakter. Die Bourgeoisie, die den Gesamtwillen der Einwohnerschaft verkörperte, konnte dem ganzen weitern Verlauf die Richtung geben. Aber indem sie die Führung übernahm, war auch schon die Frage nach den nächsten Wegen beantwortet. Denn zwei Wege standen der Bourgeoisie

offen. Sie konnte bei der Gunst der Stunde, auf die Massen gestützt, frei und kühn die Revolution benützen, um der schwachgewordenen Regierung ihren Willen aufzuzwingen. Sie ist den andern Weg geschritten, zu stark war ihr das monarchische Gefühl, der Abscheu vor dem Lärm des Barrikadenkampfes.

Freilich zunächst erkennt sie die durch die französische Revolution geschaffene Lage an. Sie formuliert die zahmen Forderungen der ersten Versammlungen, lauter allgemein liberale Wünsche, und beschwört den König, sie rasch zu erfüllen; denn nur dann könne der Gefahr, daß die offene Revolution auf deutschen Boden überspringe, begegnet werden. Also Gewährung der Forderungen, um schlimmern Gefahren vorzubeugen. Das war klar, das Bürgertum wollte von einem gewaltsamen Umsturz auf deutschem Boden nichts wissen. Allenthalben tauchten damals ehrliche und von gewisser Seite gern genährte Befürchtungen auf, daß in bälde französische Heere die Grenze überschreiten und die Revolution im Sturm weitertragen würden, und daß andrerseits Rußland im Falle des Ausbruches einer deutschen Revolution seine Truppen marschieren lassen würde. Damit Deutschland diesen Gefahren gegenüber stark und einig dastünde, bräuchten die Fürsten nur die Forderungen bewilligen, und die ganze Nation würde sich zusammenschließen zur Verteidigung des Thrones und des Vaterlandes. Diese Gedanken enthalten nichts anderes als die Gegenrevolution gegen eine, wie man fürchtete, von Frankreich ausgehende, zu Republik und Kommunismus führende radikale Revolution. Diese Angst der Bourgeoisie zeigt sich vor allem in dem Mißtrauen und Haß gegen Frankreich, und in den bis zum Überdruß wiederholten Warnrufen: das Vaterland ist in Gefahr.

Um so größer war die Freude im liberalen Lager, als der König scheinbar alles das bewilligte, was man gefordert hatte. Man freute sich über den so rasch erfochtenen Sieg, über die

neugewonnenen Freiheiten, über die neuen „liberalen" Minister, überhaupt über jedes freisinnige Wort, das von den Lippen des Königs kam. Man freute sich aber auch darüber, daß jetzt die Eintracht zwischen Volk und Fürsten gesichert und den Elementen des Umsturzes der Vorwand zu revolutionären Umtrieben genommen war. Die Begeisterung, die sich überall kundgab, zeigte sich auch darin, daß sich auf einmal alles konstitutionell nannte und sich in Beweisen dieser Gesinnung nicht genug tun konnten: Der Adel, die Beamten, die Offiziere schwärmten nun mit den Bürgern für Preßfreiheit und Geschworenengerichte, und sicherlich war es vielen ernst mit dieser Begeisterung.

Bald genügte der Bourgeoisie das enge Programm der ersten Tage nicht mehr, sie machte sich (Programm vom 25. April) ein neues zurecht mit neuen Forderungen, die geboren waren aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen dieser Klasse und dem erwachenden Willen zur Macht. Im Hochgefühl ihrer jungen Kraft hielt sie die Zeit für gekommen, die Herrschaft selbst zu übernehmen, wobei die Krone als dekoratives Beiwerk beibehalten werden sollte. Daran dachte sie freilich nicht, wie stark die dabei zu überwindenden Mächte waren, oder richtiger bald wieder werden sollten; auch daran nicht, diese feindlichen Gewalten auf dem Wege der offenen Revolution niederzuringen. Ihre Macht, die bisher nur eine moralische gewesen war, wollte sie also zur offiziellen machen, in dem ehrlichen Glauben, sie allein sei die Vertreterin des Volkes, sie allein sei die Nation selbst. Und wirklich konnte sie zu diesem Glauben gelangen, da, mit K. Marx zu reden, die Bedürfnisse ihrer Klasse dem Gesamtbedürfnisse der Nation am nächsten kamen. Dazu konnte sie schon insofern als die nationalste aller Klassen gelten, als ihre Interessen die Einheit der Nation am dringendsten erforderten.

Vor allem war es der ideelle Gehalt, der dem liberalen Bürgertum die innere Kraft gab, der ideelle Gehalt, wie er in

der deutschen Nationalversammlung zu reinem und schönem Ausdruck gekommen ist. Mit einer Begeisterung sondergleichen begrüßte auch Nürnbergs Bürgerschaft den Zusammentritt der Frankfurter Versammlung. Der Glaube ist unbedingt und unerschütterlich, daß es ihr gelingen werde, die Einheit und Größe des Vaterlandes zu begründen. Es ist, als ob alle den heimlichen Schwur geleistet hätten, sich dem Willen der Paulskirche freudig zu unterwerfen, in der Überzeugung, daß eine auf soviel Reinheit und Adel der Gesinnung aufgebaute Versammlung nur Gutes schaffen könne. Es ehrt das liberale Bürgertum, daß es auch in trüberen Tagen an diesem seinem Glaubensbekenntnis festgehalten und mit allen Mitteln dahin gewirkt hat, dem Willen des Parlaments Geltung zu verschaffen. Freilich man wußte auch, was die Paulskirche dem Bürgertum bedeutete als Bollwerk gegen das Herandrängen revolutionärer Sturmfluten. Denn die Nationalversammlung hatte bald nach anfänglichem Kokettieren mit der Revolution ihren kontrerevolutionären Beruf erkannt und war nach Laube „der ärgerliche Eckstein für wilde Kutscher“ geworden.

Die Fragen, die zu Beginn der Verhandlungen diskutiert wurden, bringen bald Spaltung in die Reihen der Nürnberger Liberalen. Zwar der Siebzehnerentwurf wird einstimmig verworfen, niemand erkennt die Bedeutung dieses Planes, alle haben nur mißbilligende und schmähende Worte für ihn; wie auch in früherer Zeit nichts davon zeugt, daß man in Nürnberg Beziehungen gehabt hätte zu den kleindeutschen Plänen heidelbergisch-rheinischer Herkunft. Dann aber hatte vor allem der 18. März der preußischen Sache bei allen Schichten der Bevölkerung unheilbaren Schaden zugefügt. Und schließlich war man doch am Ende bairischer, als man dachte und wollte.

Sobald nun jedoch aus den anfänglichen allgemeinen Ausführungen bestimmtere Meinungen hervortraten, können wir

einen rechten und linken Flügel der Liberalen unterscheiden. Freilich die Scheidung ist keine durchgehende, in derselben Zeitung kommen Vertreter beider Richtungen zum Ausdruck. Der rechte Flügel, vertreten durch den Korrespondenten, gibt wohl die Ansichten der offiziellen Welt wieder. Sie gehen von Eisenmann aus. Hier will man den föderativen Bundesstaat, ein Gebilde, das den bisherigen Regierungen nichts von ihrer Macht nehmen soll. Man will auch den Kaiser, und da man sich weder für eine der beiden Großmächte entscheiden, noch auch dem Herrscher des Heimatlandes eine untergeordnete Stellung zuweisen kann, vielmehr ihm eine Machterhöhung verschaffen will, kommt man zu dem gekünstelten System: die Herrscher von Österreich, Preußen und Baiern sollen alle fünf Jahre in der Würde wechseln. Nur in den ersten Tagen stimmen die Mehrheit der Liberalen und ihnen folgend die Massen diesen Plänen zu. Doch schon in dem Programm am 25. April ziehen sie die Grenzen der zentralen Gewalt enger. Auch hier bekennt sich der Liberalismus zur konstitutionellen Monarchie und verlangt mit Eisenmann ein Volkshaus und eine Fürstenkammer, dem künftigen Reichsoberhaupt, von dem hier nichts näheres gesagt wird, will er nur die vollziehende Gewalt zugestehen, während die gesetzgebende dem Volkshaus und Fürstenrat übertragen wird, letzterem mit dem Rechte nur des suspensiven Vetos.

Ebenso sind die Liberalen gespalten in der Vereinbarungsfrage. Während die rechte Gruppe in Anlehnung an die Regierung in der Vereinbarung das Fundament einer gedeihlichen Weiterentwicklung sieht, hält der linke Flügel, wie er sich in den Ausführungen Raumers ausspricht, in Erinnerung an den revolutionären Ursprung des Parlaments an dem konstituierenden Charakter der Nationalversammlung fest. Noch öfter macht sich späterhin diese Spaltung geltend, z. B. in der Waffenstillstands-

frage, wo dem Abg. Krafft und dem Korrespondenten die große Mehrheit der andern Liberalen gegenübersteht.

Die Parlamentswahl hatte für die Nürnberger Liberalen einen großen Erfolg bedeutet. Es war ihr letzter Triumph. Die Massen, die ihnen bisher gläubig gefolgt waren, wurden wankend und fielen ab, durch die demokratische Agitation in ein anderes Lager hinübergeführt. Dabei war gerade das Programm vom April mit seinen weitgehenden Forderungen dazu bestimmt gewesen, die Massen bei der Fahne des Liberalismus zu halten. Die liberalen Führer besaßen nicht die Fähigkeiten und die Tatkraft, um die Führung zu behalten. Zudem fehlten ihnen die Mitarbeiter und Mitstreiter. Denn die höheren Schichten des Bürgertums, immer schon zurückhaltend, ängstlich, feige, verkrochen sich bei den ersten lauten Worten und kamen erst wieder hervor, als die Luft rein geworden war und es beim König wieder Belohnungen für die bewährte monarchische Gesinnung zu verdienen gab. Nicht anders stand es mit dem Adel und dem Beamtentum. Diese berufenen Vertreter der Monarchie sahen ihre Pflicht für erfüllt an, wenn sie dem konstitutionellen Verein beitraten. Die meisten Behörden — es gilt das vor allem für die städtischen — standen dem neuen Geist oft recht hilflos gegenüber und ließen sich vom Strome treiben. Die kühn zugreifenden Männer wie Welden waren doch spärlich gesät.

Der liberale Gedanke, maßvolle Reform innerhalb der konstitutionellen Monarchie auf der Grundlage der Märzerrungenschaften und unbedingte Anerkennung der Nationalversammlung seitens des Volks und der Fürsten, hatte seine Zugkraft schon eingebüßt, als die Liberalen daran gingen, ihre Anhänger zu organisieren. Es waren bescheidene Scharen, die sich in den konstitutionellen Vereinen zusammenfanden, wie sie außer in Nürnberg in den meisten fränkischen Kleinstädten ge-

gründet wurden. In diesen Vereinen führte von den Sommermonaten an der Liberalismus ein stilles Leben, kaum daß er noch auf den großen Volkstagen vor die Öffentlichkeit trat.

Es war die Zeit, wo die Demokratie an Macht und Schärfe wuchs, wo Gesetzlosigkeit allenthalben überhandnahm, wo äußere Ereignisse wie die Junischlachten der Bourgeoisie Grund zur Besorgnis gaben. Wenn diese Junischlachten auch lähmend einwirkten auf das Bürgertum, so ist doch zu sagen, daß hier die Bedeutung dieser Ereignisse, in denen die spätere Forschung den Wendepunkt auch der deutschen Revolution sieht, nicht erkannt wurde. So kam es, daß die Liberalen sich in diesen Monaten immer mehr der Regierung näherten, deren Stellung durch den Thronwechsel noch mehr befestigt worden war. Schließung der Revolution nach unten war die gemeinsame Antwort auf die ersten kommunistischen Anzeichen. Auch in dem Kampf gegen republikanische und radikal-demokratische Bestrebungen fand die Regierung an den Konstitutionellen willige Mithelfer.

Eine entscheidende Änderung in der Stellung der Liberalen zur Regierung trat im Herbst 1848 ein. Sie war gegeben durch die ganze Haltung der bairischen Politik. Sobald als die bairische Regierung sich wieder stark fühlte, war sie keineswegs gewillt, irgend eines ihrer Hoheitsrechte dem Frankfurter Einheitswerk zum Opfer zu bringen, vielmehr trachtete sie darnach, eine Vergrößerung ihrer Macht zu erlangen. Zunächst freilich konnte sie die volkstümliche Autorität der Nationalversammlung, die anfangs wegen ihres revolutionären Ursprungs in München nicht minder verhaßt war als in andern Residenzen, in dem Kampfe gegen die radikale Agitation gut gebrauchen, wir haben das bei dem Verbot der demokratischen Vereine gesehen. Aber bald schon begegnete sie der Zentralgewalt mit offnem Trotz, z. B. bei der Huldigung für den Reichsverweser.

In der Oberhauptsfrage waren die Richtlinien der bairischen Politik: zunächst unbestimmte, vieldeutige Worte in den Märzproklamationen, Ausnützung der durch den 18. März in Süddeutschland erzeugten Abneigung gegen Preußen, Beeinflussung von Frankfurter Abgeordneten zur Bildung einer antipreußischen Partei, Verhandlungen mit den andern Königreichen, Direktorialpläne in verschiedener Form, endlich offene Opposition gegen den preußischen Erbkaiser und Bruch mit der Nationalversammlung. In steter Angst vor preußischen Umtrieben suchte Baiern mit allen Mitteln dem protestantisch-preußischen Kaisertum entgegenzuwirken, sei es auch durch die gefährliche Politik eines engen Anschlusses an Österreich. Wie sich die bairische Regierung zu den großen deutschen Fragen stellte, geht aus dem Entwurf hervor, den ihr Gesandter am 22. November 1848 in Berlin vorlegte. Kurz vorher hatte sie mit Württemberg verabredet, das Kaisertum um jeden Preis zu verhindern und durch die Vorlegung des Entwurfes Gewißheit über die preußischen Pläne zu erlangen. Der Entwurf schlägt vor: Direktorium von drei Mitgliedern, Vertreter von Österreich, Preußen und den übrigen Königreichen, oder falls Österreich sich absondere, von Preußen, Baiern und den übrigen; Staatenhaus, dessen Abgeordnete Vertreter der Regierungen sind. Aus der Antwort Friedrich Wilhelms IV., Preußen erachte eine Verhandlung über die Errichtung eines Direktoriums zurzeit noch als verfrüht, glaubten die süddeutschen Regierungen den Beweis nehmen zu können, daß Preußen mit Frankfurt konspiriere, und warfen sich Österreich in die Arme. Wenn Preußen den Entwurf veröffentlicht hätte, der die Kleinstaaten von der Teilnahme an der Regierung und das deutsche Volk von der Teilnahme an der Gesetzgebung ausschloß? Sybel[1] sagt: „Es

[1] Sybel: Begründung des Deutschen Reiches, Bd. I, S. 258; dort auch der Entwurf.

wäre für die Könige eine Frage über Sein und Nichtsein gewesen". Freilich darf aber nicht vergessen werden, daß auch dies nicht vermocht hätte, die Altbaiern aufzurütteln. Daß man übrigens mit allen diesen Direktoriumsplänen wenig Anklang in der Nationalversammlung fand, zeigt die Ablehnung des Rotenhanschen Vorschlags.

In den Fragen nach der künftigen Gestaltung Deutschlands gehen die Meinungen bei den Nürnberger Konstitutionellen auseinander. Einflüsse verschiedener Art spielen hier mit: wirtschaftliche Motive, persönliche Beziehungen — mancher vom Adel dient noch in der österreichischen Armee —, Träumereien von des alten Reiches Herrlichkeit, überschwängliche Erwartungen, daß es das ganze Deutschland sein müsse. Es waren starke Sympathieen für Österreich vorhanden, die durch den Berliner Straßenkampf vom 18. März noch verstärkt, durch die Niederwerfung der Wiener Revolution nicht vermindert worden waren. Sie kommen zum Ausdruck im Korrespondenten, der von seiner Vergangenheit und wohl auch von der Regierung beeinflußt mit Leidenschaft die österreichische Sache und im Verein damit die bairische Regierungspolitik verficht, bis ihn die erste Aufwallung über die Erklärung der österreichischen Regierung in Kremsier in die Reihen der andern Liberalen führt. Dort hatte man besonders im konstitutionellen Verein die Notwendigkeit des preußischen Erbkaisertums vielleicht unter starker Mitwirkung burschenschaftlicher Erinnerungen erkannt. Der Abg. Krafft hatte seinen Sitz in der Partei genommen, die zur berufenen Vertreterin preußischer Hegemonie und erbkaiserlicher Pläne wurde, und hatte vielfach in diesem Sinne auf seine Nürnberger Freunde eingewirkt. Zudem stand der konstitutionelle Verein im Bunde mit den Brudervereinen Preußens. Freilich war es nur ein kleines Häuflein, das an diesem Gedanken festhielt. Den andern, voran dem Korrespondenten, schien das preußische

Erbkaisertum durch die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts und des Vetos zu teuer bezahlt, und mit einer Art Erleichterung vernahmen sie die Nachricht von der Ablehnung der Krone durch Friedrich Wilhelm IV.

Jedenfalls hatten die Liberalen in diesen Fragen in Opposition zur Regierung gestanden, und das nicht zum erstenmal. Immer mehr hatte sie seit den Tagen des Septembers und Oktobers die Haltung der Regierung in der deutschen Frage, die Stellung zur Nationalversammlung, dazu die wachsende Reaktion im Innern von der Regierung entfernt. Im Dezember war es soweit gekommen, daß sie sich für die Landtagswahl mit den Demokraten auf ein demokratisches Programm verpflichteten, wenn auch der Korrespondent die Hände über den Kopf zusammenschlug.

Als nun aber die entscheidende Wendung eingetreten war, als Baiern sich offen gegen die Nationalversammlung und die Reichsverfassung auflehnte, da kamen die Konstitutionellen in Verlegenheit. Scham und Zorn wallte in ihnen auf, alle ihre Anhänger, nicht zuletzt die Beamten und Offiziere, vereinigten sich in echtem Schmerz, um den König zu beschwören, doch nicht durch längern Widerstand das ganze mühsame Werk zu vernichten. Aber wenn sie auch noch so eindringlich baten, mehr als die moralischen Mittel, den König umzustimmen, wollten sie nicht gebrauchen. Daher bekämpften sie jetzt den ehedem gefeierten Eisenmann und seine Gründung, die Märzvereine. Von der bis an die Grenze des Aufruhrs gehenden fränkischen Reichsverfassungskampagne hielten sie sich gänzlich fern. Am Ausgang der Bewegung ist ihr Programm vollkommene Ratlosigkeit. Nachdem die Revolution zu Ende ist, sollen nun die Regierungen das Werk schaffen. Dabei neigt der Korrespondent wieder zu Österreich, während der konstitutionelle Verein und der Nürnberger Kurier unter Bedingungen an der preußischen

Spitze festhalten wollen. Der einzige Rat, den man geben kann, heißt Zuwarten.

Wir kommen zur andern großen Partei. Der demokratische Gedanke gewinnt in Nürnberg Gestalt in verschiedenen Formen, die niemals fest umrissen sich im Verlauf der Entwicklung stetig wandeln. Seiner Entfaltung waren die ersten Monate nicht günstig, allmächtig beherrschte damals das liberale Programm der Bourgeoisie die Massen. Die ersten Versuche, demokratische Gedanken in Nürnberg heimisch zu machen, gingen von dem geschickten Agitator Diezel aus. Freilich was er damals vertrat, das waren im Grund gemeinliberale Forderungen, nur schärfer akzentuiert und mit klingenden Phrasen ausgestattet. Er hatte alle Ursache, behutsam aufzutreten. Denn noch herrschte der Grundsatz der Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung unumschränkt, so daß auch Diezel und sein politischer Verein ihn aufnehmen mußten. Die erste Zeit — April, Mai, Juni — ging es nur langsam vorwärts. Die Parlamentswahl, bei der die Bekämpfung Eisenmanns den Agitationsstoff bot, war ein voller Mißerfolg. Da hieß es vorsichtig aufzutreten, die verfängliche Entscheidung, ob Monarchie oder Republik, durch die Ausflucht der Formfrage hinauszuschieben.

Neues Leben brachte die Gründung des Volksvereins im Juni 1848. Sein rasches Emporkommen zeigt, daß es in Nürnberg eine starke Partei gab, die nicht mit den Liberalen jede Erinnerung an den Ursprung aus der Revolution verleugnen, sondern mit diesem Drohmittel weiter operieren wollte, die von den allgemeinen Forderungen des Liberalismus zu den radikaleren der Demokratie übergehen wollte, die der Regierung mißtraute und sich jedenfalls nicht auf ihre Seite stellte, aber auch vor den Extremen links zurückschreckte. Das waren die Kleinbürger, vor allem die Handwerksmeister, deren Zwischenstellung zwischen

Bourgeoisie und Proletariat ihre ganze politische Haltung bestimmte. Sobald diese Leute zu politischem Leben erwachten, sahen sie sich getrennt von der Bourgeoisie, von der Partei, auf die Fabrikherren und Großkaufleute beherrschenden Einfluß ausübten. Auf sie wirkten auch die Ereignisse ganz anders ein als auf die Kreise, die der 18. März mit Schrecken erfüllte. Dazu liebten die Handwerker bald eine kräftigere Sprache, als sie den liberalen Führern zu Gebote stand; hier war eine schärfere Tonart gegen die Regierung, die Behörden, die reichen Leute recht populär. Aber man wollte doch auch nicht mit den Gesellen im politischen Verein zusammensitzen. So war eine Mittelstellung zwischen konstitutionellem und politischem Verein gegeben. Was man aber weiter wollte, das war ganz unklar, und diese Unklarheit blieb fortan das Kennzeichen des Volksvereins. Es ist viel vom Volkswillen, Volkssouveränität die Rede, aber klare Anschauungen über die Ziele und Wege werden nicht damit verbunden. Die Entscheidung der Fragen erhofft man von der Nationalversammlung.

Es segelten nun unter dem Namen Demokratie zwei Parteien. Die Richtung, die der politische Verein und der Freie Staatsbürger vertrat, konnte ihre Endziele bald nicht mehr verbergen. „Das Volk ist souverän, aber die Monarchie darf es nicht wollen", das ließe sich von ihrer Taktik im Mai und Juni sagen. Von da war es nur ein kleiner Schritt zum offenen Bekenntnis zur Republik. Die Nationalversammlung haßte und schmähte sie bald als den „Blitzableiter demokratischer Gewitter" (Diezel). Der republikanischen Sache suchte sie in der Weise zu dienen, daß sie selbst eine lebhafte Agitation entfaltete, mehr noch dadurch, daß sie die ihr nahestehenden Vereine in ein immer radikaleres Fahrwasser hinüberzutreiben suchte.

An Zahl und Einfluß kann sich diese Gruppe nicht im mindesten messen mit der Richtung, die im Volksverein zu Worte

kommt. Wenn es auch unverkennbar war, daß diese gegen Herbst 1848 zu immer weiter nach links trieb, so blieb doch das Programm noch immer unbestimmt. Als Endziel schwebte wohl das luftige Gebilde der deutschen Republik vor, aber man beschäftigte sich damit nur in theoretischen Betrachtungen, spielte eigentlich mehr mit dem Gedanken daran. Noch immer erwartete man die Initiative von der Nationalversammlung. Die Richtung des Volksvereins gewann die beherrschende Stellung in Franken. Nürnberg ist ihre Zentrale, jede größere und kleinere Stadt, fast schon jedes Dorf hat seinen Volksverein, die ganze Bauernschaft folgt ihr. Im September ist ihre Herrschaft über Franken begründet. Jetzt war der Radikalismus so weit gediehen, daß man sich mit den schärfsten Worten gegen die Paulskirche auflehnte, zuerst in der Waffenstillstandsfrage, um so mehr als die Verletzung des nationalen Bewußtseins dazu antrieb. Denn auch die Demokratie war national in dem Sinne, daß sie die Einheit und Macht der Nation mit allen Mitteln herbeiführen wollte, wenn nicht mit den Fürsten, dann gegen sie. Nun hatte die Malmöer Frage gezeigt, wie weit man mit dem Grundsatz der unbedingten Unterwerfung unter die Nationalversammlung kam, und die täglich sich radikaler gebärdende Linke der Paulskirche gab das Vorbild, dem man nachstrebte. Dazu wirkten äußere Ereignisse aufreizend, die Septemberereignisse in Frankfurt, die Erschießung Blums, die Kämpfe im preußischen Landtag. Die Spannung war in Franken aufs höchste gesteigert.

Aber gerade der Radikalismus brachte vorübergehend Spaltung in die Reihen der Demokratie. Der Volksverein schreckte auf einmal vor den Folgerungen seines stürmischen Auftretens zurück und besann sich wieder auf seinen Ausgangspunkt, die Ergebung in den Willen des Parlaments. Mit sauersüßer Miene erkannte er das monarchische Prinzip und den preußischen

Kaiser an. Hiebei ist noch einmal an die Zwischenstellung der im Volksverein vertretenen Schichten zu erinnern, wie auch daran, daß die Führer vielfach der Bourgeoisie angehörten. Sodann war in der letzten Zeit vieles vorgefallen, was Befürchtungen vor den Ansprüchen des Proletariats erwecken konnte; auch mochten die Meister öfters die Unbotmäßigkeit ihrer Gesellen am eignen Leib verspüren.

Doch führten die Ereignisse die beiden Gruppen bald wieder zusammen. In dem nun beginnenden Feldzug für die Anerkennung der Reichsverfassung erreicht die Demokratie ihren Höhepunkt. Der Kampf gegen die Regierung nimmt in den ersten Monaten des neuen Jahres stetig zu an Schärfe, die unzähligen Volksversammlungen, die sich mit der Frage beschäftigen, verlaufen immer stürmischer, der Ton der Adressen wird immer leidenschaftlicher. Diezel und seine Anhänger haben die Führung und suchen die schwankenden Volksvereine mit fortzureißen. Schon wird der Gedanke einer Abtrennung Frankens von Baiern erwogen und zum mindesten als Schlagwort in die Massen geworfen. Langsam soll das Volk auf die Bahn der offenen Revolution gedrängt werden. Ganz Franken harrte in fieberhafter Spannung der kommenden Dinge, zumal jeder Tag neue, aufregende Nachrichten brachte, aus Ungarn, Württemberg, Sachsen, der Pfalz.

Hatte eine Erhebung Frankens Aussicht auf Erfolg? Die bairische Regierung stand kräftig da mit dem geschickten Minister v. d. Pfordten an der Spitze; sie konnte sich unbedingt auf das ganze Land südlich der Donau verlassen und mit absoluter Sicherheit wenigstens auf die altbairischen Truppen. Sie besaß in Mittelfranken an Welden einen energischen Beamten und hatte hier ihre militärischen Maßnahmen getroffen. So konnte sie hoffen, aus eigener Kraft mit der fränkischen Erhebung fertig zu werden.

Andrerseits war Franken einmütig in seiner Abneigung gegen die Regierung, in seiner Zustimmung zu dem Werk der Paulskirche. Dennoch ließen verschiedene Umstände das Gelingen einer Revolution zweifelhaft, wenn nicht unmöglich erscheinen. Die Organisation der Demokratie in den drei Franken war nicht gelungen. Dann fehlten große, überragende Führer, ja auch nur Führer von den Eigenschaften eines Diezel. Aber der Hauptgrund war die Unbrauchbarkeit des Kleinbürgertums zur revolutionären Erhebung. Aufrichtig wollte sie nur das Proletariat; freilich haben wir zum Zeugnis dessen auch nur Worte, nicht Taten. Seine numerische Kleinheit, sein Mangel an politischem Wissen und an befähigten Führern hatten es bisher nicht selbständig auftreten lassen. Es hatte sich naturgemäß der ihm zunächst stehenden Partei, dem kleinbürgerlichen Radikalismus, angeschlossen und ihm seine revolutionäre Begeisterung zur Verfügung gestellt. Jetzt war es zum Losschlagen bereit.

Alles stand auf dem Spiel, die Errungenschaften des letzten Jahres, die Existenz der Nationalversammlung. Die Richtung des Volksvereins tat, was sie in kritischen Augenblicken immer zu tun pflegte, sie verlor den Mut, suchte sich hinter dem Parlament und den Kommissaren zu verstecken und lenkte die Bewegung rückwärts. Nicht ganz so verhielt sie sich in der Pfalz. Dort offenbarte sie ihre Unbrauchbarkeit zur Revolution erst, nachdem sie diese hatte beginnen helfen. Diezel und seine Anhänger hatten von ihrem Standpunkt aus recht, wenn sie dann mit Worten des Hasses und der Wut über diese ihre Kampfgenossen herfielen. Dabei hatte Diezel noch, um eine schläfrige Leitung der Bewegung durch den Münchener Märzverein zu verhindern, die fränkische Demokratie unmittelbar an Frankfurt angeschlossen. Freilich auch er und seine Freunde stehen nicht fleckenlos da. Mit allen, nicht immer den saubersten Mitteln wollten sie die Franken hineinhetzen in die offene Revolution,

und vielleicht war es ihnen dabei nicht nur um die Befriedigung der nationalen Forderungen zu tun, so eifrig sie auch den national-politischen Charakter der fränkischen Bewegung vertraten.

Die deutsche Revolution war zu Ende. Unbefriedigung, Mißmut, Verzweiflung allenthalben; einige Fanatiker erwarteten ihren Wiederausbruch für die nächste Zeit, die meisten sehnten sich nach Ruhe. Die alten Gewalten schienen kräftiger als je. Aber unaufhaltsam drangen die materiellen Interessen vor, die der Welt ein neues Aussehen geben sollten, und ein neues Zeitalter bereitete sich vor, das hinausdrängte aus der stickigen Luft veralteter Zustände. Die Eisenbahnen rüttelten die Menschen auf und warfen sie durcheinander. Hier setzten sich die Nürnberger ein ragendes Denkmal bürgerlichen Unternehmungsgeistes und vorschauender Tatkraft. Mehr als alle „Schreier und Schreiber" wirkte damals ein Mann der Tat in Nürnberg revolutionierend, Th. Cramer, ein armer Zeitungsschreiber, der in die Familie Klett einheiratete und deren Fabrik zu ihrer Weltbedeutung emporhob. Nun sollten bald die Zeiten der Vergangenheit angehören, wo die politischen Versammlungen an den Nachmittagen der Werktage abgehalten werden konnten. Und diese Jahrzehnte großer und ernster Arbeit gaben auch der Arbeiterschaft eine bessere Schulung und Erziehung, als das die Phrasen der Volksversammlungen und die politische Bildung in den Vereinen im Jahre Achtundvierzig vermochten. Das war auch ein Ergebnis dieses Jahres, daß sich die Arbeiterschaft späterhin von der Führung durch das Kleinbürgertum nach all den Erfahrungen lossagte und eigene Wege ging.

Es war nicht das einzige Ergebnis. Die Nationalversammlung hatte doch nicht umsonst gearbeitet. Ihre Gedanken blieben unverloren, bis sich „die Seele des Deutschen erhob wie die Lerche am Frühlingsmorgen über den dämmerigen Grund". Bis dahin aber war es noch weit.